Freie Demokraten

Landesverband Rheinland-Pfalz FDP

Wahlprogramm der Freien Demokraten Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

Verabschiedet auf dem 74. ord. Landesparteitag am 26. September 2020 in Mainz

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG 6

KAPITEL 1: BILDUNG 8

Weltbeste Bildung für dich, weltbeste Bildung für alle, weltbeste Bildung für Rheinland-Pfalz 8
Sechs Kernmaßnahmen für weltbeste Bildung 8
Beste berufliche Bildung für unser Land 10
Digitales Lehren und Lernen 11
Mehr Mitsprache- und Gestaltungsspielraum der Schulen (Schulfreiheitsgesetz) 11
Gute und moderne Unterrichts- und Lehrerversorgung garantiert beste Bildung 12
Individuell passende Bildung für jedes Kind 12
Frühkindliche Bildungsangebote 13
Hochschule 14
Wissenschaftslandschaft sichert exzellente Fachkräfteversorgung 14
Innovation stärken 14
Rheinland-Pfalz als führendes Bundesland für Forschung und Entwicklung von KI 14
Autonomie der Hochschulen stärken 15
Zukunftsfähige Ausstattung der Hochschulen 15
Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärken und modernisieren 16

KAPITEL 2: WIRTSCHAFT 17

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 17
Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern 18
Mittelstandsklausel 19
Digitalisierung ist mehr als nur Netzausbau 19
Mehr Gründer braucht das Land 19
Technologieförderung stärken 20
Einrichtung von Technologieclustern 20
Unternehmens-Netzwerke fördern 20
Innovationen und Umwelttechnologie als Chance 21
Sachliche Folgenabschätzung neuer Technologien 21
Innerstädtische Entwicklung 21
Einzelhandel unterstützen, Öffnungszeiten liberalisieren 21
Dem Fachkräftemangel entgegenwirken 22
Unternehmensnachfolge sichern 22
Vergabepolitik: Wettbewerb stärken, Einsparpotenziale nutzen 22
Privat vor Staat - bestehende gesetzliche Vorgaben nicht weiter aufweichen 22
Tanzverbot abschaffen 23
Filmförderung etablieren 23

KAPITEL 3: ARBEIT UND SOZIALES 24

Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft 24
Moderne Arbeitswelt 24
Pflegearbeit (Care-Arbeit) 24
Abschaffung der Kostenbeiträge für Heim- und Pflegekinder 24
Hilfe für Menschen in prekären Lebenssituationen 25

KAPITEL 4: TOURISMUS 26

Tourismus in Rheinland-Pfalz 26

KAPITEL 5: VERKEHR & INFRASTRUKTUR 27

Präambel 27
Verkehrswende ideologiefrei gestalten 27
Öffentlicher Personennahverkehr mit Bahn und Bus (ÖPNV und SPNV) - unser neues Nahverkehrsgesetz (NVG) 28
Schienenfernverkehr: Rheinland-Pfalz im Deutschland-Takt verankern 30
Radwegebau und -verkehr 30
Straßeninfrastruktur des Landes er halten und ausbauen 31
Güterverkehr und Logistik 32
Luftverkehr 33
Verkehrssicherheit 33
Jugend, Soziales, Teilhabe und Mobilität 34
Verkehrspolitik in Verantwortung für die Zukunft – Klima und Europa 35

KAPITEL 6: ENERGIE 36

Kernforderungen der liberalen Energiepolitik 37

KAPITEL 7: HAUSHALT 40

Haushalt und Finanzen 40
Gestärkt aus der Corona-Krise kommen 40
Generationengerechtigkeit als Leitmotiv 40
Effiziente Verwaltung 40
Freibetrag in der Grunderwerbsteuer einführen 40
Finanzpolitisches Engagement auf Bundesebene 41

KAPITEL 8: GESELLSCHAFT, INTEGRATION, JUGEND, FAMILIE UND FRAUEN 42

Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz 42
Migration und Integration in Rheinland-Pfalz 42
Gleichstellung offensiv vorantreiben 44
Istanbul-Konvention umsetzen 44
Paragraph 219a reformieren 44
Strenger Rechtsrahmen für Prostitution 44
Familie, Verantwortungsgemeinschaft und Vielfalt in Rheinland-Pfalz 45
Der Jugend eine Stimme geben 45
Jugendherbergen zukunftssicher aufstellen 46
Suchtprävention stärken 46
Selbstbestimmt im hohen Alter 46

KAPITEL 9: GESUNDHEIT 47

Pflege in Rheinland-Pfalz 47
Hausärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz 47
Fachärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz 47
Apotheken- und Medikamentenversorgung in Rheinland-Pfalz 48
Telemedizin und KI in der Gesundheit 48
Öffentlicher Gesundheitsdienst 48
Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz 49
Notfallversorgung in Rheinland-Pfalz 49
Gesundheitswirtschaft 49
Hebammen 49
Prävention statt Prohibition 50

KAPITEL 10: INNEN UND RECHT 51

Inneres 51
Verwaltung und Öffentlicher Dienst 51
Polizei 51
Rettungsdienste 51
Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz schützen 51
Freiwilliges soziales Jahr (FSJ) bei der Feuerwehr 52
Ehrenamt 52
Datenschutz 52
Schwimmbäder 52
Bestattungsgesetz 52
Justiz 53
Gründung einer Landesstiftung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern 54

KAPITEL 11: KOMMUNALPOLITIK 55

Kommunale Finanzen 55
Digitales Rathaus 55
Kommunaler ÖPNV 55
Kommunales Wahlrecht ab 16 56
Entschädigung Bürgermeisterinnen und Bürgermeister 56

KAPITEL 12: LANDWIRTSCHAFT 57

Lebt der Hof, lebt das Land 57
Die rheinland-pfälzische Agrarpolitik 57
Tierwohl europaweit einheitlich sicherstellen 58
Nachhaltige Flächenbewirtschaftung / Regionale Märkte stärken 58
Landwirtschaft und Heimat. Dorf geht nur so. 59
Digitalisierung der Landwirtschaft 59
Sauber bleiben. Gutes Gewissen, nicht nur beim Klima. 60
Beratung, Förderung, Forschung 61
Rheinland-Pfalz, Deutschland und die EU 61
Rheinland-Pfalz als Waldland erhalten 61
Forstwirtschaft 62
Jagd als Garant für nachhaltigen Arten- und Naturschutz 62

KAPITEL 13: WEINBAU 64

KAPITEL 14: UMWELT 66

Denken wir neu in der Umweltpolitik 66
Umweltschutz durch Innovation und Forschung 66
Abschaffung des Sonntagswaschverbotes 67
Abfallwirtschaft 67
Natur und Stadt 67
Moderner Umweltschutz nur im Einklang mit der Landwirtschaft 68
Hochwasserschutzprogramme fortführen 68
Wasserqualität erhalten und verbessern 68

KAPITEL 15: BAUWESEN, RAUMORDNUNG UND STÄDTEWESEN 70

Politik für ländliche Räume 70
Die Funktion der Stadt erhalten 71
Attraktiver Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten 72
Baukosten reduzieren 73

KAPITEL 16: KULTUR 74

KAPITEL 17: KIRCHE 76

KAPITEL 18: DIGITALE TRANSFORMATION, INNOVATION UND MEDIEN 77

ZUKUNFT WIRD BEI UNS GEMACHT: DIGITALE TRANSFORMATION UND INNOVATION FÜR RHEINLAND-PFALZ 77
DIGITALER STAAT: MODERNE VERWALTUNG STATT STAUBIGER AMTSSTUBE 77
DIE ZUKUNFT IST NICHT NUR MEGA, SONDERN GIGA: SCHNELLE NETZE IN RHEINLAND-PFALZ 80
LAND DER DICHTER, DENKER UND ROBOTER: RHEINLAND-PFALZ ZUM INTERNATIONALEN KI-HOTSPOT MACHEN 81
FÖRDERUNG DER BLOCKCHAIN-TECHNOLOGIE IN RHEINLAND-PFALZ 82
RHEINLAND-PFALZ ZU NATIONAL UND INTERNATIONAL RENOMMIERTEN BIOTECH-STANDORT MACHEN 82
GAMES – MADE IN RHEINLAND-PFALZ! 82
ESPORTS IST FÜR ALLE DA! 83
DIGITALE SANDKÄSTEN FÜR RHEINLAND-PFALZ: SANDBOX-MODELLE FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG 83
RHEINLAND-PFALZ'S GOT TALENT: JÄHRLICHER HACKATHON FÜR INNOVATIVE PROBLEMLÖSUNGEN 83
NEUE DIGITAL-HUBS FÜR RHEINLAND-PFALZ: WO TRADITION UND INNOVATION DIE ZUKUNFT MACHEN 83
EIN LAND STEHT UNTER STROM: SMARTE ENERGIE FÜR RHEINLAND-PFALZ 84
MEDIENLAND RHEINLAND-PFALZ: WIR GESTALTEN DEN RUNDFUNK DER ZUKUNFT 84
FREIER FUNK FÜR FREIE BÜRGER: BUNDESRATS-INITIATIVE FÜR DIE ANERKENNUNG DER GEMEINNÜTZIGKEIT VON FREIFUNK-INITIATIVEN 85

KAPITEL 19: SPORT 86

DIE FREIEN DEMOKRATEN FÖRDERN DEN SPORT 86
MIT TRENDSPORTART „ESPORTS" DIE JUGEND ZURÜCKGEWINNEN 86
SPORTGROßVERANSTALTUNGEN UNTER DER BERÜCKSICHTIGUNG VON ÖKONOMISCHEN, ÖKOLOGISCHEN, HUMANITÄREN UND NACHHALTIGEN ASPEKTEN UNTERSTÜTZEN 86
KOOPERATIONEN VON SCHULSPORT UND VEREINSSPORT IN SCHULEN, KINDERTAGESSTÄTTEN UND KINDERGÄRTEN FÖRDERN 86
SCHWIMMUNTERRICHT ERMÖGLICHEN 87
GELEGENHEITEN FÜR SPORT IM FREIEN 87
SPORT UNTERSTÜTZT INTEGRATION UND INKLUSION 87
SPORT ZWISCHEN SICHERHEIT UND BÜRGERRECHTEN 88
GRUNDLAGEN DER FINANZIERUNG DES SPORTS 88
EHRENAMT IM SPORT UNTERSTÜTZEN 88

KAPITEL 20: EUROPA UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN 89

RHEINLAND-PFALZ MITTEN IN EUROPA: STÄRKEN AUSBAUEN UND NEUE CHANCEN GEMEINSAM WAHRNEHMEN 89
EUROPA FÜR DIE MENSCHEN 89
EUROPA IN DEN ALLTAG BRINGEN: GEMEINSAMES LERNEN UND ERLEBEN 89
POLITISCHE BILDUNG: AUGEN AUF FÜR EUROPAS MÖGLICHKEITEN 89
STÄDTE- UND REGIONALPARTNERSCHAFTEN: EMOTIONAL, DIGITAL, ZUKUNFTSWEISEND 90
UNTERSTÜTZUNG BEI FÖRDERPROJEKTEN: POTENZIALE BESSER AUSSCHÖPFEN 90
MEHR ALS NUR NACHBARN: GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT 90
MIT- UND FÜREINANDER: GESUNDHEITSVERSORGUNG, KATASTROPHENSCHUTZ, STRAFVERFOLGUNG 90
INFRASTRUKTUR: GRENZÜBERSCHREITEND ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN 91
WIRTSCHAFTLICHE UND TECHNOLOGISCHE ZUSAMMENARBEIT: CHANCEN NUTZEN 91
VIER LÄNDER – EINE REGION: KULTURELLE VIELFALT GEMEINSAM ERLEBEN 91
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN VON RHEINLAND-PFALZ: WELTOFFEN, TOLERANT UND KOOPERATIV 92

Einleitung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 14. März 2021 sind Sie dazu aufgerufen einen neuen Landtag für Rheinland-Pfalz zu wählen. Die Wahl entscheidet darüber, wie unser Land sich in den nächsten fünf Jahren weiterentwickelt und wer dieses Land regieren wird. Ihre Stimme entscheidet! Wir Freie Demokraten als die Kraft der Mitte wollen weiterhin als Zukunftsgestalter unser Land voranbringen und wieder Regierungsverantwortung übernehmen.

Rheinland-Pfalz ist ein Land der Chancen und ein Land des Miteinanders. Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes Land mit großem Potential. Wir Freie Demokraten machen Ihnen mit unserem Programm ein Angebot, das wir mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam entwickelt haben. Unser Programm ist eines, das auf die Wünsche der Rheinland-Pfälzer pragmatische und innovative Antworten gibt. Wir setzen bei unserem Programm auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die selbstständig die richtigen Entscheidungen für ihr Leben treffen.

Wir Freie Demokraten wollen, dass man sich überall verwirklichen kann. Dabei darf es nicht darauf ankommen, ob Sie auf dem Land oder in der Stadt zuhause sind. Deswegen brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur im ländlichen Raum, gute wirtschaftliche Perspektiven, ein attraktives Freizeitangebot und digitale Angebote, die weite Wege überflüssig machen. Wir möchten das Lebensgefühl auf dem Land nicht verändern. Damit aber Ihre Entscheidung darüber, ob Sie Ihre Zukunft im Dorf oder in der Stadt gestalten, nicht von äußeren Zwängen abhängt, müssen die Grundbedürfnisse der Menschen auch im ländlichen Raum gedeckt und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse flächendeckend gewährleistet sein. Für uns ist klar: Startchancen dürfen nicht von Ortsschildern abhängen!
Wir setzen auf einen unkomplizierten Staat, der sich bei Bürokratie, Steuern und Abgaben zurückhält und zugleich bei der Bildung unserer Kinder sowie bei Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit auftrumpft.

Rheinland-Pfalz ist Bildungsland. Für uns stehen die individuellen Talente und Herausforderungen und nicht die Herkunft im Vordergrund. Wir sorgen auch weiterhin dafür, dass alle kleinen Träume zu großen Taten werden können. Für uns freie Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Daher bleibt sie in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft von der Kita bis zur Hochschule betragsfrei. Das gilt auch für die berufliche Bildung, der wir auch in Zukunft höchste Priorität einräumen, egal ob es um Berufschancen für junge Menschen, hochwertige Berufsausbildung, höhere berufliche Schulabschlüsse oder die Qualifikation zum Meister.

Rheinland-Pfalz ist in hohem Maße geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen. Diese Unternehmen und Ihre darin tätigen Menschen haben ein Anrecht auf Verständnis und Anerkennung. Wir streiten seit jeher für faire und moderne Rahmenbedingungen des rheinland-pfälzischen Unternehmertums. Den Mittelstand zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, steht im Zentrum aller unserer wirtschaftlichen Vorhaben. „Mehr Gründerinnen und Gründer braucht das Land“ - das ist für uns nicht nur eine schön klingende Forderung. Wir setzen uns für kreative Köpfe ein, die an den Lösungen von morgen arbeiten. Für diese Menschen wollen wir in Rheinlad-Pfalz exzellente Bedingungen schaffen. Wir werden die Digitalisierung in allen Bereichen unseres Landes weiter vorantreiben. Wir schließen Menschen, Unternehmen, Schulen und die Höfe des Landes an die digitalen Lebensadern der Zukunft an. Rheinland-Pfalz muss fit gemacht für die Gigabit-Gesellschaft.

In Rheinland-Pfalz haben wir begonnen die Verkehrswende einzuleiten und wir Freie Demokraten wollen diese als treibende Kraft auch weiterhin mitgestalten. Eine gute Mobilität in Stadt und Land bleibt eine entscheidende Grundlage unserer persönlichen Freiheit, einer leistungsfähigen Wirtschaft und unseres Wohlergehens.

Rheinland-Pfalz steht wegen der Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen. Wir Freie Demokraten haben dazu beigetragen, dass das Land solide aufgestellt ist, um diesen Herausforderungen finanzpolitisch zu begegnen. Zentrale Aufgabe von Freien Demokraten ist es, nach einer Phase der Krisenbewältigung den Weg zu ausgeglichenen, soliden und zukunftssicheren Haushalten zu finden. Der Mix aus Konsolidieren und Investieren wird auch in Zukunft das Land fit machen.

Wir Freie Demokraten stehen für eine freie, sichere und gerechte Gesellschaft. Wir werden auch in Zukunft den Rechtsstaat weiter stärken und die Sicherheit der Menschen in unserem Land verbessern. Wir wollen Rheinland-Pfalz immer sicherer machen. Wir bekennen uns zu unserer Polizei, den Rettungskräften, der Feuerwehr und der Justiz.

Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, sind viel zu selten Adressat der Politik. Wir rücken deshalb Familien noch stärker in den Mittelpunkt unserer Politik. Neben guter Bildung, guten Arbeitsplätzen und einem sicheren Rheinland- Pfalz gehört dazu auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch lebensechte Betreuungszeiten sowie den einfacheren Erwerb von Wohneigentum durch finanzielle Entlastungen bei der Grunderwerbssteuer.

Die Freien Demokraten blicken entschlossen, motiviert und mit dem Willen zum Gestalten in die Zukunft. Die Freien Demokraten wollen auch in der neuen Legislaturperiode Regierungsverantwortung tragen. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass Rheinland-Pfalz mit den Freien Demokraten in einer Regierung auch in den kommenden Jahren gut und verlässlich regiert wird.

Kapitel 1: Bildung

Weltbeste Bildung für dich, weltbeste Bildung für alle, weltbeste Bildung für Rheinland-Pfalz

Für Freie Demokratinnen und Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Deshalb wollen wir weiter konsequent daran arbeiten, für jedes Kind die beste Bildung anzubieten – kostenfrei. Wir wollen ein Bildungssystem, das die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und nicht eine bestimmte Bildungsideologie ins Zentrum stellt. Für uns stehen die individuellen Talente und Herausforderungen und nicht die Herkunft im Vordergrund.

Die Frage, ob eine Gesellschaft sozial gerecht ist und Chancen ermöglicht, lässt sich von den Bildungschancen einer und eines jeden Einzelnen ablesen. An dieser zentralen Herausforderung müssen wir weiter konsequent arbeiten und unser Bildungssystem kontinuierlich weiter modernisieren. Dabei geht es im Kern nicht um die äußere Organisation des Schulsystems, sondern darum, wie Lernen unter den schnelllebigen gesellschaftlichen Bedingungen und auf Grundlage dessen, was wir darüber wissen, in einer kind- und jugendgerechten Umgebung bestmögliche Grundlagen und Chancen schaffen kann.

Mit dieser Modernisierung haben wir in der vergangenen Legislatur begonnen. Gemeinsam mit allen am Bildungssystem Beteiligten wollen wir diesen Weg konsequent fortsetzen.

Zudem stellen wir verstärkt fest, dass bedingt durch die Digitalisierung und Transformation, teilweise in der Corona-Pandemie noch beschleunigt, sich Berufsbilder, aber auch Arbeitsorganisation und Arbeitsmethoden immer schneller ändern. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger befähigen und motivieren, diesen Wandel selbstbestimmt und chancenorientiert zu gestalten.

Sechs Kernmaßnahmen für weltbeste Bildung

1. **Beste berufliche Bildung für unser Land**

   Die berufliche Bildung ist das Erfolgsmodell hochwertiger Bildung in Deutschland. In Rheinland-Pfalz ist sie der größte Chancengeber, egal ob es um qualifizierte Bildungs- und Berufschancen für junge Menschen geht, um eine hochwertige grundständige Berufsausbildung, höhere beruflich orientierte Schulabschlüsse oder die Qualifikation zum Meister.

   Berufsbildende Schulen bieten ein breites Spektrum an Wegen, je nach individuellem Interesse und persönlichen Zielen, in Vollzeitschulformen oder im Rahmen einer dualen Berufsausbildung die ersten Schritte in die Arbeitswelt zu gehen und die unterschiedlichsten anerkannten Abschlüsse zu erreichen. Mit ihren Stärken – der Vielfalt an Schulformen und Abschlüssen sowie der Kombination von Allgemeinbildung und berufsbezogener Expertise – ist die berufsbildende Schule ein exzellentes Angebot, dass es zu erhalten und zu fördern gilt.

   Die duale Berufsausbildung muss weiter als gleichwertige Säule neben der akademischen Bildung gestärkt werden. Frühe Kooperation von allgemeinbildenden Schulen, mehr projektorientierte und berufsbezogene Inhalte und gemeinsame Arbeit auf Augenhöhe sollten die Regel werden. Wir wollen unsere Bildungseinrichtungen für Menschen aus vielfältigen Bereichen öffnen und mehr berufsorientierte Lernerfahrungen ermöglichen.

   Eine Stärkung der Berufsbildenden Schulen ist weiterhin unerlässlich. Sei es durch eine bestmögliche Personalausstattung, passgenaue Technik und Raumangebote oder den Ausbau der

Nutzung von webbasierten Unterrichtsformaten. Gerade für dünn besiedelte ländliche Regionen wollen wir Präsenzunterricht durch onlinegestützte Lerngruppen ergänzen.

Wir wollen verstärkt Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft fördern. Dies betrifft insbesondere auch mittelständische Unternehmen. Bei dualen Studiengängen möchten wir den Bereich der Weiterbildung stärker fokussieren.
Auch berufliche Bildung muss kostenfrei sein. Mit dem Aufstiegsbonus I und II (früher „Meisterbonus")sind wir diesem Ziel schon einen wichtigen Schritt nähergekommen. Nun wollen wir dafür sorgen, dass alle Bereiche der beruflichen Bildung ebenfalls kostenfrei sind.

2. Weltbeste Bildung durch die modernste digitale und technische Ausstattung an den Schulen

Wir Freie Demokraten sehen in der digitalen Bildung und in Systemen der KI ein enormes Potenzial, um die weltbeste Bildung an unseren Schulen zu verwirklichen. Die Phase des „homeschoolings" hat gezeigt, dass digitale Unterrichtsangebote zu einem organischen Bestandteil schulischen Lernens werden müssen. Jede Lehrkraft muss in die Lage versetzt werden, diese Angebote sinnvoll im eigenen fachlichen Kontext einzusetzen.
Wir wollen Fortbildungen zu digitalen Lehr- und Lernkonzepten für alle Lehrerkräfte verpflichtend machen. Dazu bauen wir das Fortbildungsangebot qualitativ deutlich aus, indem wir auch auf Angebote privater Anbieter setzen.

Wir möchten das Renommee des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz und der Universität Landau in den Bildungswissenschaften nutzen und ein Kompetenzzentrum für digitale Bildung und KI in der Schule gründen. Außerdem sollen an dieses Kompetenzzentrum Modellschulen angebunden werden. Diese Modellschulen wollen wir landesweit ausrollen. Was früher der Computerraum war, muss zum Zukunftslabor werden.

Schaffen wir Biotech-Labore, in denen Gentechnik mit CRISPR-Kits erlebbar wird, erleichtern wir den Einsatz von Virtual und Augmented Reality oder erschaffen wir spielerisch neue Objekte im 3D-Drucker. Durch stärkere MINT-Förderung und Lerninhalte wie beispielsweise „Datenkunde", stellen wir sicher, dass unsere Kinder zu mündigen Individuen anstatt zu unwissenden Konsumenten erzogen werden.

3. Mehr Mitsprache- und Gestaltungsspielraum der Schulen (Schulfreiheitsgesetz)

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, den Schulleitungen und der Schulgemeinschaft mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung einzuräumen, denn sie wissen vor Ort am besten, was für ihre Schülerinnen und Schüler gut ist. Dazu benötigen die Schulen mehr Mitspracherecht bei der Personalauswahl, mehr Entscheidungsfreiheit zur Profilbildung der Schule entsprechend ihrer Gegebenheiten vor Ort und eine angemessene Budgetierung für die neu gewonnene Freiheit. Deswegen wollen wir ein Schulfreiheitsgesetz, das diese Räume auf Grundlage bisheriger Modellversuche definiert und absichert.

4. Gute und moderne Unterrichts- und Lehrerversorgung garantiert beste Bildung

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass der bereits eingeschlagene Weg, an allen Schularten mindestens eine 100%ige Unterrichtsversorgung sicherzustellen, beibehalten wird. Da Ausfälle durch Erkrankung, Weiterbildung und dienstliche Veranstaltungen eintreten, wird es auch in Zukunft zu Unterrichtsausfall kommen können.

Um so viel Lernzeit wie nötig und so wenig Unterrichtsausfall wie möglich zu gewährleisten, werden wir durch digitale Lehr- und Lernmethoden, individuelle und projektbasierte Lernformen, gute Lehrerversorgung und Teams, die aus Lehrkräften sowie qualifizierten Fachkräften aus

vielfältigen Berufsbildern entstehen, eine Unterrichtsversorgung herstellen, die einer 105%-Versorgung entspricht. Auf den Lehrer und die Lehrerin kommt es an!

Aus diesem Grund muss um die Besten geworben werden. Deshalb wollen wir einen Modellversuch für eine verpflichtende Eignungsberatung für Studienbewerberinnnen und bewerber auf das Lehramtsstudium einführen.

5. Individuell passende Bildung für jedes Kind

Die Freien Demokraten wollen einen Bildungskonsens für unser Land. Das Ende ideologischer Schuldebatten hat Rheinland-Pfalz gutgetan. Jede Schulform wird von uns gleichbehandelt. Deshalb wollen wir die bewährte Schulstruktur mit Grund- und Förderschulen, Integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Realschulen plus, Schwerpunktschulen, Schulen in freier Trägerschaft und berufsbildenden Schulen stärken und erhalten. Für uns ist die Vielfalt des Schulsystems Grundlage für die Wahlfreiheit der Eltern, die wir erhalten wollen.

Wir werden Konzepte in Schulen ermöglichen, durch die Schülerinnen und Schüler anhand ihrer individuellen Begabungen fachliche Schwerpunkte bilden können. Dafür brauchen wir solche Lehrkräfte, die für unsere Kinder bestmögliche kind- und jugendgerechte Lernumgebungen bereitstellen, in denen die freie Entfaltung der Talente im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir erweiterte Wahlmöglichkeiten für Eltern und Kinder im Bereich der Wahlpflichtfächer. Eine an allen weiterführenden Schulformen verfügbare, breite Auswahl an bereits bekannten Wahlpflichtfächern (z.B. Informatik, Wirtschaft und Verwaltung, Technik und Naturwissenschaft oder diverse Fremdsprachen) sowie schulindividuelle Angebote nach regionalen Besonderheiten ermöglichen diese Bildung fachlicher Schwerpunkte. Zudem werden dadurch Übertritte zwischen Schulformen und Bundesländern damit einfacher möglich. Außerdem sollen Lehrkräfte für die Kinder Begleiter beim individualisierten Lernen sein.

6. Leuchttürme für Bildungschancen schaffen

Wir schlagen vor, in den Regionen mit den größten sozialen Herausforderungen und den ländlichen Gebieten Top-Berufsschulen mit der modernsten Pädagogik, der besten personellen Ausstattung und der modernsten digitalen Infrastruktur zu errichten. Mit diesen Schulen wollen wir die Abwanderungsbewegungen vom Kopf auf die Füße stellen. Die Errichtung der Leuchtturmschulen soll in einem landesweiten Wettbewerb ausgeschrieben werden, an dem sich Konsortien aus Kommunen, freien Trägern, der Wirtschaft und den regionalen Schulen beteiligen können.

Beste berufliche Bildung für unser Land

Wir werden außerdem:

- frühzeitige Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen unterstützen, um so eine frühzeitige Berufsorientierung anbieten zu können.
- dafür sorgen, dass neben Studierenden auch Auszubildende von Erfahrungen in anderen Ländern profitieren und sich auf den internationalen Arbeitsmarkt vorbereiten können. Dazu sollen die EU-Austauschprogramme wie Erasmus+ verstärkt auf Auszubildende ausgerichtet werden.
- die Einrichtung eines Zentrums für digitale Berufsbildung anstreben. Aufgabe dieses Zentrums ist die Beratung von Berufsschulen und ausbildenden Betrieben in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote, vom zielgerichteten Einsatz digitaler

Lernmittel über die Vermittlung von Medienkompetenz, bis hin zur Konzeption neuer Ausbildungsmodule einer digitalisierten Arbeitswelt. Als Denkfabrik entwickelt es gemeinsam mit den Kammern, Vertretern der Wirtschaft und Schulen digitale Ausbildungsangebote aktiv weiter und vermittelt branchenübergreifend Best-Practice-Beispiele. Das Zentrum sollte mit technischer, pädagogischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Expertise interdisziplinär aufgestellt sein.

- die Kriterien für die Festlegungen von Ausbildungsstandorten verändern, sodass im ländlichen Raum weiterhin eine flächendeckende und vielfältige Ausbildung an BBS möglich ist.

Digitales Lehren und Lernen

Wir werden außerdem:

- umgehend sämtliche Schulen in Rheinland-Pfalz an das Glasfasernetz anschließen.
- den Schulcampus RLP flächendeckend ausrollen, Lehrkräfte entsprechend fortbilden und für eine stetige Weiterentwicklung dieser Schulcloud sorgen.
- im Schulcampus RLP ein „Online-Lehrerzimmer“ etablieren, eine Art Speicherplatz/soziales Netzwerk, in dem Lehrende gemeinsam online Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen, Themen diskutieren, sich gegenseitig unterstützen und voneinander profitieren können; ein Online-Marktplatz für gute pädagogische Ideen.
- gemeinsam mit den Schulträgern ein Konzept für flächendeckende Digitalassistenten erarbeiten, sodass die Wartung von Hard- und Software gegeben ist.
- den Schulleitungen aller Schulen des Landes in Form von zugewiesenen Lehrerstunden die Freiheit einräumen, schulspezifisch digital gestützte Konzepte zu entwickeln.
- die Anschaffung und Nutzung von Medien zum Zweck der Bildung in den Familien unterstützen.

Mehr Mitsprache- und Gestaltungsspielraum der Schulen (Schulfreiheitsgesetz)

Wir werden außerdem:

- den Schulen proportional zur Zahl der Lehrkräfte ein Fortbildungsbudget für diese bereitstellen, über das sie im Wesentlichen eigenständig verfügen können, um so das schuleigene Fortbildungskonzept passend zur Profilbildung vorantreiben zu können.
- die Schulen dabei unterstützen, bei Bedarf Schulsozialarbeiter, Beratungslehrer, Schulgesundheitsfachpersonal, Verwaltungspersonal und/oder technische Assistenten zu beschäftigen.
- Schulbaurichtlinien zugunsten eigener pädagogischer Konzepte der Schulen öffnen.
- den Schulen weitere curriculare Spielräume z.B. beim Angebot der zweiten Fremdsprache ermöglichen.

Gute und moderne Unterrichts- und Lehrerversorgung garantiert beste Bildung

Wir werden außerdem:

- die wirkliche Lernzeit der Schülerinnen und Schüler zielgerichtet und differenziert erfassen.
- die Aspekte projektbasierter Unterricht, Teamteaching und Lernpsychologie sowie KI und Digitalisierung fest in den curricularen Standards für das Referendariat implementieren.
- auf eine leistungsbezogene schnellere Besetzung von Funktionsstellen drängen, damit diese wichtigen Funktionen auch ausgeübt werden.
- die Zusatzausbildung von Lehrkräften in Deutsch als Zweitsprache fördern.

Individuell passende Bildung für jedes Kind

Wir werden außerdem:

- den Ausbau weiterer Ganztagsschulen fördern.
- echte Inklusion ermöglichen und leben, indem wir Schwerpunktschulen jeder Schulform mit regionalisiertem Einzugsgebiet im Land bilden, die passgenaue Räumlichkeiten, extra sonderpädagogisches Personal und kleinere Klassen vorweisen können.
- eine neue, positiv-konstruktivere Feedbackkultur für Schülerleistungen etablieren.
- schulische Lern- und Lebenswelten gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen gestalten. Diese kinder- und jugendgerechten Lernumgebungen sollen zu eigenverantwortlichen, selbstbewussten und starken Persönlichkeiten erziehen, die in unserer globalen Wirtschaft und Gesellschaft Schritt halten können.
- Schulen zu Bildungszentren weiterentwickeln, die Kooperationen am Lernort Schule, z.B. mit kommunalen Bildungseinrichtungen wie Jugendmusikschulen oder Sportvereinen, ermöglichen.
- die schulpsychologische Unterstützung bedarfsgerecht ausbauen.
- die Demokratiepädagogik an den Schulen stärken. Deshalb setzen wir uns für die Aufnahme der Schulparlamente ins Schulgesetz ein und werden dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.
- die Regelungen des Privatschulgesetzes aus dem Jahr 1970 überprüfen und den heutigen Bedarfen anpassen, um bestehende Nachteile auszugleichen und zu einer fairen Wettbewerbsordnung zwischen staatlichen und freien Schulen zu gelangen, denn freie Schulen nehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion ein, indem sie das Schulwesen durch eigene Formen der Erziehung und des Unterrichts bereichern.

Frühkindliche Bildungsangebote

Kinder sind neugierig und wissbegierig, sie erkunden auf natürlichem Wege ihre Welt. Diese Neigung wollen wir unterstützen, indem wir ihnen dazu qualifizierte Bildungsangebote machen.

Wir werden:

- dafür sorgen, dass sich Öffnungszeiten nach den Wünschen der Eltern richten und zur heutigen beruflichen Realität passen. Dazu sind flexible Öffnungszeiten bis hin zur 24-Stunden-Kita bei Schicht- und Nachtarbeit sowie verstärkte Profilbildungen nötig.
- die Kitas für Fachkräfte aus den verschiedensten Berufsbildern (multiprofessionelle Teams) öffnen, um ganzheitliche Bildungsangebote zu ermöglichen.
- landesweite Programme zur Trägerqualifikation ausrollen und fördern.
- die Demokratieerziehung als Bildungsstandard in Kitas fest etablieren und entsprechende Bildungsprogramme für Erzieher bereitstellen.
- eine ausreichende Zahl an Ausbildungs- und Studienplätzen sowie Weiterqualifizierungsmöglichkeiten an den Fachschulen zur Verfügung stellen. Wir unterstützen die Einrichtung dualer Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher.
- uns für die Einrichtung einer internationalen Kindertagesstätte einsetzen. Dabei ist es uns wichtig, dass Kinder unabhängig vom beruflichen und finanziellen Hintergrund ihrer Eltern Zugang zu dieser Bildungseinrichtung haben. Unser Ziel ist eine „Kita für alle“. In solch einer „Kita der Zukunft“ sollen kulturelle und sprachliche Kompetenzen im Vordergrund stehen, was insbesondere durch internationale Kindergruppen und Personal in der Kita gewährleistet werden soll. Perspektivisch streben wir an, die Einrichtung zu einer internationalen Schule weiterzuentwickeln. An dieser sollen nationale und internationale Bildungsabschlüsse erworben werden können. Auch hier haben wir inklusive Zugangsmöglichkeiten im Blick.

Hochschule

Hochschulen sind für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von elementarer Bedeutung. Aus Innovation und Fortschritt entstammen Ideen und Entdeckungen. Deshalb wollen wir an unseren Hochschulen angemessene Personalausstattung für Verwaltung und Lehre, gute Studienbedingungen und modernste technische Ausstattung. Unsere Hochschulen brauchen außerdem noch mehr Handlungsfreiheit, moderne Rahmenbedingungen und eine verlässliche Finanzierung. Den Umstrukturierungsprozess der Hochschullandschaft wollen wir anhand der eben genannten Kriterien konstruktiv und kritisch begleiten. Deshalb werden wir folgende Ideen verwirklichen:

Wissenschaftslandschaft sichert exzellente Fachkräfteversorgung

Wir wollen:

- ein Landeskonzept zur Förderung der Durchlässigkeit und des Wissenstransfers zwischen beruflicher und akademischer Bildung sowie zur Flexibilisierung der Studiengänge schaffen.
- verstärkt Quereinsteiger aus der beruflichen Praxis ins Lehramt an berufsbildenden Schulen durch eine Kampagne und flexiblere Module als Weiterbildung holen.
- regionale Bildungsnetzwerke zwischen Hochschulen, BBS und allgemeinbildenden Schulen in regionalisierten Clustern zur verbesserten Studien- und Berufsorientierung schaffen.

Innovation stärken

Wir wollen:

- eine Innovationsoffensive, die auf der projektorientierten Förderung der Zusammenarbeit von KMU mit Hochschulen fußt. Hierbei soll insbesondere Koblenz mit seiner Fachhochschule und seiner Universität berücksichtigt werden, um die wirtschaftliche Vernetzung in der Region weiter voranzutreiben.
- die bestehende Transferoffensive zwischen Wirtschaft und Wissenschaft evaluieren, verbessern und dann entsprechend verstärken.
- ein Urlaubssemester für Gründer ermöglichen.
- die Umstellung auf europäische Semesterzeiten umsetzen, sodass wesentlich einfacher mehr europäischer Austausch stattfinden kann.

Rheinland-Pfalz als führendes Bundesland für Forschung und Entwicklung von KI

- Die künstliche Intelligenz (KI) ist eines der herausragenden Zukunftsthemen in allen Bereichen unseres Lebens. Von der intelligenten Robotersteuerung bis zur automatischen Hilfe bei der Benutzung von Software hilft uns KI, wiederkehrende Abläufe zu automatisieren oder Entscheidungshilfen zu geben.
- Wir Freie Demokraten fordern, die Forschung und Entwicklung von KI-basierten Lösungen zu fördern sowie die Nutzung und Anwendung zu unterstützen. Zudem gilt es dabei jene Bereiche der KI zu fokussieren, die für die Unternehmen des

Landes besonders relevant sind. Dabei sind die Persönlichkeitsrechte zu wahren und die Entscheidungshoheit beim Menschen zu belassen.

Autonomie der Hochschulen stärken

- Wir fordern mehr Handlungs- und Gestaltungsspielraum für die Hochschulen. Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik muss die Rahmenbedingungen für größtmögliche Eigenständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Profilbildung der Hochschulen schaffen, so dass diese selbstständig die Ziele hervorragender Lehre, exzellenter Forschung und effektiven Wissens- und Technologietransfers umsetzen können.

Zukunftsfähige Ausstattung der Hochschulen

Wir wollen:

- ein Landesprogramm für zusätzliche Juniorprofessuren mit der Garantie der Übernahme auf eine Lebenszeitprofessur, sofern anhand transparenter Leistungsparameter der Nachweis exzellenter Forschung und Lehre erbracht wurde.
- die Verwaltungsstrukturen und Personalsituation der zukünftig eigenständigen Universität Koblenz und der fusionierten Universität aus TU Kaiserslautern und Campus Landau bedarfsgerecht ausbauen.
- ausgesuchten hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die im Wettbewerb um eine Professur unterlagen, eine unbefristete Beschäftigung ermöglichen, um wichtige Bereiche in Forschung und Lehre nachhaltig zu unterstützen.
- uns zur Vielfalt im Hochschulsystem bekennen: Universitäten (inkl. Musik-, Kunst- und pädagogische Hochschulen), (Fach-)Hochschulen, Berufsakademien und Duale Hochschulen haben alle ihren Platz und ihre ganz eigene Mission. Die dynamische Überwindung der bestehenden formalen Differenzen bietet dabei jedoch große Chancen. So kann z.B. ein enger Bezug zur Praxis auch für die theoretische Forschung hilfreich sein. Daher sollen Fachbereiche von Fachhochschulen, wenn näher zu definierende Voraussetzungen - wie z.B. Habilitation der betreffenden Professoren – erfüllt sind, das Promotionsrecht erhalten können.
- die modernsten Methoden für beste Bildung. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten für individuelles, effizienteres, vernetztes und motivierendes Lehren und Lernen. Wir investieren deshalb in die digitale Infrastruktur.

Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärken und modernisieren

Wir wollen:

- den Zentren für Lehrerbildung, nachdem wir sie gestärkt haben, eine noch stärkere Rolle bei der Konzeption der Module des Lehramtsstudiums einräumen.
- Förderschullehramt an der zukünftig eigenständigen Uni Koblenz einführen.
- ein Verfahren zur Eignungsberatung von Lehramtsstudierenden pilotieren. Das Verfahren zur Eignungsberatung ermöglicht die Erfassung wichtiger Kompetenzen und Persönlichkeitsmerkmale für den Lehrberuf und das Lehramtsstudium. Am Ende erhalten die Teilnehmenden in einem persönlichen Feedback- und Perspektivengespräch eine umfassende Rückmeldung zu ihren Kompetenz- und Merkmalsausprägungen. So wollen wir erreichen, dass diejenigen Lehramt studieren, die ein umfassendes Talent für den besonderen Beruf der Lehrerin und des Lehrers mitbringen. Das Verfahren soll in einem Modellversuch an den Universitäten, die den Bachelor of Education anbieten, umfassend pilotiert und evaluiert werden.
- ein regelmäßig aktualisiertes Fortbildungsangebot, um die Lehrkräfte fit für Europa zu machen und sie immer wieder neu für Europa zu begeistern. Wir fordern ein europäisches Bildungs- bzw. Weiterbildungsprogramm für Lehrkräfte, um deren sprachliche und interkulturelle Kompetenzen zu stärken. Auch Lehreraustauschprogramme können hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Kapitel 2: Wirtschaft

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Die Wirtschaft unseres Landes ist in hohem Maße geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie stellen den größten Teil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und legen somit die Grundlage unseres Wohlstands. Diese Unternehmen, ihre Unternehmer und ihre Mitarbeiter haben ein Anrecht auf Verständnis und Anerkennung. Das Fundament dafür muss bereits in der Schule gelegt werden. Diese Unternehmen umfassen ein breites Spektrum von produzierenden Betrieben, Handwerkern, Dienstleistern, Selbstständigen, Freiberuflern, Kreativen und Künstlern. Dazu gehören Landwirte und Winzer, inhabergeführte Geschäfte, Einzelhändler sowie Gastwirte, Hotel- und Pensionsbetreiber. Sie alle benötigen geeignete staatliche Rahmenbedingungen, um ihre Ziele erreichen zu können.

Vor allem inhabergeführte Unternehmen stiften unserem Land seine regionale Identität, stellen Produkte und Dienstleistungen hoher Qualität her und übernehmen Verantwortung als Arbeitgeber. Viele dieser Unternehmen arbeiten als Zulieferer und Auftragnehmer regional und international, zum Teil als so genannte Hidden Champions, mit Unternehmen aller Größenklassen weltweit eng zusammen. Damit vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler sich weiterentwickeln können, müssen Land und Kommunen notwendige strategischen Weichen für die Zukunft stellen, denn Unternehmen wird mehr Flexibilität, Kreativität und Innovationskraft abverlangt als je zuvor.

Dies betrifft auch die internationalen Handelsbeziehungen, die nicht nur durch Corona-Maßnahmen, sondern auch durch geopolitische und geowirtschaftliche Machtverschiebungen und Handelskonflikte erhebliche Beeinträchtigungen erfahren haben. So muss mit weiteren Handelsbeschränkungen mit Russland (Spionage-Vorwürfe und Cyber-Attacken), China (Brennpunkt Hong Kong) oder der Türkei (Streit um Gasvorkommen in griechischen Gewässern) gerechnet werden. Internationale Handelsabkommen verlieren an Wert.
Reisebeschränkungen durch Corona-Quarantäne-Maßnahmen haben Unternehmen schwer belastet. Internationale Lieferketten sind so stark beeinträchtigt, dass mehr im Inland produziert und hergestellt werden muss. Dennoch müssen zumindest die erforderlichen Rohstoffe importiert werden. Aber auch viele Dienstleistungen können wegen Reisebeschränkungen nicht außerhalb der Landesgrenzen erbracht werden. Zu hoffen ist, dass nach der Corona-Pandemie alles wieder so wie zuvor ist, dürfte ein Trugschluss sein. Deshalb sind mit Kreativität und Unternehmergeist die Chancen von morgen zu schaffen.

Deshalb ist es jetzt erforderlich, dass das Land und die Kommunen zu aufwändige und zu komplexe Bürokratie und Verwaltungsstrukturen so weit wie möglich verschlanken und digitalisieren.

Wir Freie Demokraten werden die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen (vom Startup bis zum Großunternehmen), Gewerbe, Selbstständige und Freiberufler, wie bereits begonnen, weiter verbessern. Wir werden das wirtschaftsfreundliche Klima weiter fördern und wollen die Infrastruktur überall dort, wo es notwendig und erforderlich ist, weiter ausbauen. Dies betrifft alle Verkehrswege wie Straße, Schiene, Wasser, Luft sowie die digitale Netzinfrastruktur und die Energieversorgung.
Wir Freie Demokraten wollen die erforderlichen Rahmenbedingungen für Industrie und Gewerbe schaffen, damit Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler weiterhin investieren und Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten, aufbauen und sichern können. Dazu zählen auch infrastrukturelle Rahmenbedingungen wie ein ausreichendes Angebot an ärztlicher Versorgung, Bildung und Kinderbetreuung.

Die Vorteile rheinland-pfälzischer Standorte müssen vom Land vermittelt werden. Die Gründung von Unternehmen muss noch stärker unterstützt werden. Jeder Gründer hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Platz entscheiden, der ihm den besten Start und die besten Entwicklungsperspektiven verspricht. Daher muss der Dialog zwischen Land, Kommunen und Unternehmen verstärkt werden. Die Kontakte zu Unternehmen müssen nicht nur auf landes- sondern auch auf kommunaler Ebene intensiviert und in Foren und Veranstaltungen besser zum Austausch genutzt werden.

Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz benötigen einen Staat

- der für Planungssicherheit und Vertrauen sorgt, damit Investitionen in die Zukunft kalkulierbar sind.
- der unternehmerisches Risiko honoriert und nicht bestraft.
- der ihnen Freiheit für unternehmerische Entscheidungen lässt und sie nicht administrativ überlastet.
- der auf die Marktkenntnis und Souveränität vertraut und Bedingungen vorgibt, die dies ermöglichen.
- der rational handelt und nicht in bekannte Ideologie-getriebene Aktionismen verfällt.
- der Unternehmen bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unterstützt.
- der den Strukturwandel der Wirtschaft zielführend und aktiv begleitet.
- der Wachstum als Voraussetzung für Wohlstand begreift und nicht als ideologische Gefahr verteufelt.
- der sich als Partner der Wirtschaft versteht, sie aktiv unterstützt und die genannten Punkte umsetzt.

Für uns Freie Demokraten sind all dies Erfordernisse für ein unternehmerfreundliches und leistungsförderndes Klima, das den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stabilisiert, stärkt und weiterentwickelt.

Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern

Effiziente Politik ist notwendige Voraussetzung für eine starke Wirtschaft. Vor allem bei sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen können nur Leistungen zur Verfügung gestellt werden, die zuvor auch erwirtschaftet wurden. Unternehmen brauchen daher eine starke, in die Zukunft denkende Landes- und Kommunalpolitik. Deshalb muss die Wirtschaftsförderung auf Landes- und kommunaler Ebene gestärkt werden, um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern. Das Land muss für Unternehmen und für die Kommunen die besten Voraussetzungen schaffen.
Auch die Wirtschaftsförderung für Unternehmen, Gewerbe, Selbstständige und Freiberufler muss sich dem Wettbewerb anpassen. Dazu ist die Schaffung regionaler Zusammenschlüsse in Form von Netzwerken auf freiwilliger Basis zur Wirtschaftsförderung sinnvoll. Positive Beispiele sind die länderübergreifenden Metropolregionen und zum Beispiel auch die Effekte von (in Rheinland-Pfalz bisher noch nicht realisierten) Exzellenzclustern.

Entscheidende Grundlagen für diese Unterstützung sind folgende Punkte:

- schnelle, unbürokratische Genehmigung bei Neuansiedlungs-, Investitions- und anderen Vorhaben. Konkrete Ansprechpartner für die durchgängige koordinierte Bearbeitung aller Fachdienststellen.
- eine in jeder Hinsicht zukunftssicher ausgebaute und bedarfsgerechte Infrastruktur, Transparenz und Zuverlässigkeit der kommunalpolitischen Zukunftsplanung.
- das Vorhandensein wichtiger Standortfaktoren, wie z.B. Schul- und Ausbildungsangebote, ein reiches Kulturleben und hochwertige Freizeitmöglichkeiten.
- die lokale und regionale Verfügbarkeit von Fachkräften.

Auf Kommunal- und Landesebene müssen Gesetze, Vorschriften und Satzungen von Unternehmen mit vertretbaren Kosten erfüllbar sein. Die Selbstständigkeit soll so einfach wie möglich gemacht werden. Jede Gründung hat das Potenzial, ein ortsansässiger Arbeitgeber und Steuerzahler zu werden.

Mittelstandsklausel

Eine Mittelstandsklausel ist auf kommunaler Ebene einzuführen. Alle kommunalen Erlasse und Verordnungen sollen auf ihre Auswirkungen für mittelständische Unternehmen überprüft werden. Die Belastung durch zusätzliche Bürokratie trifft vor allem kleinere Unternehmen, die annähernd die gleichen regulatorischen Anforderungen erfüllen müssen wie größere Unternehmen. Generell ist Bürokratie so weit wie möglich abzubauen, damit sich Unternehmen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Kleinunternehmen, Selbstständige, aber auch jeder Bürger werden mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen und damit mit immer mehr Bürokratie konfrontiert. Deshalb fordern die Freien Demokraten, dass die Landesregierung eine(n) Beauftragte(n) für Bürokratie ernennt, die die bestehenden Gesetze und Verordnungen auf Bürokratie untersucht und Vorschläge zu ihrer Abschaffung oder Vereinfachung unterbreitet, die das Parlament dann umsetzt.

Digitalisierung ist mehr als nur Netzausbau

Globalisierung, Digitalisierung, wandelnde Kundenwünsche und zunehmender Fachkräftemangel zwingen Unternehmen zu immer schnellerer Anpassung. Dafür müssen Unternehmen von oft unnötig komplizierten Bürokratievorschriften, wie diese beispielsweise bei der Umsetzung der DSGVO oder dem A1-Verfahren für stundenweise und längerfristige Entsendung entstanden sind, entlastet werden. Unternehmen benötigen digitale und sichere Internetplattformen, über die sie Bescheinigungen anfordern oder vertrauliche Daten sicher auslagern und speichern können. Sie brauchen ein unternehmerfreundliches Klima und finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und aufzubauen. Zu der dafür notwendigen Infrastruktur zählen u.a. Breitbandausbau, Verkehrswege, ausreichende Angebote an Schulen, Kinderbetreuung, ärztliche Versorgung und Bildungseinrichtungen.

Mehr Gründer braucht das Land

Wir Freie Demokraten wollen Neugründungen, vor allem im Bereich von Umwelt- und Zukunftstechnologien, unterstützen. Gründer und ihre Unternehmen sind Arbeitgeber und Steuerzahler von morgen. Wir setzen uns für kreative Köpfe ein, die an den Lösungen für morgen arbeiten. Für diese sind in Rheinland-Pfalz exzellente Bedingungen zu schaffen.

Dies kann nur mit einer nachhaltigen Strategie erreicht werden:

- Vereinfachung von Gründungen durch eine einzige Anlaufstelle in einer One-Stop-Agency.
- Stärkere Verknüpfung von Wirtschaft, Schule und Hochschule zur Vermittlung wirtschaftlicher und unternehmerischer Kenntnisse und Belange. Dies ist durch Practice-Days in Schulen zu ergänzen.
- Regionale Schaffung günstiger Büro- und Verwaltungsräume und der administrativen Infrastruktur in Startup- und KMU-Zentren, auch um Gründer aus strukturschwachen Regionen zu unterstützen.
- Förderung von Gründungsbüros an Hochschulen, um Ausgründungen zu erleichtern.
- Bürokratieabbau für Gründer und den Mittelstand, z.B. durch eine One-In-One-Out-Regelung für Landesgesetze oder aber auch eine Laufzeitvorgabe für entsprechende Gesetze.
- Öffnung von Förderprogrammen, für Nichtakademiker und Gründer im Handwerk.
- Intensivierung der Nutzungsmöglichkeiten der bereitgestellten europäischen Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für das Land Rheinland-Pfalz.
- Förderung einer Gründungskultur, die eine zweite Chance (fail and try again) ermöglicht und fördert.
- Förderung des 5G- und des Breitbandausbaus, insbesondere in ländlichen Räumen. Gründungen auf dem Lande dürfen gegenüber denen in Großstädten nicht benachteiligt werden.
- Einforderung der notwendigen gründerfreundlichen Politik auch auf Bundesebene. Hierzu zählen u. a. die Steigerung der Attraktivität von Beteiligungsinvestitionen, bessere Rahmenbedingungen und Rechtsrahmen für Wagniskapital und Crowdfunding und Einführung eines Venture-Capital-Gesetzes.

Technologieförderung stärken

Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz als Standort für neue Technologien im internationalen Wettbewerb stärken. Neue Technologien schaffen Arbeitsplätze von morgen. Wirtschaftsförderung muss in die Technologiepolitik einbezogen werden, um planvoll geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Einrichtung von Technologieclustern

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss erhalten und ausgebaut werden. Dazu sind in den Zukunftsfeldern Technologiecluster als institutionalisierte Austauschplattform einzurichten. Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen soll verstärkt werden. Dabei sollen Kammern und Verbände eine starke Rolle einnehmen und Wissenstransfer zwischen den Unternehmen fördern. Ziel muss sein, die Innovationspolitik an der gesamten rheinland-pfälzischen Wertschöpfungskette auszurichten.

Unternehmens-Netzwerke fördern

Mittelständische Unternehmen benötigen Kooperation und Know-how-Transfer mit anderen Unternehmen, Bildungsträgern und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Nutzung von Wissen und Kompetenz fördert Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Sie schafft Synergien und Mehrwerte. Netzwerke leisten durch Bündelung von Kompetenzen wichtige Beiträge zur Standortsicherung. Wir Freie Demokraten treten für Förderung zukunftsorientierter Netzwerke auf Basis freiwilliger Kooperationen ein. Initiiert, unterstützt und überregional vernetzt werden müssen diese Netzwerke durch Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbände.

So entstehen neue Geschäftsideen, Produkte, Dienstleistungen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Vor allem die bestehenden Netzwerke “We-Move-It“ im Nutzfahrzeugsektor und “Ecoliance“ im Umweltsektor sind konsequent weiterzuentwickeln.

Innovationen und Umwelttechnologie als Chance

Die Entwicklung von Wissen, Erkenntnis und Technologie in der vernetzten Weltgemeinschaft führt dazu, dass sich neue Technologien immer schneller etablieren und unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben substanziell verändern. Veränderungen treten heute mehrfach innerhalb der Lebensspanne des Menschen ein. Wir Freie Demokraten sehen dies als Chance. Dazu bedarf es einer Bildungsoffensive, die Menschen lebenslanges Lernen ermöglicht und eines politischen Umfeldes, das dies zulässt z.B.:

- Mobiles Internet wird die Arbeitswelt und viele Geschäftsmodelle verändern.
- Künstliche Intelligenz wird in vielen Anwendungen zum Einsatz kommen.
- Autonomes Fahren wird Verkehr und Logistik entscheidend prägen.
- Regenerative Energien und Energiespeicher dezentralisieren die Energieversorgung, gleichen Schwankungen regenerativer Energieerzeugung aus, ohne aus dem Ausland Strom beziehen zu müssen.

Die sich daraus ergebenden Chancen sind zu nutzen, das notwendige politische Umfeld ist zu schaffen.

Sachliche Folgenabschätzung neuer Technologien

Ein kompetenter Umgang mit neuen grundlegenden Technologien schließt auch eine sorgfältige Technikfolgenabschätzung, insbesondere künstliche Intelligenz betreffend, ein. Diese hat, auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit, konstruktiv und sachlich zu erfolgen und beinhaltet:

- die Berücksichtigung aller Gesamtauswirkungen auf den Menschen und die Umwelt,
- die Unterstützung der betroffenen Menschen durch weitestgehende Transparenz und Aufklärung.

Innerstädtische Entwicklung

Im Wettbewerb der Einzelhandelsstandorte, vor allem gegenüber dem Online-Handel, soll die Eigeninitiative von Eigentümern zur Attraktivitätssteigerung von Einzelhandelsquartieren unterstützt werden. Dies soll durch Begleitung der Entwicklung zukunftsgerechter Konzepte der innerstädtischen Entwicklung erfolgen. Erforderlich ist die Entwicklung zukunftsgerechter Instrumente zur Belebung der Innenstädte.

Einzelhandel unterstützen, Öffnungszeiten liberalisieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Unterstützung des Einzelhandels und für flexible Ladenöffnungszeiten ein. In der modernen Lebensrealität wirken sich gesetzliche Öffnungszeiten wettbewerbseinschränkend aus. Damit es nicht mehr nur Online-Anbietern, sondern auch traditionellen Geschäften ermöglicht wird, ihre Waren rund um die Uhr verkaufen zu können, sind selbstbestimmte flexible Ladenöffnungszeiten erforderlich. Jedes Geschäft soll selbst darüber entscheiden können, wann es öffnet und schließt.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

In vielen Sparten der Wirtschaft herrschte bis zur Corona-Pandemie annähernd Vollbeschäftigung. Dies wird mittelfristig zwar wieder erwartet. Viele Betriebe können jedoch offene Stellen wegen Fachkräftemangels nicht besetzen. Bei dessen Bekämpfung können Eltern, Schulen und Betriebe zusammenwirken, um junge Menschen für eine zukunftsorientierte Ausbildung und Arbeitsplätze in der Region zu gewinnen. Feriencamps für Berufsorientierung sollen junge Menschen an diese Themen heranführen. Eine neue MINT-Offensive soll die Fachkräftesituation in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen verbessern. Neue Arbeitskräftepotenziale können durch bedarfsorientierte Weiterqualifizierung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschlossen werden. Neue Arbeitszeitmodelle und Betreuungsangebote für Kinder ermöglichen Erziehenden eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Während in Deutschland der Wettbewerb um die Auszubildenden noch in vollem Gange ist, Ausbildungsstellen sogar unbesetzt bleiben, haben junge Menschen in anderen Teilen Europas keine berufliche Perspektive. Besonders im Handwerk und im Pflegebereich ist es schwierig, Fachkräfte und Nachwuchs zu gewinnen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen. Hierzu sollte die aktuelle Lage analysiert werden und entsprechende Branchen mit weiterhin anhaltendem Fachkräftemangel herausgearbeitet werden, um gemeinsam mit den Branchenvertretern passgenaue grenzüberschreitende Projekte ins Leben zu rufen. Wir fordern einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität.

Unternehmensnachfolge sichern

Jahr für Jahr suchen viele rheinland-pfälzische Unternehmer einen Nachfolger. Diese Unternehmen sollen erhalten bleiben und ihre Arbeitsplätze gesichert werden. Kontakte potenzieller Übergeber und Übernehmer sollen auf regionaler Ebene unterstützt werden. Wir Freie Demokraten kooperieren auf allen Ebenen intensiv mit Wirtschaftsverbänden vor Ort, um Informationen mit allen Beteiligten auszutauschen und diese fachkundig in Zusammenarbeit mit Kammern, Förderbanken und Investoren zu begleiten.

Vergabepolitik: Wettbewerb stärken, Einsparpotenziale nutzen

Bei Vergabe und Durchführung öffentlicher Aufträge sollen folgende Ziele Priorität haben:

- Transparenz der Vergabeverfahren
- Fairer Wettbewerb zwischen den Bietern
- Stärkere Berücksichtigung mittelständischer Unternehmen, Selbstständigen und Freiberuflern
- Wirtschaftlichkeit bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben

Wir Freie Demokraten sind für klare, nachvollziehbare und ergebnisorientierte Leistungsbeschreibungen. Wir wollen keinen reinen Preiswettbewerb, sondern Wettbewerb um Effizienz und Qualität. Der Zugang soll allen qualifizierten Bewerbern offenstehen und nicht durch unnötige Zertifizierungen o.ä. eingeschränkt werden. Die Abwicklung der Vergabeprozedur (Ausschreibung, Angebotsbewertung, Auftragserteilung) soll auch bei kleinen Aufträgen auf elektronischem Weg erfolgen. Auch Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sollen öffentlichem Vergaberecht unterliegen.

Privat vor Staat - bestehende gesetzliche Vorgaben nicht weiter aufweichen

Dem Trend von Kommunen, verstärkt privatwirtschaftliche Tätigkeiten zu übernehmen, wollen wir Freie Demokraten Einhalt gebieten. Überall dort, wo der Markt funktioniert, soll das ordnungspolitische Erfolgsrezept unserer Marktwirtschaft „Privat vor Staat“ gelten. Andernfalls werden sich ohnehin

bestehende Wettbewerbsnachteile mittelständischer Unternehmen gegenüber landeseigenen und kommunalen Eigenbetrieben wie Ungleichbehandlung bei Umsatzsteuer sowie Insolvenzschutz weiter verschärfen.

Tanzverbot abschaffen

Während der Corona-Pandemie ist deutlich geworden, wie vorsichtig der Staat mit Einschränkungen gegenüber der Wirtschaft umgehen muss. Eine Einschränkung, die aber schon seit Jahrzehnten besteht, ist das Tanzverbot an stillen Feiertagen, das der Gastronomie Einnahmen verwehrt. Wir Freie Demokraten wollen dieses Tanzverbot abschaffen.

Filmförderung etablieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einrichtung einer Filmförderung in Rheinland-Pfalz ein. Dabei soll eine Kooperation mit dem Land Baden-Württemberg angestrebt werden - deckungsgleich zum Sendegebiet des SWR.

Kapitel 3: Arbeit und Soziales

Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft

Wir bekennen uns zur Sozialpartnerschaft. Unser Arbeitsmarktmodell ist erfolgreich, weil es auf Tarifautonomie und flexiblen Tarifpartnerschaften von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften basiert.

Wir wollen die Sozialpartnerschaft weiter gestärkt sehen, um eine funktionierende Tarifautonomie zu schützen. Sogleich streben wir Flexibilität am Arbeitsmarkt an. Dies erleichtert den Einstieg und reduziert Arbeitsplatzverluste.

Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, dass wir auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt brauchen. Wie bereits in der Finanzkrise hat die Sozialpartnerschaft dafür gesorgt, dass Entlassungen in großem Rahmen verhindert wurden. Um auch auf zukünftige Krisen, aber auch den stetigen Wandel der Wirtschaft reagieren zu können, benötigen die Unternehmen in unserem Land Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Moderne Arbeitswelt

Die Digitalisierung ändert alles. Sie schafft eine völlig neue Arbeitswelt, die neue Rahmenbedingungen benötigt. Arbeit funktioniert nicht mehr nach dem Prinzip „Nine to Five“. Sie wird flexibler in Ort und Zeit. Darauf muss die Politik mit geeigneten Maßnahmen reagieren.

Wir wollen strenge Begrenzungen bei der Arbeitszeit lockern, um mehr Flexibilität für Beschäftigte und Unternehmen zu schaffen. Gerade in der Gastronomie sehen wir besonderen Handlungsbedarf und wollen diese deshalb als Saisonarbeitsbranche anerkennen lassen. Wir wollen die Weichen stellen, damit mehr Menschen, gerade auch im öffentlichen Dienst, das Homeoffice nutzen können: und wir wollen Strukturen schaffen, damit künftig sogenanntes Crowdworking für Beschäftigte und Unternehmen in angemessenen Rahmenbedingungen möglich ist.

Pflegearbeit (Care-Arbeit)

Wir Freie Demokraten nehmen die Pflegearbeit (Care-Arbeit) in den Blick und wollen diese durch konkrete Maßnahmen attraktiver machen. Beispielsweise kostet die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher die Auszubildenden selbst hohe Beträge. Wir wollen die Ausbildung in der Care-Arbeit künftig gebührenfrei gestalten und die Zugangsvoraussetzungen erleichtern.

Abschaffung der Kostenbeiträge für Heim- und Pflegekinder

Wir Freie Demokraten stehen für Eigenverantwortung und ein selbstbestimmtes Leben ein. Dazu passt nicht, dass Heim- und Pflegekinder von ihrem Gehalt einen Kostenbeitrag an den Staat abgeben müssen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung dieses Kostenbeitrages ein.

Hilfe für Menschen in prekären Lebenssituationen

Wir Freie Demokraten sind solidarisch mit Menschen, die Hilfe benötigen, um in ein geregeltes Alltagsleben zurückzukehren. Die jüngst eingerichtete Clearingstelle für Menschen ohne Versicherungsschutz wird gut angenommen und zeigt Wirkung. Deshalb wollen wir sie strukturell stärken.

Wir wollen für Wohnungslose künftig nach dem „Housing First“-Prinzip agieren, das auf dem Weg in ein würdevolles Leben zunächst den Schritt in eine eigene Wohnung geht. Unmittelbar danach greift die Sozialarbeit, mit der es durch Beratung und Unterstützung Stück für Stück in Richtung Alltag geht. Wohnungslose Menschen haben wie alle anderen auch verdient, dass sie auf ihrem letzten Weg in Würde begleitet werden. Wir treten deshalb für die Einrichtung eines Obdachlosenhospizes ein.

Kapitel 4: Tourismus

Tourismus in Rheinland-Pfalz

Für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist die Stärkung der rheinland-pfälzischen Tourismusregionen unerlässlich. Der Tourismus, als ressortübergreifender harter Wirtschafts- und Standortfaktor, muss gestärkt werden. Nur mit einem klaren regionalspezifischen Profil ist ein imageprägender Auftritt am Markt möglich und nur so kann sich Rheinland-Pfalz von anderen touristischen Regionen abheben. Hierzu ist die Bündelung von sämtlichen Ressourcen, wie beispielsweise finanzielle und personelle Mittel, notwendig.

Übergeordnetes Ziel der Freien Demokraten ist es, Wachstum durch Wertschöpfung zu generieren, sodass ganzheitliche Wertschöpfungsketten geschaffen werden. Tourismus muss als ressortübergreifendes Querschnittsthema gedacht werden. Denn nur so lassen sich Synergien optimal nutzen. Zu berücksichtigen sind dabei die Wechselwirkungen der Tourismuswirtschaft mit anderen Wirtschaftsbranchen und Aufgabenbereichen, wie zum Beispiel Kultur, Weinwirtschaft, Städtebau und Dorfentwicklung sowie Baukultur, Landschafts- und Naturschutz.

Auch soll der ländliche Raum zunehmend vom Tourismus profitieren und durch den Aufbau von touristischer Infrastruktur gestärkt werden. Mit touristischer Infrastruktur ist allerdings nicht ausschließlich der Ausbau von Rad- und Wanderwegen gemeint. Vielmehr geht es um barrierefreie Mobilität sowie den Ausbau digitaler und medizinischer Versorgung. Tourismus soll künftig nicht alleine für Gäste gedacht, sondern ganz bewusst an der Lebenswirklichkeit der Einheimischen sowie der Unternehmen als harter Standortfaktor orientiert werden. Denn die Attraktivität einer Region ist ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitskräften. Dort, wo Menschen gerne Urlaub machen oder einen Tagesausflug verbringen, lässt es sich auch gut leben. Touristisch attraktive Orte bieten Gästen sowie Einheimischen ein Plus an Freizeit- und Lebensqualität.

Eine weitere Grundvoraussetzung, damit Rheinland-Pfalz sowohl national als auch international gut gegenüber anderen Wettbewerbern gerüstet ist, ist unser Gastgewerbe. Durch einzelbetriebliche Förderung, Abbau bürokratischer Hürden, Einführung von Arbeitszeitkonten, Unterstützung bei Betriebsübernahmen sowie Lösungen des Fachkräftemangels muss das Gastgewerbe als wichtige Säule der Tourismusbranche gestärkt werden.

Besonders das Gastgewerbe leidet unter hohen Umsatzeinbußen und einer geringen Auslastung als Folge der Coronakrise. Daher muss ein weiteres Ziel sein, der Saisonalität, welche in Rheinland-Pfalz relativ stark ausgeprägt ist, durch ganzjährige und witterungsunabhängige Angebote entgegenzuwirken. Eine Möglichkeit könnte hierbei die Förderung des Städte- und Geschäftsreisetourismus sein.

Kapitel 5: Verkehr & Infrastruktur

Präambel

Der Verkehrssektor steht vor dauerhaft strukturellen Veränderungen. Die Verkehrswende hat begonnen. Wir gestalten sie mit.
Die Mobilität der Zukunft bauen wir mit den Mitteln intelligenter und vernetzter Technologie, aber auch in der Annahme der Herausforderungen, vor denen bspw. unsere Automobilindustrie aufgrund des Wandels hin zu alternativen Antriebsformen steht. Eine gute Mobilität in Stadt und Land bleibt eine entscheidende Grundlage unserer persönlichen Freiheit, unseres leistungsfähigen Wirtschaftssystems und unseres Wohlstands.
Sie ist aber auch Kernarbeitsfeld einer durchdachten Klima- und Nachhaltigkeitspolitik.
In diesem Sinne wollen wir dem Anspruch der Menschen auf individuelle Mobilität mit unseren Angeboten für den Individualverkehr wie auch für einen besseren ÖPNV/SPNV (Öffentlicher-/ Schienen- Personennahverkehr) noch mehr Raum geben.

Im Einzelnen bedeutet dies:

Verkehrswende ideologiefrei gestalten

Wir Freie Demokraten wollen die Verkehrswende hin zu klimafreundlicheren Mobilitätsformen – aber nicht auf dem Weg von Verboten und dirigistischen Eingriffen in die freie Wahl des Verkehrsmittels. Die Verkehrswende kann nur technologieoffen erfolgen.

Dass Mittel der Wahl ist dabei auf EU- und Bundesebene die Einbeziehung des Verkehrssektors in den Emissionshandel. Das Klimagas CO2 soll dort eingespart werden, wo mit den eingesetzten Mitteln die größte Wirkung erzielt wird.
Das gilt auch für den Einsatz alternativer Antriebsformen. Ob batteriebetriebene, wasserstoff- oder gasbetriebene Fahrzeuge sich durchsetzen, müssen die technische Entwicklung sowie der Wettbewerb entscheiden. Deshalb lehnen wir Freien Demokraten auch die pauschale Degradierung des Verbrennungsmotors oder auch die nicht genügende Anrechnung von Antrieben mit alternativen Kraftstoffen bei der Bewertung der Flottenemissionen unserer Autohersteller ab.

Dieselfahrverbote sind in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden zum Gesundheitsschutz nicht erforderlich, wir wollen sie nicht.

Die Anordnung von Tempolimits ist eine unter vielen möglichen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Verringerung von Gefahren und dem Schutz der Gesundheit dienen. Das FDP geführte Verkehrsministerium hat in den letzten Jahren - wo erforderlich – auch gemeinsam mit den Kommunen Tempo 30 bspw. aus Lärmschutz- oder Verkehrssicherheitsgründen ermöglicht. Diese situationsabhängige Betrachtung hat sich bewährt. Eine generelle Absenkung des Tempolimits ist damit nicht notwendig. Wir wollen in Zukunft verstärkt dynamisch auf Verkehrsszenarien reagieren und mehr telematisch gesteuerte Tempolimits als moderne Form der Verkehrssteuerung anwenden.

Die Interessen der Pendler und der Bevölkerung im ländlichen Raum, die bei Arbeit, Versorgung und Freizeit in besonderer Weise auf das Auto angewiesen sind, müssen berücksichtigt werden. Die Verkehrspolitik darf nicht allein aus der Großstadt-Perspektive verfolgt werden, wo wegen der ökonomischen Skalierungseffekte der öffentliche Nahverkehr naturgemäß eine gute Mobilität auch ohne Auto ermöglicht.

Zur weiteren Beförderung der Verkehrswende in der Stadt können neben einem starken ÖPNV/SPNV auch Anreize für eine emissionsarme individuelle Mobilität und straßenverkehrsrechtliche Vorrechte (beispielsweise beim Parken oder Carsharing) zu einer nachhaltigen Verkehrsgestaltung beitragen. Durch das neue rheinland-pfälzische Carsharing-Gesetz haben wir den Städten und Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, derartige Carsharing-Flächen rechtssicher zur Verfügung stellen zu können. Fußgängern und Radfahrern gilt gerade im innerstädtischen Bereich ein besonderes Augenmerk.

Eine technologieoffene Förderung aller Antriebsformen muss in gleichem Maße Ladeinfrastrukturen für E- Antriebe und Betankungsmöglichkeiten für Wasserstoff-, Gas- und perspektivisch synthetische Kraftstoffe im Blick haben. Hier wurden unter Beteiligung der Freien Demokraten in der Landesregierung relevante Forschungsprojekte (Tankstelle 2.0 und Tankstelle 2.1) in Zusammenarbeit mit der Universität Kaiserslautern und den relevanten Akteuren in den Bereichen Automobil- und Energiewirtschaft, Naturschutzverbänden, Wissenschaft und der Energieagentur aufgelegt, auf deren Erkenntnissen wir weiter aufbauen wollen.

Wir wollen autonomes Fahren weiter erproben mit dem Ziel der Vernetzung und Steuerung aller Verkehrsteilnehmer durch eine einheitliche Schnittstelle und des Einsatzes im Alltagsverkehr. Das ÖPNV-Projekt EMMA (autonom fahrende Kleinbusse) unterstützt das FDP-geführte Verkehrsministerium in Mainz. Zur Beratung der Kommunen und zum Aufbau eines Netzwerkes haben wir die Gründung des Kompetenznetzwerkes Intelligente Mobilität (KIM) unterstützt. Wir begleiten unsere Wirtschaft bei Innovationsvorhaben im autonomen Werksverkehr. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen, um unseren Bürgern in Rheinland-Pfalz die Vorzüge auch dieses Technologiezweiges für die Zukunft zu sichern.

Öffentlicher Personennahverkehr mit Bahn und Bus (ÖPNV und SPNV) - unser neues Nahverkehrsgesetz (NVG)

Bis zur Corona-Pandemie und den damit verbundenen Beschränkungen des öffentlichen Lebens hat der ÖPNV/SPNV in Rheinland-Pfalz so viele Fahrgäste wie selten zuvor befördert.

Die Corona-bedingten Einschränkungen führten die Verkehrsunternehmen wie viele andere Betriebe in eine unverschuldete Krise. Durch umfangreiche Programme zur Stabilisierung dieses Sektors haben wir (in Teilen auch mit Unterstützung des Bundes) den Grundstein gelegt, diesen Unternehmen eine Zukunft zu geben und nicht zuletzt auch Dank der Beschäftigten, den ÖPNV/SPNV durch die Corona-Zeit zu retten.

Gemeinsam mit den Tarifpartnern erarbeiten wir einen ÖPNV-Index, der den Busfahrern gute Beschäftigungsbedingungen und den Unternehmen Planungssicherheit verschafft.
Nicht genutzte Reisebuskapazitäten haben wir durch ein punktgenaues Förderprogramm als Schulbusse aktiviert und mit unserem Nachtragshaushalt haben wir entgangene Fahrgeldeinnahmen während der Pandemie-Hochphase nahezu vollständig ausgeglichen.

Uns liegt der ÖPNV/SPNV sehr am Herzen.
Denn: Ohne einen solchen wird es in Rheinland-Pfalz keine nachhaltige Verkehrswende geben.

Mit dem **neuen Nahverkehrsgesetz (NVG)** des FDP-geführten Verkehrsministeriums werden ÖPNV und SPNV in Rheinland-Pfalz auf eine neue organisatorische Struktur und eine neue finanzielle Basis gestellt.
Wir Freien Demokraten verbinden mit dieser Umgestaltung den erleichterten Zugang für die Kunden und wollen damit Tarifbrüche zwischen den heutigen Verbünden beseitigen. Die Preisgestaltung für

die Fahrgäste des ÖPNV und SPNV wird transparenter und einfacher werden. Wir ermöglichen mit dem neuen NVG ein attraktiveres, weil durchgängiges Angebot, das optimale Wegeketten darstellt. Dies gilt für die Verknüpfung von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr mit weiteren Mobilitätsangeboten wie Park&Ride und Bike&Ride- Anlagen, dem Ausbau von Stationen bis hin zu Car- und Bike-Sharing Angeboten.

Wir begleiten dies mit Angeboten wie Handytickets und verkehrsträgerübergreifenden Apps, um die Gestaltung von Verkehrsketten noch weiter zu individualisieren. An digitalen Anzeigetafeln an der Haltestelle oder auf der App: Die Echtzeitinitiative wird ausgebaut, um noch mehr Komfort, Zeitersparnis und Planbarkeit zu schaffen. Abgestimmte Taktfahrpläne mit ausreichenden Umsteigezeiten in modernen Stationen sollen sichere Übergangs- und damit verlässliche Reisezeiten ermöglichen.

Parallel dazu treiben wir die Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten sowie die Herstellung der Barrierefreiheit weiter voran. In den letzten Jahren wurden ca. 270 der 406 rheinland-pfälzischen Bahnhöfe und Haltepunkte in diesem Sinne umgebaut. Der vollständige Ausbau auch der restlichen Standorte muss so schnell wie möglich erledigt werden.

Der landesweite Nahverkehrsplan als wesentlicher Bestandteil des neuen NVG muss auch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen auf kommunaler und Landesebene eine ausreichende fiskalische Deckung erfahren. Essentiell bei der Entwicklung des ersten Landesnahverkehrsplanes ist für uns die Fortschreibung des Rheinland-Pfalz-Takts mit dem Zeithorizont 2030.

Dabei stellen wir sicher, dass der ländliche Raum nicht vom öffentlichen Verkehr abgehängt wird. Denn: Mit dem bundesweit modernsten Nahverkehrsgesetz geben wir die Möglichkeiten auch besondere Mobilitätsformen wie flexible Bedienstrukturen und „Mobility-on-Demand“ in das ÖPNV/SPNV-Konzept einzubinden, was in dispersen Siedlungsstrukturen insbesondere in ballungsfernen Regionen Chancen für eine bessere und wirtschaftlichere Mobilität schafft.
Auch das bürgerschaftliche Engagement z.B. mit Bürgerbussen werden wir weiter unterstützen.
Wir erheben im Vergleich aller Länder im Bund als erste den ÖPNV/SPNV zu einer echten Pflichtaufgabe, die mit dem Nahverkehrsplan mit Leben gefüllt wird. So geht Verkehrswende.

Die **Reaktivierung von Bahnstrecken** wollen wir auch vor dem Hintergrund veränderter finanzieller Rahmenbedingungen weiter voranbringen, wenn die verkehrliche und wirtschaftliche Tragfähigkeit durch die erforderliche Kosten-Nutzen-Betrachtung auf realistischer Basis aufgezeigt wird.
Auf Bundesebene setzen wir uns im Sinne der Verbesserung der Durchführung von Reaktivierungsvorhaben weiter dafür ein, dass strukturelle Nachteile für den SPNV im Vergleich zum ÖPNV bei einer sog. „Standardisierten Bewertung“ aufgehoben werden und – wie vom FDP-geführten Verkehrsressort auf der Bundes-Verkehrsministerkonferenz durchgesetzt – auch nicht-monetäre Faktoren, wie Lärm- und Gesundheitsschutz und Öko- und Klimawirkungen stärker ins Gewicht genommen werden.

Wir haben für das Kuckucksbähnel, die Brohltalbahn, die Holzbachtalbahn und die Zellertalbahn Reaktivierungsverfahren erfolgreich begleitet. Die Reaktivierung der Wieslauterbahn befindet sich in einem fortgeschrittenen Verfahrensstadium und soll ebenfalls zu Ende geführt werden.
Für weitere Strecken haben wir Machbarkeitsstudien beauftragt (insbes. Eifelquerbahn, Bahnstrecke Landau-Germersheim sowie für die Glantalbahn) und begleiten diese optimistisch.

Bei der Reaktivierung der Strecke Homburg-Zweibrücken wurde durch das FDP-geführte Verkehrsressort durch eine bahnbrechende Vereinbarung mit dem Saarland der Knoten durchschlagen. Das Projekt befindet sich in der letzten Planungsphase und soll realisiert werden. Engagiert treiben wir weiter die Realisierung der Weststrecke bei Trier voran.

Die Planfeststellungsverfahren zur Reaktivierung der Hunsrückbahn führen wir zu Ende und bewerten dann den sich darstellenden Sachverhalt.

Schienenfernverkehr: Rheinland-Pfalz im Deutschland-Takt verankern

Für die Einbindung des Landes in den Schienenfernverkehr der Zukunft wollen wir Freie Demokraten, dass Rheinland-Pfalz intensiv in den geplanten Deutschland-Takt der DB AG eingebunden wird. Dabei setzt der Deutschland-Takt eine intensive Abstimmung mit den Angeboten des Rheinland-Pfalz-Takts 2030 voraus. Auf der Moselstrecke muss wieder ein echter Fernverkehr zwischen Luxemburg, Trier und Koblenz eingerichtet werden. Der Zweistundentakt auf der Schnellverbindung Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland muss ebenso gesichert werden wie ein Stundentakt auf der Pfalzstrecke als Regionalexpress. Zur Entlastung der Bevölkerung vom Güterverkehrslärm fordern wir für das Mittelrheintal eine alternative Nord-Süd Güterverkehrsstrecke.

Radwegebau und -verkehr

Die Förderung des Radverkehrs durch Infrastrukturausbau und verbesserte verkehrliche Rahmenbedingungen ist ein wichtiges Element der Verkehrswende.

Mit der Realisierung von Pendlerradwegen haben wir ambitioniert im FDP-geführten Verkehrsministerium begonnen, nachdem wir beim Bund eine Anpassung der Förderrichtlinien auch für unser ländlich geprägtes Land erreichen konnten. Gerade im Zulauf auf Ober- und Mittelzentren Mannheim/Ludwigshafen, Trier, Bingen/Ingelheim/Mainz, Remagen/Linz, Koblenz/Boppard, Kaiserslautern/Landstuhl und Neustadt/Landau sehen wir großes Potential für mehr Radverkehr. Wir haben alle diese Projekte engagiert planerisch begonnen und werden die Realisierung bis 2026 erreicht haben. Weitere Streckenführungen werden wir im Rahmen von Machbarkeitsstudien prüfen.

Das FDP-geführte Verkehrsministerium hat den Förderkatalog für Kommunen für Radwege beträchtlich erweitert. Für Radwege gibt es einen Förderzuschlag um 10 % auf bis zu 80 %, für Pendler-Radrouten (PRR/Radschnellverbindungen) sogar um 20 % bis hin zu 90 %.

Wir haben nicht zuletzt auch wegen unseres Engagements im Radwegebau die Ingenieurkapazitäten im Verkehrsministerium beträchtlich ausgeweitet und wollen hier weiter gemeinsam mit den Kommunen engagiert Planungsvorrat schaffen.
Wir haben einen Radverkehrs-Entwicklungsplan in einem breiten Beteiligungsprozess aufgelegt und wollen mit diesem eine verstärkte Beratung der Kommunen bei Planung, Förderangeboten, dem Bau von Radwegen, Park & Ride/ Bike & Ride-Anlagen fördern. Dafür soll der Förderkatalog des Landes für Investitionen in den Radverkehr erweitert werden.

Das Fahrrad ist in gleichem Maße für den Alltagsverkehr wie auch touristisch attraktiv. Wir werden die Internetpräsenz und das Vermarktungskonzept für das „Radwanderland Rheinland-Pfalz“ noch attraktiver gestalten und bewerben.

Straßeninfrastruktur des Landes er halten und ausbauen

Gerade im ländlichen Bereich können und wollen wir nicht auf individuelle Mobilität auch mit dem Auto verzichten. Auch ein funktionierender ÖPNV braucht gut ausgebaute und erhaltene Straßen. Gleiches gilt für die Liefer- und Produktionsketten unserer Wirtschaft wie auch den Tourismus.
Wir Freie Demokraten treten weiter dafür ein, die Straßeninfrastruktur in Rheinland-Pfalz konsequent in Schuss zu halten. Dazu sollen weiter Investitionsmittel im Landesstraßenbau von rund 120 Mio. Euro pro Jahr bereitstehen.

Für den (Landes-)Straßenbau gilt weiterhin der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Die vom FDP-geführten Verkehrsministerium erarbeitete sog. „17er-Liste“ mit Neubauvorhaben in besonders belasteten Verkehrsräumen (Ortsumgehungen) soll weiter abgearbeitet bzw. bedarfsgerecht aktualisiert werden.

Eine besondere Aufgabe stellen im Straßenbau gleich welcher Baulastträgerschaft **der Erhalt bestehender und der Bau neuer leistungsfähiger Brücken/Querungen** vor allem am Rhein bei Wörth, Ludwigshafen, Bingen/Ingelheim und am Mittelrhein dar.

Wir haben für die zweite Rheinbrücke bei Wörth Baurecht geschaffen und werden diese schnellstmöglich errichten; für die Mittelrheinbrücke werden wir unseren engagierten Weg zum Baurecht unter Beachtung der Weltkulturerbeverträglichkeit fortsetzen und wir unterstützen die Kommunen bei der Realisierung weiterer Vorhaben. Insbesondere hinsichtlich der Ideen zum Bau von Brücken/Querungen bei Linz/Remagen oder bei Ludwigshafen/Mannheim unterstützen wir fachlich bei der Prüfung möglicher weiterer Planungsschritte. Wir helfen bei der Sanierung der Pfaffendorfer Brücke in Koblenz und der Sanierung der Hochstraßen in Ludwigshafen mit einem dreistelligen Millionenbetrag aus und unterstützen damit diese Städte bei diesem engagierten Projekt.

Ein **ausreichender Planungsvorrat für den Erhalt und den Neubau von Straßen** ist bei dieser Aufgabe unabdingbar. Das setzt den weiteren Aufbau von Planungskapazitäten durch eine Ausweitung der Personalkapazitäten im Ingenieurbereich des Landesbetriebes Mobilität voraus. Im Laufe dieser abgeschlossenen Legislaturperiode hat das FDP-geführte Verkehrsministerium hierzu schon 102 Ingenieur-Stellen geschaffen.

Um bei den Planungen schneller voran zu kommen, ist es notwendig, das **Planungs- und Baurecht auf EU- und nationaler Ebene zu entrümpeln**. Dabei geht es auch um eine Überprüfung der weitgehenden Verbandsklagemöglichkeiten. Neue digitale Planungsinstrumente wie Building Information Modeling (BIM) können ein Beitrag für schnellere und nachhaltige Planung im Straßenbau sein.
Das von den Freien Demokraten geführte Verkehrsministerium hat innerhalb der Landesregierung und auf Bundesratsebene bereits erfolgreich Initiativen zur Beschleunigung von Planungen eingebracht und umgesetzt. Bspw. geht die nun zulässige schnellstmögliche Wiederrichtung der Hochstraße Süd nach Abriss der maroden Altstruktur ohne ein neues Planfeststellungsverfahren auch auf dieses Engagement zurück. In diesem Sinne wollen wir auch Elektrifizierungen von Schienenstrecken von der Genehmigungspflicht im Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) freistellen und auch das Raumordnungsverfahren besser in das Planfeststellungsverfahren integrieren, um Zeit- und Redundanzverluste zu vermeiden.

Im Verwaltungsprozessrecht wollen wir hierzu die erstinstanzlichen Kompetenzen von Oberverwaltungsgerichten weiter stärken und uns weiter für verfahrenseffektive Präklusionsregeln einsetzen.

Die Planungen für Erhalt und Ausbau von Bundesautobahnen werden zukünftig von der neuen Bundesautobahngesellschaft betrieben werden. Wir Freie Demokraten fordern, dass die bundesweit tätige Autobahngesellschaft bei ihren Planungen auch den strukturellen Standortwirkungen der Autobahnvorhaben Rechnung trägt und an die erfolgreich durch das FDP-geführte Verkehrsministerium in Angriff genommen arbeiten anknüpft.

Wir stehen insbesondere zu den nachfolgenden Projekten und werden diese energisch vorantreiben:

- A 1, Lückenschluss zwischen Kelberg und Blankenheim
- A 60 (Mainzer Ring), 6-streifiger Ausbau von der AS Ingelheim-West bis zum AK Mainz-Süd
- A60 Winterspelt – Prüm, 4-streifiger Ausbau
- A 61, 6-streifiger Ausbau zwischen dem AK Frankenthal und der Landesgrenze RLP/BW (ÖPP)
- A 643, 6-streifiger Ausbau von der Landesgrenze bis zum AD Mainz
- B 8 / B 414, Ausbau des Streckenzuges
- B 10, 4-streifiger Ausbau zwischen Hinterweidenthal und Landau
- B 41, Ausbau zur Stärkung der Ost-West-Achse zwischen Oberer Nahe und Rhein-Main-Gebiet
- B 50, Lückenschluss zwischen Longkamp und Flughafen Hahn
- B 51, Westumfahrung Trier (Moselaufstieg)
- B 293, zweite Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth

Wir werden den Kommunalen Straßenbau und die Landeszuschüsse für kommunale Verkehrsvorhaben im ÖPNV auf unverändert hohem Niveau weiter unterstützen.

Die Vernetzung und Planung von Baustelleneinrichtungen und deren Kommunikation insbesondere über Navigationsgeräte haben wir in dem bundesweit beachteten Projekt „Baustellen-Infosys“ optimiert. Wir werben weiter dafür, dass sich möglichst alle Baulastträger in Rheinland-Pfalz diesem Netzwerk anschließen, um alle aktuellen Baustellen in einem einheitlichen Datenstandard für alle Navi-Anbieter in Echtzeit verfügbar zu haben. Das verbessert sowohl die Kapazität unseres Verkehrssystems wie auch der Bauaktivitäten und leistet durch Vermeidung unnötiger Umgehungsverkehre einen essentiellen Klimaschutzbeitrag.

Güterverkehr und Logistik

Die exportorientierte rheinland-pfälzische Wirtschaft ist auf leistungsfähige Gütertransportwege angewiesen. Die rheinland-pfälzische Chemieindustrie transportiert erhebliche Gütermengen auf dem Rhein. Wegen dieser Abhängigkeit von einem leistungsfähigen Wasserweg kommt der vom Bund zu verantwortenden Erhöhung der Abladetiefe im Bereich des Mittelrheintals eine besondere Bedeutung zu. Gleiches gilt für die Forcierung des Ausbaus der restlichen Moselschleusen.
Das FDP-geführte Verkehrsministerium hat hier in der Vergangenheit auch auf Bundesebene zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht. Der Bund ist hier stetig an seine Verantwortung für die Verfügbarhaltung der Wasserwege zu erinnern.

Die Landeshäfen Ludwigshafen, Wörth, Lahnstein und Trier sind in einem vom FDP-geführten Verkehrsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten allesamt als landesbedeutsam eingestuft worden und damit zu sichern wie auch weiterzuentwickeln. Auch die weiteren landesbedeutsamen Häfen wollen wir als multimodale Umschlagsanlage zwischen Straße, Schiene und LKW weiter unterstützen.

Bei kommunalen Entwicklungsvorhaben geraten Hafenflächen nicht selten in das Blickfeld. Wir Freie Demokraten erwarten, dass bei kommunalen Entwicklungsvorhaben den berechtigten Interessen der Häfen und der Binnenschifffahrt ausreichend Rechnung getragen wird.
Weiter halten wir die Einrichtung eines digitalen Testfeldes „Gütertransport“ auf einer rheinland-pfälzischen Autobahn ebenso für sinnvoll wie das Vorhalten von ausreichenden Kapazitäten im Schienennetz für den Güterverkehr. Dies ist notwendig, um bei Unfällen im Schienennetz (wie z.B. zuletzt bei Rastatt) ausreichend Ausweichstrecken zur Verfügung zu haben. Eine Ausweitung von Güterverkehren durch eine Neubaustrecke links des Rheines lehnen wir ab.
Für einen effizienteren Transport von voluminösen Gütern haben sich die Lang-Lkw auch auf rheinland-pfälzischen Autobahnen als wirtschaftlich und ökologisch vorteilhaft gezeigt. Die Transportleistung von drei herkömmlichen LKW kann dabei durch 2 Lang-LKW ersetzt werden. Wir Freie Demokraten halten daher eine Ausweitung des Positiv-Netzes für Lang-LKW für sinnvoll.

Luftverkehr

Die Versorgung des Landes mit Luftverkehrsleistungen sowohl für den Güter- wie auch Personenverkehr ist essentiell. Wir wollen daher sowohl die Sicherung guter Erreichbarkeiten der Großflughäfen im Umfeld des Landes in Luxemburg, NRW, Hessen und Baden-Württemberg durch leistungsfähige Anbindungen auf Straße und Schiene sicherstellen, als auch den Flughafen Hahn besonders im Blick behalten. Dessen Eigentümer sind in besonderer Weise gefordert, nicht nur den Corona-bedingten Herausforderungen, sondern auch mit dem Ende der Übergangsfristen bis zum Auslauf der EU-rechtlichen Beihilferegelungen zurechtzukommen.
Der Flughafen Hahn bietet für die gesamte Hunsrückregion eine Entwicklungschance und muss über den reinen Flugverkehr hinaus als attraktiver Wirtschaftsstandort weiterentwickelt werden. Hierzu bieten die Zukunftsthemen Logistik und alternative Antriebsformen (synthetisches Kerosin, E-Flugzeuge und Flugtaxis) interessante Möglichkeiten um innovative Unternehmen in Rheinland-Pfalz anzusiedeln.
Gleichzeitig fordern die Freien Demokraten die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die grenznahen Flughäfen wie Hahn keine wettbewerbsrechtlichen Nachteile zu ihren Nachbarflughäfen im Ausland, z. B. in den Beneluxländern haben.
Um die Entwicklungschancen der Hunsrückregion zu wahren, müssen verkehrliche Grundlagen für strukturelle Verbesserungen in den Regionen bereits jetzt geprüft werden.

Dies gilt ebenso zur Abfederung möglicher neuer Herausforderungen in den von der Konversion betroffenen Regionen des Landes.

Der Flugverkehr aller dieser Flughäfen verursacht allerdings auch erhebliche Lärmbelastungen für die Bevölkerung im Umfeld. Lärm ist unbestritten gesundheitsschädlich. Wir fordern den Bund zu Lärmminderungsmaßnahmen auf, vor allem zu verstärkten Anstrengungen zur Verminderung der Lärmemissionen an der Quelle, bspw. durch eine emissionsabhängig gestaffelte Gebührenerhebung, sowie lärmschonende An- und Abflugrouten.

Verkehrssicherheit

Die Zahl der im Straßenverkehr tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmer ist jüngster Zeit weiter gesunken. Glücklicherweise kam im Jahre 2019 in Rheinland-Pfalz auch kein einziges Kind bei einem Verkehrsunfall zu Tode. Diese Tendenz gilt es zu verstetigen. Wir Freie Demokraten halten weitere Anstrengungen für notwendig, um dem Ziel, schwere und insbesondere tödliche Unfälle möglichst ganz zu verhindern (Vision Zero) rasch noch näher zu kommen. Dazu beitragen müssen nicht nur Maßnahmen bei der Planung (z.B. Sicherheitsaudits für eine unfallverzeihende Straße), sondern auch

verstärkte Anstrengungen in der Verkehrserziehung und -aufklärung. Letztlich sind auch Verkehrsverstöße stärker zu kontrollieren und mit angemessenen Bußgeldern zu ahnden, denn jeder tödliche Unfall ist einer zu viel.

Jugend, Soziales, Teilhabe und Mobilität

Mit dem neuen Nahverkehrsgesetz wollen wir einen attraktiven Rheinland-Pfalz-einheitlichen Tarif ermöglichen. Davon werden auch Studierende und Auszubildende profitieren.

Dieser Tarif muss erschwinglich sein. Aber: Der beste Tarif bringt nichts, wenn mit ihm kein ausreichendes Angebot verbunden ist. Daher verfolgen wir Freie Demokraten den Ansatz, das ÖPNV-/SPNV-Angebot weiter auf hohem Niveau auszuweiten, um so eine erhöhte Nachfrage zu generieren. Diese Sequenz wird automatisch zu besseren und günstigeren Tarifen für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer führen.
Unabhängig davon stand das FDP-geführte Verkehrsministerium mit dem Wissenschaftsministerium in der abgelaufenen Legislaturperiode der Studierendenvertretung bei Verhandlungen mit den Verbünden und den Studentenwerken bei dem Versuch zur Einrichtung eines optionalen Semestertickets beratend und vermittelnd zur Seite und wird dies weiter tun.

Die Forderung nach Tarifsubventionen für beschränkte Fahrgastgruppen oder gar nach einem „kostenlosen ÖPNV“ teilen wir im Sinne einer Vision. Zuvörderst muss jedoch die ganze diesem Sektor zur Verfügung stehende Finanzkraft in das Angebot und nicht zur Befriedigung partikularer Interessen auf Nachfrageseite in subventionierte Tickets gesteckt werden.
Die Erreichung der Barrierefreiheit sämtlicher Beförderungsmittel, Haltepunkte und Stationen wie auch die im Ticketing und der Tarifierung, den absehbaren Druck auf die Lohnentwicklung im Fahrer- und Fachkräftebereich (den wir durch einen „RLP-Tarif-Index“ zu kontrollieren versuchen), den weiteren Ausbau von Angeboten im ländlichen Raum, die Erneuerung der Fahrzeugflotten insbesondere durch CO2-optimierte Antriebsformen.., all dies steht für die Freien Demokraten vor eventuellen Fahrpreissubventionen.

Das FDP-geführte Verkehrsministerium hat sich sehr für die Möglichkeit des begleiteten Fahrens mit 17 eingesetzt und darüber hinaus Initiativen auf EU- und Bundesebene unterstützt, die begleitetes Fahren auch schon mit 16 Jahren (BF 16) ermöglichen sollen.
Die Freien Demokraten sind der Auffassung, dass die Möglichkeit auch eines unbegleiteten Fahrens (schon mit 17 Jahren) unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere zwischen Zuhause und dem Ausbildungsort bzw. der Schule geschaffen werden muss.

Das FDP-geführte Verkehrsministerium hat per Rechtsverordnung in Rheinland-Pfalz den Mopedführerschein schon mit 15 Jahren ermöglicht, was insbesondere Jugendlichen auf dem Land und Azubis zugutekommt.

Wir Freie Demokraten haben uns insbesondere zur Bedienung der „letzten Meile“ zwischen Zuhause und Haltestellen für die Zulassung von Elektrorollern und Elektro-Kleinfahrzeugen stark gemacht und damit die Einführung dieser Mobilitätsform auch in Rheinland-Pfalz ermöglicht.

Verkehrspolitik in Verantwortung für die Zukunft – Klima und Europa

Unsere Verantwortung für die Zukunft endet nicht an Landesgrenzen. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass wir stärker die vorhandenen staatlichen Grenzen überwinden und Städte und Regionen verstärkt gemeinsam mit unseren Nachbarn gestalten. Denn längst leben die Menschen flexibler, ohne Grenzen als Beschränkung zu sehen.
Die Großregion (Luxemburg, Lothringen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Wallonien) ist hierzu ein wichtiger Ansatz, der allerdings noch deutlich ausgebaut werden muss. Wir wollen deshalb den Rheinland-Pfalz Takt auch über die Landesgrenzen hinaus ausbauen, insbesondere auch für die Gültigkeit der Tickets. Dort wo es sinnvoll ist, sollen zudem Radschnellwege, aber auch touristische Rad- und Wanderwege grenzüberschreitend geplant und verwirklicht werden.
In der grenzübergreifenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielen Erhalt und Ausbau der notwendigen Infrastruktur eine wesentliche Rolle. Die Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße und Luft sollen hierbei gleichermaßen und in Verbindung zu den Nachbarstaaten genutzt werden. Dabei berücksichtigen wir deren unterschiedliche Stärken, um Rheinland-Pfalz als Logistik-Standort aufgrund seiner zentralen Lage in Europa auch in der Zukunft zu nutzen und den gemeinsamen Wirtschaftsraum nachhaltig mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern zu verbinden.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in neuen, zukunftsweisenden Technologien sollte intensiviert werden. Wir sehen hier große Chancen in den Bereichen Power-to-Gas, Feststoffbatterien, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe, um die emissionsfreie und -arme Mobilität der Zukunft zum Wohle der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern. Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist eine koordinierte europäische Zusammenarbeit notwendig. Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz wollen sich sowohl auf Bundes- als auch auf Europa-Ebene dafür einsetzen, dass der CO2-Zertifikatehandel auf alle wesentlichen Verursacher ausgeweitet wird und möglichst weltweit genutzt wird. Ebenso wollen wir uns in der EU für synthetische Kraftstoffe als gleichwertige Alternative stark machen.

Dazu zählt im Besonderen ein Cluster für innovative Mobilitätstechnologien. Es geht dabei um ein Gesamtkonzept zur intelligenten Verknüpfung von wissenschaftlicher Forschungskompetenz, Prozess- und Produkt-Entwicklung sowie Fertigung von alternativen Antriebs- und Speichertechnologien für die Mobilität der Zukunft. Insoweit bestimmte Kompetenzen noch nicht oder noch nicht ausreichend vorhanden sind, müssen diese aus- und aufgebaut werden.
Das Großprojekt zur Produktion von Batteriezellen ist dabei ein wichtiger Baustein und Nukleus für die Zulieferindustrie und nachgelagerte Produktionsstufen sowie für eine Vielzahl weiterer Innovationen. Es kam zustande durch die erfolgreiche Zusammenarbeit von Akteuren aus verschiedenen Ländern und mit Unterstützung der EU. Damit hat dieses Großprojekt eine wahrhaft europäische Dimension; als solches hat es Strahlkraft über Rheinland-Pfalz hinaus und wird zur Initialzündung für weitere innovative Forschungsaktivitäten und Industrieansiedlungen. Besonderes Augenmerk wollen wir dabei auch weiterhin auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit legen mit Modell-Charakter für weitere ähnliche Entwicklungen in Rheinland-Pfalz und der EU.

Ein derartiges Cluster für Innovative Mobilitätstechnologien wird insbesondere dem etablierten Mittelstand sowie Startups herausragende Entwicklungsmöglichkeiten bieten und in der Folge ein Katalysator für Investitionen und für die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze unterschiedlicher Qualifikation und Einsatzgebiete sein.

Administrative Hürden für grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten sind weiter zu reduzieren.

Kapitel 6: Energie

Die Nutzung von Energie gehört zu den wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft. Ziel liberaler Energiepolitik ist es, unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Dies umfasst gleichermaßen Schutz der Umwelt, Erhaltung unseres Wohlstandes, sowie die Möglichkeit technologischen Fortschritt voranzutreiben. So essentiell der Klimaschutz für die Umwelt ist, so entscheidend sind sichere und bezahlbare Energieversorgung für unser gesellschaftliches Zusammenleben und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft mit all den dazugehörigen Arbeitsplätzen.

Zur Erhaltung der Arbeitsplätze und des existierenden Know-hows unterstützten die Freien Demokraten alle Maßnahmen, die den deutschen Anlagenbau und dessen Zulieferer zu einer führenden Position in regenerativen Energien - auch in der Wasserstofftechnologie - verhelfen. Wir Freien Demokraten bekennen uns zu den Pariser Klimaschutzzielen. Um diese zu erreichen, muss die Zielarchitektur der Energiewende konsequent, technologieoffen und sektorenübergreifend auf die Reduktion von CO2-Emissionen ausgerichtet werden. Die Zielerreichung wollen wir über das CO2-Limit des europäischen Emissionshandels sicherstellen, den wir möglichst europaweit auf alle Sektoren ausweiten wollen.

Deutschland bezieht heute noch 70% seiner Energie aus dem Ausland. Eine vollständige Versorgung nur mit erneuerbaren Energien durch autarke, lokale Erzeugung ist daher nicht möglich. Auch in Zukunft wird unsere Energie anteilig aus ausländischen Regionen kommen. Internationale Arbeitsteilung schafft Frieden, teilt Wohlstand und verhindert Völkerwanderungen. Aus unserer Sicht soll nicht der Staat festlegen, welche Art der Energieerzeugung in welchem Jahr und in welchem Umfang zugebaut wird. Wir wollen einen echten Wettbewerb emissionsarmer Energieträger für mehr Kosteneffizienz und Innovationen. Denn der Gesetzgeber kann heute nicht wissen, wie sich Technologien entwickeln und mit welchen Innovationen wir unsere Klimaziele zur Jahrhundertmitte und darüber hinaus erreichen.

Das Energiesystem muss marktwirtschaftlich ausgerichtet werden. Erneuerbare Energien wollen wir vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auslaufen lassen (wir wollen die hohen staatlichen Kostenbestandteile auf Strom reformieren und die EEG-Umlage abschaffen). Wir setzen dabei auf einen steigenden CO2-Preis, der die Nachfrage nach erneuerbaren Energien steigen lässt und somit deren Finanzierung ganz ohne staatliche Förderung sicherstellt.

Energie muss für alle bezahlbar sein. Sowohl für jeden einzelnen Bürger, als auch für unsere Wirtschaft. Es braucht eine umfassende Reform des Systems aus Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie. Denn es ist untragbar, dass 52 Prozent der Stromkosten staatlich veranlasst sind und auf die Kunden umgelegt werden. Energie muss aus unserer Sicht nachhaltig produziert werden, darf aber trotzdem kein Luxusgut sein. Auch nicht für die Wirtschaft, die international wettbewerbsfähige Strompreise braucht.

Für die Energiepolitik in Rheinland-Pfalz leiten wir Freie Demokraten daraus folgende konkrete Ziele ab:

Kernforderungen der liberalen Energiepolitik

1. **Ausstieg aus der EEG-Förderung**
   20 Jahre nach der Einführung des EEG ist es Zeit für einen Paradigmenwechsel und einen Ausstieg aus der Dauersubvention. Der weitere Zubau erneuerbarer Energien sollte nicht länger durch staatlich garantierte Einspeisevergütungen gefördert werden. Statt den reinen Zubau installierter Leistung zu fördern, benötigen wir in der nächsten Stufe der Energiewende systemische Lösungen, die neben Klimaschutz auch Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit der Energieversorgung garantieren. Hierzu zählt auch eine Reform der Netzentgelte sowie die Senkung der Stromsteuer auf das europäisch vorgegebene Mindestmaß.

2. **Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts und Nutzung der Standortvorteile**
   Die Erreichung energiepolitischer und klimapolitischer Ziele erfordert die Vollendung des transeuropäischen Netzausbaus und die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes. Deshalb muss die deutsche Energiepolitik in eine gesamteuropäische Energiepolitik eingebunden werden. Dazu muss die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes vorangetrieben werden.
   Regenerativer Strom soll künftig vor allem dort erzeugt werden, wo Standortverhältnisse den höchsten Wirkungsgrad und die geringsten Kosten bei vergleichbaren Umweltstandards ermöglichen. Wir brauchen eine europäisch abgestimmte Energiewende, die von Erzeugung über Weiterleitung bis zur Speicherung von Energie gemeinsame und effiziente Lösungen sucht. Die unterschiedlichen Landschaften Europas, das jeweilige Know-how der Länder sowie der verstärkte Einsatz digitaler Lösungen müssen in Zukunft gemeinsam gedacht und genutzt werden.

3. **Emissionshandel als Leitinstrument**
   Das Ziel der Energiewende muss die Reduzierung von CO2-Emissionen sein. Die Umsetzung der Ergebnisse ist laufend zu überprüfen und die Maßnahmen anzupassen.
   Wir Freien Demokraten fordern deshalb, dass alle Emittenten und alle Wirtschaftssektoren spätestens mit Beginn der neuen Handelsperiode im Jahr 2021 in den EU-weiten Emissionshandel einbezogen werden.
   Der EU-Emissionshandel ist so schnell wie möglich mit Handelssystemen anderer Länder zu verknüpfen und in ein globales Emissionshandelskonzept zu integrieren.
   Projekte im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften mit Drittländern sind unter dem Gesichtspunkt der Verlagerung des CO2-Ausstosses („Carbon Leakage“) in diese Drittländer zu prüfen. Hierbei sind Projekte mit niedrigem CO2-Ausstoß verstärkt zu unterstützen (gegebenenfalls mit einem Bonus-System).

4. **Energieeffizienz mit wirtschaftlichen Anreizen**
   Effiziente Energienutzung liegt im wirtschaftlichen Interesse jedes Bürgers und jedes Unternehmens. Dabei muss eine fachliche Unterstützung der Unternehmen gewährleistet sein, damit diese ihre Produktion und Abläufe nachhaltig und zukunftsorientiert umstellen können. Unternehmen müssen jedoch über ihre Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz frei entscheiden können. Für uns Freie Demokraten hat Energieeffizienz einen sehr hohen Stellenwert. Jede Kilowattstunde, die eingespart wird, verursacht keine Kosten, beansprucht keine Ressourcen und emittiert kein CO2.

5. **Wasserstoffstrategie**
   Wir wollen das Angebot an Wasserstoff erhöhen. Dafür wollen wir den Heimatmarkt stärken und eine schnelle Einbettung unserer nationalen Wasserstoffstrategien in eine europäische Gesamtstrategie. Sonnen- und windreiche Regionen bieten enormes Potential, um grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe auf Basis erneuerbaren Stroms herzustellen. Grüner

Wasserstoff kann fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen und in Brennstoffzellen Autos und insbesondere LKW antreiben oder Gebäude heizen. Der volatile Strom aus Sonne und Wind wird durch chemische Umwandlung in Wasserstoff speicherbar und ist leicht über weite Strecken zu transportieren. Daher müssen wir beginnen, sowohl die eigene Produktion als auch den Import klimaneutraler Gase und Kraftstoffe soweit als nötig voranzutreiben. So kann Wasserstoff zum Öl des 21. Jahrhunderts werden!

Die klimaneutrale Erzeugung (ohne CO2-Ausstoß) der erforderlichen Strommengen für die Wasserstofferzeugung in 2050 muss durch Offshore-Windparks und darüber hinaus durch Photovoltaik-Parks erfolgen. Auch die Entwicklung neuer Energietechniken, die auch das Restmüllproblem entschärfen, verdienen eine ideologiefreie Prüfung.

Gerade in der Anfangsphase, in der es insbesondere gilt, die Vielfalt der technologischen Möglichkeiten der Wasserstofftechnologie zu erproben und in marktfähige Prozesse und Produkte zu überführen, sollten auch andere Formen von Wasserstoff, als ausschließlich grüner Wasserstoff, übergangsweise Anwendung finden. Nur so lassen sich in kurzer Zeit relevante Projekte und Prozesse in den unterschiedlichen Branchen und Regionen erfolgreich aufsetzen. Die Skalierung mit grünem Wasserstoff kann dann entsprechend daran anschließen. Zumindest für eine längere Übergangszeit sollte insbesondere auch der türkise Wasserstoff (Methanpyrolyse) für industrielle Anwendungen ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wasserstoffstrategie sein.

6. **Verschlankung von Genehmigungsprozessen für Energieinfrastruktur**
   Wir brauchen mehr Mut beim Ausbau von Erneuerbaren Energien. Dazu gehört die Abschaffung der EEG-Förderung für neu zu installierende EE-Anlagen und eine befriedigende Regelung für Bestandsanlagen. Damit einhergehend muss die Zahlung der EEG-Umlage, die derzeit auf den eigen genutzten Strom aus eigenen EE-Anlagen gezahlt werden muss, entfallen.
   Die Freien Demokraten fordern die Vereinfachung des Genehmigungsprozesses von Kundenanlagen - ein Projekt, ein Antrag, eine Genehmigung, eine Anmeldung für alle relevanten und beteiligten Genehmigungs- und Meldestellen. Die Alternative wäre die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für alle gesetzlichen Meldepflichten.

7. **Nutzung erneuerbarer Energien zur CO2-Reduktion der Wirtschaft**
   Wir unterstützen die Erzeugung von Eigenstrom durch Betriebe und Privatpersonen. Die aktive oder passive Bürgerbeteiligung an der Erzeugung von Eigenstrom aus erneuerbaren Energien ist stärker zu unterstützen – siehe EU-RL Artikel 21. Wir treten, vor allem in verdichteten Bereichen, dafür ein, die Erzeugung von Wärme und Strom zu koppeln oder die Haushalte an Fernwärmenetze anzuschließen.
   Dabei ist die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ein wichtiger Baustein der Energiewende. Vor allem auch zur Stabilisierung der Grundlast in virtuellen Kraftwerken leisten Blockheizkraftwerke (BHKWs) wertvolle Dienste. In der geplanten Übergangszeit bis zur CO2-freien Energieerzeugung ist statt anderer konventioneller Energieträger, bevorzugt Erdgas als CO2-ärmster konventioneller Energieträger, einzusetzen.

8. **Energiepolitik regional und lokal**
   Die Freien Demokraten bekennen sich zu den bisher regional getroffenen Entscheidungen, wie z.B. der energetischen Gebäudesanierung und der Installation „intelligenter Netze“.
   Die Steigerung der regionalen Wertschöpfung durch technische Innovationen mittels Maßnahmen in den Bereichen Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Ausbau erneuerbarer Energien ist Chance und Notwendigkeit v.a. für den ländlichen Raum.
   Daraus resultieren auch große Entwicklungschancen für innovative Energieversorgungskonzepte, die eine lokal und regional autonome Energieversorgung gewährleisten.
   Bei der künftigen Genehmigung von Anlagen zur Energieerzeugung muss die Einbeziehung entsprechender Speicherkapazitäten berücksichtigt werden.
   Im Hinblick auf eine nachhaltige Mobilität müssen innovative Energieträger wie e-Fuels, Wasserstoff und regenerativ erzeugter Strom flächendeckend verfügbar gemacht werden.

9. **Energieforschung in Rheinland-Pfalz**
   Die Freien Demokraten fordern Initiativen in Form einer verstärkten Förderung des Wissenschaftsstandortes Rheinland-Pfalz. Die Freien Demokraten befürworten starke Anstrengungen, um mindestens ein Forschungscluster-Vorhaben von Hochschulen mit industrieller Partnerschaft in Rheinland-Pfalz aufzubauen. Das wissenschaftliche Potenzial dazu ist in unserem Land vorhanden.

10. **Windenergie unter konsequenter Berücksichtigung von Nachhaltigkeits- und Umweltbelangen**
    Mit den Neuregelungen zum Ausbau der Windenergie in Rheinland-Pfalz haben wir in dieser Legislaturperiode allen beteiligten Akteuren Planungssicherheit gegeben. Daran halten wir fest. Die Windenergieerzeugung muss mit Strombedarf und Speicherverfügbarkeit insoweit einhergehen, dass nicht teuer erzeugter Überschussstrom zusätzlich teuer ins Ausland abgegeben werden muss. Die Erzeugung von Wärme und Wasserstoff aus überschüssigem Wind- und Solarstrom ist nur dann sinnvoll, wenn diese Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Überschüssiger Windstrom darf dabei nicht durch Subventionen vergütet werden.

11. **Energiewirtschaftliche Tätigkeit**
    Die Freien Demokraten lehnen Monopole und Oligopole in der Energiewirtschaft grundsätzlich ab. Die Umsetzung investiver Maßnahmen ist primär Aufgabe der Unternehmen und der Bürger. Investitionen in örtliche Energieanlagen (z.B. Nahwärmenetze, PV-Freiflächen-Anlagen, Windparks, etc.) dürfen von Kommunen dann getätigt werden, wenn sich nach einem öffentlichen Investitionsbekundungsverfahren die Kommune im offenen Wettbewerb durchgesetzt hat. Für die Freien Demokraten gilt der Grundsatz „Privat vor Staat“.
    Alle Gemeinden einer betroffenen Region – also nicht nur die Standortbegünstigten – sollen nach einem festzulegenden Schlüssel von den Einnahmen aus Gewerbesteuer und ggf. Pacht durch den Betrieb von großflächigen Energieanlagen profitieren.

12. **Verwertung kommunaler Einnahmen aus regenerativen Energien**
    Die überschüssigen Pachteinnahmen der Kommunen aus zukünftig genehmigten großflächigen Energieanlagen sollen in einen kommunalen Fonds fließen. Aus diesem Fonds können Projekte zum Ausbau der lokalen bzw. regionalen Infrastruktur gefördert werden (z.B. Breitbandnetze, ÖPNV und Verkehrswege, etc.). Damit wird sichergestellt, dass die Energiewende so gestaltet wird, dass sie wirtschaftlich sinnvoll ist und dass alle Kommunen in einer Region davon profitieren.

Kapitel 7: Haushalt

Haushalt und Finanzen

Wir Freie Demokraten machen in Rheinland-Pfalz den Haushalt. Hohe Investitionen in Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur und den digitalen Wandel schaffen Nachhaltigkeit. Wir wollen Schulden abbauen und haben deshalb seit 2016 über zwei Milliarden Euro der Tilgung zugeführt.

Gestärkt aus der Corona-Krise kommen

Die Corona-Pandemie stellt das Land vor große Herausforderungen. Wir Freie Demokraten haben dazu beigetragen, dass das Land solide aufgestellt ist, um diesen Herausforderungen finanzpolitisch zu begegnen. Wir haben Rekordinvestitionen in die Infrastruktur des Landes getätigt und gleichzeitig konsumtive Ausgaben reduziert, die kommunalfinanzielle Situation verbessert und Rücklagen gebildet, um auf Krisensituationen wirkmächtig reagieren zu können. Letzteres ist zunächst mit Hilfen zur Überbrückung der Corona-Pandemie und im Anschluss mit einem milliardenschweren Konjunkturpaket, das nachhaltig für Wachstum sorgt, geschehen. Wir wollen zielgerichtet Investitionsanreize setzen, um das Land in einer Phase konjunktureller Schwäche substanziell zu stärken. So kommen wir mit Dynamik aus der Krise.

Generationengerechtigkeit als Leitmotiv

Im Sinne künftiger Generationen sehen wir Freie Demokraten uns der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse verpflichtet. Wir werden den haushalts- und finanzpolitischen Fokus auf die Kernbereiche des Staates richten und streben eine Erhöhung der Investitionsquote des Landes an. Die Schulden von heute schränken die Freiheit nachfolgender Generationen ein. Wir treten deshalb für konsequente Entschuldung und die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts als Anlage von Haushaltsplänen ein.

Effiziente Verwaltung

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine effiziente öffentliche Verwaltung ein. Die staatlichen Kernaufgaben müssen hochwertig durch eine effiziente Verwaltung mit qualifizierten Beschäftigten erledigt werden. Wir wollen die Strukturen fortwährend auf Einsparpotenziale überprüfen – gerade vor dem Hintergrund des digitalen Wandels. Wir werden die Chancen des E-Government nutzen, um Verwaltungsprozesse zu digitalisieren. Wir werden für eine intensivere Zusammenarbeit von Fachbehörden zwischen den Ländern und öffentlich-private Partnerschaften werben.

Freibetrag in der Grunderwerbsteuer einführen

Wir Freie Demokraten wollen Hürden beim Erwerb vom Eigentum abbauen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 500.000 Euro ein.

Finanzpolitisches Engagement auf Bundesebene

Wir Freie Demokraten werden uns mit Nachdruck für eine faire Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einsetzen, die das Konnexitätsprinzip achtet. Im Sinne der rheinland-pfälzischen Wirtschaft setzen wir uns gegen höhere Substanzbesteuerung und für die ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlags ein. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Investitionstätigkeit durch die Wiedereinführung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten anzukurbeln. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Wertschöpfung internationaler Unternehmen in Deutschland auch der hiesigen Besteuerung unterworfen wird. Es ist für Freie Demokraten nicht akzeptabel, dass sich internationale Konzerne durch legale Steuergestaltung der Finanzierung des Gemeinwesens entziehen können, während sie in ihren Marktchancen in Deutschland von guter öffentlicher Infrastruktur profitieren. Hierin liegt auch eine nicht akzeptable Benachteiligung mittelständischer Unternehmen. Vor allem sollte der Weg in die Selbstständigkeit und die Finanzierung junger Unternehmen mit Wagniskapital erleichtert werden.

Kapitel 8: Gesellschaft, Integration, Jugend, Familie und Frauen

Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz

Das in den letzten Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung wieder aufblühende gesellschaftliche jüdische Leben in Deutschland bleibt nach der Shoah alles andere als selbstverständlich. Oft beschränkt sich die Wahrnehmung jüdischen Lebens auf Gedenktage oder Friedhöfe. Aber jüdische Gemeinden und ihr vielfältiges religiöses und kulturelles Leben sind in vielen Städten und Gemeinden wieder selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft geworden. Sie prägen unsere Gesellschaft. Wir wollen das jüdische Leben in unserem Land vielfältig stärken und unterstützen. Die jüdischen Gemeinden stets zu unterstützen und insbesondere auch zu schützen, ist für uns dankbare Pflicht, staatspolitische Verantwortung und eine Selbstverständlichkeit.

Deshalb werden wir:

- uns für ein umfassendes Austauschprogramm zwischen Schülerinnen und Schülern aus Israel und Rheinland-Pfalz starkmachen.
- das Vorhaben zur Gründung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes unterstützen.
- die Geschichtsforschung in Rheinland-Pfalz so stärken, dass sie neue Wege und Modalitäten des Erinnerns erforschen und etablieren kann, denn zahlreiche Zeitzeugen sterben. Damit leisten wir unseren Beitrag zur Stärkung der so wichtigen Erinnerungskultur.
- insbesondere junge Menschen stärker durch politische Bildung aufklären und ihre Sinne schärfen gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zudem müssen Jugendliche schon früh lernen, mit Emotionalisierung, Falschmeldungen und Formen digitaler Gewalt umzugehen.
- die Beschäftigung mit dem Judentum und die Antisemitismusprävention im Lehramtsstudium und der Ausbildung der Erziehrinnen und Erzieher zu einem festen Bestandteil machen und verstärken.
- bereits in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung Projekte zur Demokratieerziehung und Antisemitismusprävention etablieren.
- für eine verstärkte Ausbildung im präventiven Umgang mit Vorurteilen, Feindlichkeit, Diskriminierung und Hass in der Beamtenausbildung sorgen.

Migration und Integration in Rheinland-Pfalz

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine weltoffene, freiheitliche und tolerante Gesellschaft ein, die Menschen aller Nationen und ethnischer Herkunft willkommen heißt. Als rheinland-pfälzische Freie Demokraten beteiligen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv an der Umsetzung von internationalen Freiheits- und Menschenrechten sowie an humanitärer Hilfeleistung.
In der Migrationspolitik setzen wir Freie Demokraten uns im Vergleich zu anderen Parteien am deutlichsten für ein transparentes und differenziertes Zuwanderungssystem ein. Deshalb trennen wir klar zwischen dem Asylrecht für individuell Verfolgte, dem subsidiären, d.h. vorübergehenden humanitären Schutz für Kriegsflüchtlinge, und der gezielten Fachkräftezuwanderung. Aus ordnungspolitischer Sicht wollen wir diese drei unterschiedlichen Rechtskreise nicht vermischen, befürworten aber ausdrücklich bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen einen „Spurwechsel“ in die Zuwanderung als Fachkräfte.

Wir lehnen landesspezifische Alleingänge, z.B. bei der Aufnahme von Geflüchteten, ab und setzen uns für einheitliche Regelungen auf Bundesebene ein (z.B. Verteilungsschlüssel gemäß Königsteiner Schlüssel). Als Europa-Partei fordern wir solche einheitlichen und verbindlichen Regelungen ebenfalls für die europäische Ebene (Dublin-Abkommen, Frontex etc.).

Asylrecht oder subsidiärer Schutz dürfen sich nicht nur auf solche Geflüchtete konzentrieren, die auf welchem Weg auch immer bereits nach Deutschland bzw. in die EU eingereist sind. Das ist vor allem dann kritisch, wenn die Einreise auf Regelverstößen beruht (illegaler Grenzübertritt, Nutzung von Schleppern etc.) und dadurch Menschen in erhebliche Lebensgefahr gebracht werden, z.B. bei der Überquerung des Mittelmeers. Die Beschränkung auf bestimmte Personengruppen führt dazu, dass Verfolgte, solange sie sich in ihren Heimatländern befinden, kaum Chancen auf Asyl oder subsidiären Schutz haben und setzt falsche Anreize. Was wir zudem brauchen, sind Institutionen, die vor Ort über eine Einreise in die EU bzw. nach Deutschland entscheiden.

Zu einer glaubwürdigen Migrationspolitik gehört auch, dass Entscheidungen über Aufenthalts- und Bleiberechte konsequent umgesetzt werden. Wer ein Aufenthalts- oder Bleiberecht erhält, muss alle Möglichkeiten zur Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt erhalten. Wer dagegen keinen Anspruch auf Asyl, subsidiären Schutz oder legalen Aufenthalt hat, muss rückgeführt werden. Eine „atmende“, also agierende und reagierende Migrationspolitik ist die Grundlage für eine dauerhaft erfolgreiche Integration und für eine Akzeptanz bei allen Beteiligten und Betroffenen.
Wir sehen in der Integration von Menschen, die in Deutschland als Asylberechtigte oder unter subsidiärem Schutz leben oder als Fachkräfte zugewandert sind, eine der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen. In erster Linie aber sehen wir darin große Chancen, die wir mit Mut und Zuversicht nutzen wollen.

Sprachkompetenz und berufliche Qualifizierung sind Schlüsselqualifikationen für eine erfolgreiche Integration. Dafür werden wir maßgeschneiderte Angebote im Sinne von „Fordern und Fördern“ entwickeln und umsetzen. Wir wollen damit den gleichen Zugang zu gesellschaftlichem Leben, Bildung und Arbeitsmarkt eröffnen, wie ihn alle anderen hier lebenden Menschen haben. Wir erwarten umgekehrt eine aktive Beteiligung und die Einhaltung gegebener Regeln. Für das Nicht-Mitwirken bzw. Regelverstöße brauchen wir ein transparentes wie konsequentes Sanktionssystem. Liberale Haltung bedeutet für uns, dass wir alle Menschen, die in Deutschland bleiben und leben wollen, ermutigen und befähigen, sich mit all ihren Potenzialen in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt einzubringen. Davon werden letztlich alle Seiten profitieren. Wir erwarten eine uneingeschränkte Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und das Sich-Halten an Regeln und Werten auf der Grundlage unserer Verfassung.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Integrationsprozess von Frauen und Kindern. Wir wollen dazu spezielle Angebote der Sprach- und Integrationsförderung für Frauen weiter ausbauen und die interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit stärken. Über die kommunalen Beiräte für Migration und Integration soll ein Mentoren-Programm aufgelegt werden, das die migrierten Personen auf dem Weg der Integration nachhaltig unterstützt.

Die Anerkennung von im Heimatland erzielten Berufsabschlüssen wollen wir vereinfachen und dazu eng zusammenarbeiten mit der Zentralen Servicestelle Berufsanerkennung.
Wir setzen uns für ein kommunales Wahlrecht für Angehörige von Drittstaaten (Nicht-EU-Länder) ein, die seit mindestens drei Jahren in Rheinland-Pfalz leben, um den Integrationserfolg zu stärken.

Gleichstellung offensiv vorantreiben

Wir Freie Demokraten stehen für eine moderne Frauenpolitik. Als liberale Kraft nehmen wir die individuellen Stärken eines jeden Menschen wahr, unabhängig von seinem Geschlecht. Deshalb denken wir nicht in tradierten Rollenbildern. Um diese weiter aufzubrechen und die Gleichstellung zu vollenden, unterstützen wir Frauenförderung im MINT-Bereich durch Initiativen wie das Ada-Lovelace-Projekt. Wir Freie Demokraten werden die Gleichstellung im öffentlichen Dienst durch Mentoring-Programme und bessere Vereinbarung von Familie und Beruf vorantreiben.

Istanbul-Konvention umsetzen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, den Verpflichtungen durch die Istanbul-Konvention nachzukommen und die Infrastruktur zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu stärken. Wir setzen uns für eine flächendeckende Verfügbarkeit qualifizierter medizinischer Behandlung und forensischer Spurensicherung (unabhängig von einer Strafanzeige) für Betroffene von Sexual- und Gewaltstraftaten ein. Dazu wollen wir das bereits bestehende Netz an Frauenhäusern, Frauennotrufen und Interventionsstellen weiter ausbauen. Insbesondere wollen wir für Frauen und Mädchen in besonderen Lebenslagen die digitalen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu Hilfs- und Beratungsangeboten ausweiten.

Paragraph 219a reformieren

Wir Freie Demokraten streiten für eine Reform des Strafrechtsparagraphen 219a. Ziel dieser ist es, die sachliche Information über einen Schwangerschaftsabbruch im öffentlichen Raum grundsätzlich zu ermöglichen, während weiterhin das Verbot des Werbens in grob anstößiger Weise gilt. Wir treten für einen besseren Schutz von Praxen ein, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

Strenger Rechtsrahmen für Prostitution

Wir fordern strenge Kontrollen im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes, um Prostitution auf den legalen Rahmen zu beschränken. Statt Prostitution in die Illegalität zu verbannen, wollen wir die Prostituiertenberatungsstellen stärken, um mit den betroffenen Frauen Auswege aus der Abhängigkeit zu finden.

Familie, Verantwortungsgemeinschaft und Vielfalt in Rheinland-Pfalz

Wir Freie Demokraten treten für eine offene Gesellschaft ein, in der jeder Mensch ohne Angst und Barrieren (zusammen-)leben kann. Für uns ist der Begriff der Verantwortungsgemeinschaft von zentraler Bedeutung. Er erweitert das Verständnis von „Familie“ auf alle individuellen Formen des Zusammenlebens, die wir als gleichwertig ansehen.

Wir werden:

- die mehr als 50 Häuser der Familie, die bundesweit unter den „Mehrgenerationenhäusern“ bekannt sind, strukturell weiter stärken und zusätzliche Standorte schaffen, um Familien in ihrem Lebensumfeld einen Ort für Beratung, Unterstützung und den Austausch anzubieten.
- als Konsequenz aus der Corona-Pandemie die Telefon- und Onlineberatungen weiter vorantreiben, an die sich Menschen in herausfordernden Situationen schnell und ohne bürokratische Hürden wenden können.
- uns für Partnerschaften einsetzen, bei denen sich der Wunsch nach einem Kind nicht erfüllt. Wir fordern, dass sich das Land an den Kosten einer sogenannten Kinderwunschbehandlung beteiligt, auch unabhängig von der sexuellen Identität der möglichen Eltern.
- dazu beitragen, noch bestehende Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen- und identen sowie intersexuellen Menschen (LSBTI) abzubauen. Dazu fordern wir insbesondere das Verbot sogenannter Konversionstherapien und eine entsprechende Beratungsstruktur für Minderjährige, eine Bundesratsinitiative bezüglich des de facto bestehenden Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer und eine Reform des Adoptionshilferechts, um Frauen-Elternpaaren nicht allein die Möglichkeit der Stiefkind-Adoption zu lassen.
- uns für eine Bundesratsinitiative zur Reform des dritten Grundgesetz-Artikels einsetzen, um ihn durch „sexuelle Identität“ zu ergänzen. Wir unterstützen den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ und wollen insbesondere die Koordination des Demokratieprojekts „SCHLAU RLP“ sowie die geschichtliche Aufarbeitung der Diskriminierung und Verfolgung von LSBTI finanziell stärken.

Der Jugend eine Stimme geben

Rheinland-Pfalz hat mit der Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark.“ einen großen Schritt hin zur eigenständigen Jugendpolitik gemacht.

Wir Freie Demokraten werden:

- für weitergehende Regelungen für die Einrichtung von kommunalen Jugendvertretungen eintreten. Deren Einrichtung soll nach baden-württembergischen Vorbild von den Jugendlichen selbst beantragt werden können. Sie sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten sowie ein Anrecht auf angemessene finanzielle Mittel und ein eigenes Budget erhalten. Die strukturelle Beteiligung bei bestimmten kommunalpolitischen Themen soll verpflichtend in der Gemeindeordnung festgehalten werden.
- uns für das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen starkmachen.

Jugendherbergen zukunftssicher aufstellen

Jugendherbergen und Jugendfreizeithäuser sind zur Freizeitgestaltung für Schülerinnen und Schüler sowie Familien ein unverzichtbarer Bestandteil. Die Corona-Krise hat diese Einrichtungen schwer getroffen und stellt sie vor große finanzielle Herausforderungen. Wir Freie Demokraten werden sie deshalb mithilfe eines Förderprogramms zukunftssicher aufstellen.

Suchtprävention stärken

Wir Freie Demokraten werden uns für Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Drogen-, Alkohol- und Gaming-Sucht einsetzen.

Selbstbestimmt im hohen Alter

Wir Freie Demokraten wollen möglichst lange hochbetagten Menschen ein selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld bieten. Dazu ist eine entsprechende Beratungsstruktur notwendig, die Menschen ohne Pflegestufe in hohem Alter dazu verhilft, den Alltag zu meistern. Dazu zählt auch, dass ältere Menschen gegen Vereinsamung Kontakte ins öffentliche Leben aufrechterhalten müssen. Wir Freie Demokraten werden das als Pilotprojekt gestartete und inzwischen ausgeweitete Programm der Gemeindeschwester Plus landesweit weiter ausbauen und dauerhaft finanziell stützen, um auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft – insbesondere im ländlichen Raum – zu reagieren.

Kapitel 9: Gesundheit

Pflege in Rheinland-Pfalz

Um eine bestmögliche Versorgung zu gewährleisten, braucht es eine Anpassung an die sich geänderten Umstände. Dazu zählen der enorm gestiegene Pflegebedarf in den letzten Jahren, sowie der bundesweite Fachkräftemangel.
Wir wollen die Wertschätzung der Pflege- und Gesundheitsberufe stärken. Die Fachkräftesicherung in den Gesundheitsfachberufen ist aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft eine der größten Herausforderungen. Um das Berufsfeld attraktiver zu gestalten und um die Ausbildungszahlen zu steigern, soll die Ausbildung künftig schulgeldfrei sein. Die entsprechende Regelung im Privatschulgesetz, die Gesundheitsfachschulen von der Finanzhilfe des Landes ausschließt, soll ersatzlos gestrichen werden.
Das bedeutet auch, die Gehälter der Bedeutung und Unverzichtbarkeit der Berufsgruppen anzupassen. Des Weiteren benötigen Pflegeschulen eine finanzielle Unterstützung bei der Erhöhung der Schulplätze.
Wir wollen duale Pflegestudiengänge fördern und Ausbildungsstätten im Ausland unterstützen. Weiter stehen wir für einen Bürokratieabbau. Hierdurch entsteht wider mehr Zeit für die Pflege am Patienten.
Pflegende tragen große Verantwortung. Deshalb sollen Pflegestandards als erforderliche Qualitätssicherung verbindlich festgelegt und regelmäßig angepasst werden.
Um der Verantwortung gerecht zu werden, ist es weiterhin nötig, die Personaluntergrenzen sicherzustellen und die Einhaltung regelmäßig zu überprüfen. Der Pflegegrad 1 ist dahingehend zu entkoppeln, dass auch kleine Betreuungsunternehmen ihre Leistungen in Abrechnung bringen können. Dies ist momentan größtenteils für Privatpersonen möglich.

Hausärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz

Wir brauchen eine Anpassung der vertragsärztlichen Bedarfsplanung an die Versorgungsrealität in Stadt und Land. Diese wird benötigt, um eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte medizinische Basisversorgung im ganzen Land Rheinland-Pfalz sicherzustellen.
Als eine wichtige Maßnahme hierzu sehen wir die Stärkung der Infrastrukturmaßnahmen „Hausarzt aufs Land“ und die Unterstützung der sogenannten Niederlassungskooperationen aus kassenärztlichen Vereinigungen und Kommunen.

Fachärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz

Zu einer guten medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz gehört auch eine fachärztliche Grundversorgung. Die bestehende duale fachärztliche Versorgung ist landesweit zu sichern.
Hierzu zählt die Unterstützung von Kooperationen der fachärztlichen Grundversorgung auf dem Land, sowie die Unterstützung von überörtlichen fachärztlichen inhabergeführten Medizinischen Versorgungszentren.
Ebenso soll eine Umwandlung von überversorgten stationären Grundversorgungen in fachärztliche ambulante, aber auch teilstationäre, belegärztliche Zentren durchgeführt werden.
Wir wollen Weiterbildungsverbünde im fachärztlichen Bereich – ähnlich den hausärztlichen Weiterbildungsverbünden – fördern und stehen für eine regionalisierte Aus- und Weiterbildung ein.

Apotheken- und Medikamentenversorgung in Rheinland-Pfalz

Seit 2008 sinkt die Zahl der stationären Apotheken stetig. Die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln rund um die Uhr, sowie die qualifizierte Beratung von Patientinnen und Patienten durch inklusive Notdienste muss erhalten werden.
Die Aufrechterhaltung des Notdienstes wird immer schwieriger, da die Verwaltungsvorschriften für Notdienste im Arzneimittelrecht nur schwer einzuhalten sind. Durch Abrechnungsformalien mit den Krankenkassen entsteht den Apotheken zusätzlicher Verwaltungsaufwand.
Deshalb müssen Notdienste einerseits angemessen honoriert und dringend Bürokratie im Arzneimittelwesen abgebaut werden.
Apotheken brauchen die Freiheit, die Versorgung der Bevölkerung auch im ländlichen Raum aufrecht zu halten. Dies kann unter anderem durch mobile Lieferdienste erfolgen.
Da Apotheken solche Lieferdienste bisher bereits ohne Vergütung anbieten, halten wir einen Sicherstellungszuschlag für Apotheken in abgelegenen Standorten für sinnvoll.

Telemedizin und KI in der Gesundheit

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen und für verbesserte Rahmenbedingungen für eine sichere Digitalisierung des Gesundheitssystems ein. Hierzu müssen telemedizinische Anwendungen finanziell gefördert werden. Wir Freie Demokraten wollen ebenso den Anschluss aller Pflegeeinrichtungen und Seniorenzentren ans Glasfasernetz und deren Abdeckung mit WLAN umsetzen. Nicht erst seit der Corona-Krise ist die soziale Isolierung der Pflegebedürftigen ein Problem, das im Widerspruch zum Versprechen des Alterns in Würde und des sozialen Miteinander steht. Wir wollen daher die nötige Infrastruktur dort bereitstellen, wo sie sein muss, damit die Verbindung zwischen Freunden und Familie auch denen erhalten bleibt, die auf die Obhut der Gesellschaft angewiesen sind. Eine Telematikinfrastruktur ist in medizinischen Einrichtungen flächendeckend, insbesondere im ländlichen Bereich, beschleunigt auszubauen.

Wir unterstützen die zukunftsorientierte Einführung der elektronischen Patientenakte. Hierzu gehört auch der Schutz der Daten des Patienten. Der Staat muss die Hoheit des Einzelnen über seine Daten stets gewährleisten. Patientinnen und Patienten bestimmen über ihre Daten und wer wann wie lange und für welchen Zweck darauf zugreifen darf.

Aufgrund der millionenfach existierenden anonymisierten Daten von Krankheitsverläufen kann KI helfen frühzeitig mögliche Krankheiten zu erkennen und mögliche Behandlungsrichtungen vorschlagen. Dabei soll die KI mit 99% Ergebnisvorhersage arbeiten, um fehlerhafte Behandlungsvorschläge soweit möglich auszuschließen.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Wir setzen uns für eine Verbesserung der personellen und finanziellen Situation des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) ein. Hierzu gehört die tarifliche Anpassung der Gehälter an die Tarife im Krankenhausbereich. Weiter bedarf es einer besseren Verzahnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit den Selbstverwaltungsorganen der Gesundheitsberufe (Ärzte- u. Pflegekammer) und eine öffentlichkeitswirksame Erhöhung der Wertschätzung des ÖGD.

Krankenhausversorgung in Rheinland-Pfalz

Wir wollen eine wohnortnahe und patientenorientierte stationäre Patientenversorgung für Stadt und Land sicherstellen. Wir setzen uns dafür ein, wirtschaftliche Fehlanreize im DRG- Fallpauschalensystem zu beseitigen. Wir fordern eine separate Kalkulation von kinderrelevanten Fallpauschalen, um die permanente Unterfinanzierung der Kinderabteilungen zu verbessern. Ebenso müssen regionale Besonderheiten bei der Planung der Grund- und Regelversorgung stärker berücksichtigt und die Kosten der Krankenhäuser bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Eine private Trägerschaft unterstützen die Freien Demokraten, solange diese auf die langfristige hochqualitative medizinische Versorgung einer Region bedacht ist. Eine rein renditengesteuerte medizinische Versorgung lehnen wir ab.

Notfallversorgung in Rheinland-Pfalz

Wir Freie Demokraten fordern eine wohnortnahe, patientengerechte und effiziente Versorgung. Dies kann durch Zusammenführen der ambulant zu versorgenden Erkrankungen und der bestehenden ambulanten und stationären Einrichtungen sichergestellt werden. Hierbei wichtig ist vor allem die Einrichtung von Integrierten Notfallzentren (INZ). Dies kann durch Zusammenlegung der Ärztlichen Bereitschaftspraxen (ÄBP/KV) mit den Notaufnahmen ausgewählter Krankenhäuser. Federführend können hier die Kassenärztlichen Vereinigung, als Sicherstellungsbeauftragte der ambulanten ärztlichen Versorgung, sein.
Entsprechend bedarf es dann auch einem Gemeinsames Notfallleitsystem (Lotsendienst), welches von Rettungsdienst, Integriertes Notfallzentrum und Arztpraxen genutzt werden kann.

Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist ein bedeutender Wachstumsfaktor und Innovationsmotor der Volkswirtschaft - auch in Rheinland-Pfalz. Leider wird sie oft nur mit dem Kernbereich der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgungen und der dort zugeordneten Dienstleister gleichgesetzt. Allerdings bestehen große Wachstumspotentiale in den direkten Bereichen Gesundheitshandwerk, Medizintechnik oder in der medizinischen Biotechnologie. Aber auch Bereiche, wie Sport, Ernährung, Gesundheitstourismus und Betreuungsdienstleistungen nehmen einen immer höheren Stellenwert bei der Bevölkerung ein. Auch dort ist die Gesundheitswirtschaft als Branchenvertreter zu finden.
Deshalb ist der Gesundheitswirtschaft in der Politik den Stellenwert zu geben, der ihr nach den wirtschaftlichen Bedeutungen zusteht.

Hebammen

Seit dem 1.Januar 2020 gilt für Hebammen und Entbindungshelfer ein Bachelorstudium als Grundlage. Wir wollen die Bezahlung und die Wertschätzung den neuen akademischen Ausbildungszielen anpassen und die Freiberuflichkeit derer fördern.

Prävention statt Prohibition

Ziel muss es sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern. Es ist an der Zeit, neue Wege in der Suchtprävention bei Cannabis zu beschreiten. Diese bedürfen aber einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage, die durch wissenschaftlich begleitete Modellprojekte gewonnen werden kann. Ziel muss es sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern. Deshalb fordern wir, die Grundlagen für die Genehmigung von Modellprojekten zur Erforschung der kontrollierten Abgabe ab 18 von Cannabis als Genussmittel zu schaffen und diese Modellprojekte zu ermöglichen. Generierte Mehreinnahmen sollen in Prävention und Gesundheitsschutz anteilig fließen. Eine entsprechende Bundesratsinitiative wird von uns befürwortet.

Kapitel 10: Innen und Recht

Inneres

Wir Freien Demokraten streiten für eine freie, sichere und gerechte Gesellschaft. Wir bekennen uns zu unserer Polizei, den Rettungsdiensten, der Feuerwehr und der Justiz. Gewalt gegen die „Blaulichtfamilie“ muss mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln geahndet werden.

Verwaltung und Öffentlicher Dienst

Wir Freien Demokraten treten für eine effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung ein. Wir treiben deshalb vor dem Hintergrund des Online-Zugangsgesetzes den digitalen Wandel im Öffentlichen Dienst voran. Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen muss eine Ausnahme bleiben. Die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir fortsetzen. Unsere Wertschätzung muss sich auch im Lohnniveau widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund war die Übernahme der Tarifabschlüsse für die Beamten und die weitere Anhebung der Gehälter um jeweils zwei Prozent in den Jahren 2019 und 2020 ein wichtiger Schritt.

Polizei

Wir Freien Demokraten haben in der Ampelkoalition die historisch höchsten Einstellungsraten bei der Polizei ermöglicht. Dieses hohe Niveau wollen wir beibehalten und streben weiter einen Personalkörper von 10.000 Vollzeitäquivalenten an. Wir streiten für eine langfristig angelegte Ausbildung von Spezialistinnen und Spezialisten bei der Polizei, deren Kompetenz insbesondere bei Internet- und Wirtschaftskriminalität gefragt ist. Unser Grundsatz ist es, der Polizei immer eine moderne technische Ausstattung zu bieten, um mit der rasanten Entwicklung im Bereich von Information, Kommunikation und Digitalisierung Schritt zu halten. Mit der Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern) und Bodycams haben wir zudem die Schutzausrüstung der Polizei erweitert. Wir werden uns darüber hinaus dafür einsetzen, die Polizei von Verwaltungsaufgaben und innerbehördlicher Bürokratie zu entlasten, damit sie ihre Kernaufgaben noch besser wahrnehmen kann.

Rettungsdienste

Wir Freien Demokraten streiten für eine qualitativ hochwertige flächendeckende notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung und fordern die Absenkung der Hilfsfrist für die erste qualifizierte notfallmedizinische Versorgung auf 10 Minuten und für die notärztliche Versorgung auf 15 Minuten.

Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz schützen

Wenn Jüdinnen und Juden sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen können, dann können deutsche Gesellschaft und Politik nicht tatenlos zusehen. Das zarte Pflänzchen "jüdische Normalität in Deutschland" bleibt auch durch den demographischen Wandel stets gefährdet. Aber wir Freie Demokraten sind entschlossen, jüdisches Leben in Deutschland stets zu schützen und zu stützen. Deshalb werden wir konsequent gegen Judenfeindlichkeit, Hasskriminalität im Internet, Rechtsextremismus, und Islamismus vorgehen. Insbesondere im Bereich der Hasskriminalität im Internet nehmen wir auch die Betreiber der Plattformen in den Blick. Polizei und Ordnungsbehörden sowie Justiz werden wir entsprechend stärken.

Freiwilliges soziales Jahr (FSJ) bei der Feuerwehr

Auf Initiative von uns Freien Demokraten ist das FSJ bei der Feuerwehr entstanden. Für uns gilt es, weitere Potenziale in der Werbung neuer Feuerwehrleute zu heben. Wir fordern dahingehend eine Verstetigung der aktuellen Förderkulisse durch das Land.

Wir unterstützen Initiativen, die dazu beitragen, dass die Feuerwehren vor Ort breit in Alter und Geschlecht aufgestellt sind.

Ehrenamt

Die freiwillige Übernahme von Verantwortung durch engagiertes und eigenverantwortliches Handeln ist die liberale Antwort auf aktuelle und künftige Herausforderungen der Demokratie und des Zusammenlebens in Rheinland-Pfalz. Wir fordern eine ständige qualitative Verbesserung von Strukturen, die Menschen im Ehrenamt zusammenbringen und für freiwilliges Engagement gewinnen.

Datenschutz

Datenschutz ist Bürgerrecht. Wir Freien Demokraten setzen uns wie keine andere politische Kraft für Selbstbestimmtheit und den Schutz der Privatsphäre ein. Deshalb engagieren wir uns gegen immer neue Vorhaben, die Bürgerinnen und Bürger anlasslos überwachen oder deren Daten erlangen sollen.

Schwimmbäder

In vielen kommunalen Schwimmbädern steht eine Sanierung an. Wir setzen uns dafür ein, die Förderkulisse auch in ihrer Höhe so anzupassen, dass Kinder im Land flächendeckend das Schwimmen erlernen können und den Bürgerinnen und Bürgern ein wohnortnahes Schwimmbad zur Verfügung steht.

Bestattungsgesetz

Wir Freien Demokraten fordern eine Liberalisierung des Bestattungsgesetzes. Beispielsweise fordern wir, dass bei Feuerbestattungen die Urne auch im Zuhause der Angehörigen oder testamentarisch bestimmten Personen aufbewahrt werden darf.

Justiz

Unsere unabhängige und effektive Justiz gewährleistet die Durchsetzung der rechtsstaatlichen Ordnung im privaten und öffentlichen Interesse. Gerichte sichern Bürgerinnen und Bürgern Rechtsschutz gegen staatliche Eingriffe, die Durchsetzung privater Ansprüche und die Verteidigung der Rechtsordnung gegen Kriminalität. Objektiv und effizient arbeitende Staatsanwaltschaften gewährleisten die konsequente Verfolgung von Straftaten und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Menschen. Ein moderner Strafvollzug befähigt Straftäterinnen und Straftäter zu einem zukünftigen Leben ohne Straftaten und schützt wo nötig die Gesellschaft vor gefährlichen Verurteilten.

Diese Säulen unseres Rechtsstaats haben die Freien Demokraten in ihrer Regierungsverantwortung im Ministerium der Justiz konsequent gestärkt. In den vergangen fünf Jahren wurden über 100 neue Richter und Staatsanwälte zusätzlich eingestellt, ebenso wie das für ihre Arbeit notwenige Unterstützungspersonal. Eine besondere Rolle im Kontakt der Justiz mit Bürgern spielen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Wir haben die Studierendenzahlen deutlich gesteigert und den Grundstein für einen spürbaren personellen Aufwuchs gelegt.

Durch die Erhöhung der Ausbildungsplätze im Justizvollzug und die Optimierung der Ausbildung werden zukünftig mehr Justizvollzugsbeamte für die zunehmend komplexere Arbeit mit Strafgefangenen zur Verfügung stehen. Durch konsequente Bündelung von Spezialzuständigen wurde die Effektivität der Arbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften gesteigert.

Rheinland-Pfalz ist bei der Einführung der elektronischen Aktenführung bei Gerichten im Ländervergleich führend, diese wichtige Modernisierung erhöht die Effizienz und Flexibilität.
Wir wollen den Weg der Optimierung der personellen Ausstattung in allen Laufbahnen der Justiz konsequent weitergehen. Die Leistungsfähigkeit der dritten Gewalt ist für Frei Demokraten nicht verhandelbar.
Auch im Justizvollzug wollen wir den Weg zu einer angemessenen personellen Ausstattung konsequent fortsetzen.

Das Berufsbild der Justizwachtmeister werden wir modernisieren und an die sich verändernden Bedingungen anpassen. Hierbei ist uns auch die weitere Optimierung der Ausrüstung ein wichtiges Anliegen.

Ein weiteres wesentliches Ziel der Freien Demokraten ist die Modernisierung der juristischen Ausbildung. In Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Fakultäten werden wir die Schwerpunktbereichsprüfung zu einer interdisziplinären zweiten Säule des rechtswissenschaftlichen Studiums weiterentwickeln. Den juristischen Vorbereitungsdienst werden wir weiter professionalisieren und den sich verändernden Anforderungen an junge Juristinnen und Juristen anpassen.

Wir werden die Digitalisierung der Justiz weiter konsequent fortführen. Bis zum Jahr 2026 sollen alle Justizbehörden in Rheinland-Pfalz digital und papierlos arbeiten. Die Potenziale elektronischer Akten zur Optimierung der Arbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften werden wir konsequent nutzen und die Erreichbarkeit der Justiz auf digitalem Weg auch für Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Durch einen zentralen Bürgerservice der Justiz wollen wir für alltägliche Anliegen wie Vereinsregister-, Erbschein- und Betreuungsangelegenheiten den Zugang der Menschen zu den Gerichten vereinfachen und verbessern.

Modernen Möglichkeiten der digitalen Arbeitsunterstützung für die Rechtspflege stehen wir offen gegenüber, die Entscheidungsfindung durch unabhängige Richter darf hierdurch jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Gründung einer Landesstiftung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern

Zu einem starken Rechtsstaat gehört für Freie Demokraten auch das Engagement für Menschenrechte weltweit. Wir wollen deshalb in Rheinland-Pfalz eine Stiftung gründen, die bedrohten Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern zeitlich befristete Stipendien vermittelt. Stipendiaten sollen die Gelegenheit bekommen, sich in Deutschland fortzubilden, Kontakte zu knüpfen und danach mit internationaler Rückendeckung in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Kapitel 11: Kommunalpolitik

Kommunale Finanzen

Wir Freie Demokraten haben in Regierungsverantwortung die Situation der kommunalen Haushalte wesentlich verbessert. Die Ausgaben im Kommunalen Finanzausgleich steigen derzeit deutlich überproportional zum allgemeinen Wachstum des Landeshaushalts. Inzwischen geht ein Drittel des Landeshaushalts in die rheinland-pfälzischen Kommunen. Die Finanzierungssalden der Gemeinden und Gemeindeverbände waren zuletzt dreimal positiv. Diesen Trend wollen wir mit weiteren Maßnahmen fortsetzen, die kommunalen Haushalte weiter stabilisieren und auf dieser Grundlage im Zusammenspiel von Kommunen, Land und Bund die Altschuldenbelastung abbauen. Konkret fordern wir, die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen, die von hohen Sozialausgaben belastet sind, treffsicherer zu machen. Das Konnexitätsprinzip betrachten wir in unserem politischen Handeln als Selbstverständlichkeit. Die Freien Demokraten streben eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an.

Digitales Rathaus

Die Herausforderungen in den rheinland-pfälzischen Kommunen können nur mit intakten und zukunftsweisenden Strukturen bewältigt werden. Insbesondere der digitale Wandel in den Kommunalverwaltungen vor dem Hintergrund des Online-Zugangsgesetzes steht jetzt im Fokus. Das Land muss verlässliche Rahmenbedingungen bieten, damit der Wandel von analogen zu digitalen Prozessen reibungslos und zügig passieren kann. Das Rad mit Bezug auf digitale Prozesse darf nicht in jeder Kommune neu erfunden werden. Das Land muss Best-Practice-Beispiele bündeln und Support über die landeseigenen IT-Strukturen geben. Die Digitalisierung wird dazu führen, Ressourcen zu schonen und langfristig für finanzielle Entlastung sorgen – so zum Beispiel durch Einsatz von digitalen Endgeräten in der Ratsarbeit, die Papier und entsprechende Druckkosten überflüssig machen. Wir haben den Kommunen 2020 wegen der Corona-Pandemie per Gesetz die Möglichkeit gegeben, ihre Beschlüsse per Video- oder Telefonkonferenz zu fassen. Dieses Gesetz ist allerdings bis März 2021 begrenzt. Auch fernab von besonderen Situationen wie der jetzigen pandemischen Lage wollen wir diese Möglichkeit aufrechterhalten. Beschlüsse von politischen Gremien müssen auf elektronischem Wege gefasst werden können - ohne dass wir dabei die Vorzüge einer Präsenzsitzung infrage stellen. Wir schlagen in der Diskussion um die Chancen der Interkommunalen Zusammenarbeit eine Evaluation vor, die insbesondere Synergieeffekte durch kommunalübergreifende digitale Prozesse hebt. Dies muss ein erster Schritt vor einer möglichen Gebietsreform sein.

Kommunaler ÖPNV

Das neue Nahverkehrsgesetz ist ein Quantensprung in der Entwicklung des rheinland-pfälzischen ÖPNV. Es verknüpft die verschiedenen Verkehrsträger und taktet sie aufeinander ab. Das Land definiert erstmals bundesweit den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe und durch den Landessnahverkehrsplan einheitliche Standards zur Erfüllung dessen. Wichtig dabei ist, dass die Kommunen in den entsprechenden Gremien zur Erstellung des Landesnahverkehrsplans und bei Finanzierungsfragen mehrheitlich beteiligt sind. Die Kommunen und das Land müssen eng zusammenarbeiten, damit neue Chancen in der Mobilität entstehen können, so zum Beispiel im Ticketing.

Kommunales Wahlrecht ab 16

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre ein.

Entschädigung Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erhalten für ihre ehrenamtliche Arbeit eine im Vergleich zum Aufwand geringe finanzielle Entschädigung. Wir fordern deshalb eine grundlegende Evaluation und eventuelle Anpassung der Entschädigungen – auch mit Blick auf Rentenbezüge oder die Pension.

Kapitel 12: Landwirtschaft

Lebt der Hof, lebt das Land

Moderne Landwirtschaft nach unserem Begriff entfesselt in gleichem Maße das Wissen der Alten und die Neugier der Jungen. Unser Bild von der Landwirtschaft ist inklusiv, weil es Gutes unterstellt und im konkreten Fall die beste Methode nutzt, ohne sich damit gleich einem Lager zu verschreiben. Das ist der Inbegriff unseres Verständnisses von einer „nachhaltig bäuerlich-professionellen Landwirtschaft“, die die Faszination dieses Berufes ausmacht.

Die rheinland-pfälzische Agrarpolitik

In der Periode 2021-2026 wollen wir unsere Politik noch mehr zu einer Imagekampagne für Landwirtschaft, ländliches Leben und moderne und vielfältige Berufsbilder in der Landwirtschaft auflegen. Geben wir den Menschen einen Eindruck von der „Faszination Landwirtschaft“. Landwirtschaft, das ist kein „Stand“, das sind langjährig ausgebildete Profis, die gesunde und hochwertige Nahrungsmittel produzieren, Energie erzeugen und einen großen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zum Umwelt-, Arten- und Klimaschutz leisten.
In unseren landwirtschaftlichen Berufsschulen haben wir im Weinbau schon jetzt 50 % Azubis, die nicht aus einem familiären Betrieb stammen, mit einem steigenden Frauenanteil. Diese Quote zeigt die hohe Attraktivität des Berufsbildes und muss auch in den anderen Agrarfeldern zur Messlatte werden.

Die Bauerndemonstrationen in den Jahren 2020 und 2021 oder auch die Corona-Krise mit der damit einhergehenden Rückbesinnung der Bevölkerung auf regionale Agrarprodukte haben das Tor geöffnet, der Landwirtschaft ein neues Selbstbild zu ermöglichen. Dabei wollen wir sie weiter nach Kräften zu unterstützen.

Das Leitbild von der „bäuerlichen Landwirtschaft“ soll Richtung einer „nachhaltig bäuerlich-professionellen Landwirtschaft“ weiterentwickelt werden. Der Anspruch an „Wissen, Können und Wollen“ sollte in diesem neuen Leitbild neu definiert und aufgesetzt werden. Landwirtschaft erfordert eine umfassende Ausbildung. Wir als Freie Demokraten kennen und schätzen die berufliche Professionalität der Landwirte und unterstützen sie. Und zwar nicht mehr nur – wie in überkommener Weise - als mitunter noch familiär geprägter „Stand“, sondern als moderne Berufsgruppe mit hohem Know-how und großer Verantwortung. Während nämlich das öffentliche Bild geprägt ist von bäuerlicher Hofromantik von vor 50 Jahren, die es in der Realität nie gab, wissen wir, dass heute die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft besser sind, die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel so hoch ist wie noch nie, die Tiere besser gehalten werden und die Äcker nachhaltiger bewirtschaftet werden als je zuvor in Deutschland und aktuell in weiten Teilen der Welt.

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist geprägt von familiär geführten Betreiben. Unsere kleinbäuerlichen Strukturen sind der Motor der lebendigen Agrarwirtschaft. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt und geben den Höfen eine echte Perspektive.
Die anstehende Aufstellung des nationalen Strategieplans zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der nächsten Förderperiode wie auch die nähere landesrechtliche Ausgestaltung von Bundes- und Landesförderprogrammen wollen wir insbesondere auch zur Verbesserung der Situation für Hofnachfolger und Junglandwirte nutzen Unser Ziel ist es auch, Hofübernahmen in Landwirtschaft und Weinbau attraktiver zu machen. Darüber hinaus wollen wir Investitionen in die Modernisierung von Betrieben fördern.

Wir Freie Demokraten setzen uns daher auch für eine Übernahmeprämie in der Landwirtschaft ein. Beispielsweise könnten in der dargestellten Kulisse Betriebsübernahmen durch Übernahmeprämien von 50.000 Euro bzw. Investitionszuschüsse für Modernisierungsmaßnahmen durch Ausbau der Existenzgründungsberatung und durch einen organisierten Wissensaustausch zwischen den Gründern und Übernehmenden gefördert und attraktiver gemacht werden.

Wir wollen jungen Menschen frühzeitig für die Vielfältigkeit und das Verantwortungsbewusstsein unserer Landwirtschaft begeistern. Daher wollen wir ein Freiwilliges Soziales Jahr „Grüne Berufe“ in Rheinland-Pfalz einführen. Gleichzeitig wollen wir die Kooperation zwischen Kitas und Schulen weiter intensivieren und den Bauernhof zu einem modernen Lernort machen. Durch frühzeitiges Erleben von Landwirtschaft kann ein besseres Verständnis für diese wichtige Branche geschaffen werden. Zudem wollen wir auch die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Praktika verbessern.

Tierwohl europaweit einheitlich sicherstellen

Den Landwirtinnen und Landwirten liegt das Wohl ihrer Tiere am Herzen. Wir Freie Demokraten wollen, dass das Tierwohl kontinuierlich verbessert wird. Daher setzen wir uns für europaweit einheitlich hohe und verbindliche Standards ein, dies gilt für Haltung und Transport gleichermaßen. Bereits jetzt sind unsere Tierhalter einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Eine einseitige Verschärfung der grundsätzlich sehr hohen Anforderungen an die Tierhaltung in Deutschland schadet den heimischen Betrieben und verlagert die Produktion in Länder mit niedrigeren Standards.
Bei der weiteren Umstellung auf tierschonende Haltungsmethoden wollen wir die Landwirtinnen und Landwirte unterstützen.

Nachhaltige Flächenbewirtschaftung / Regionale Märkte stärken

Nachhaltig wirtschaften. Einfach "mehr Bio" ist uns zu wenig.
Der Öko-Landbau hat einen historischen Verdienst, indem er beim Verbraucher und in der Branche ein besonderes Augenmerk auf das "Wie" der Produktion gerichtet hat. Wir wollen ihn weiter mit ambitionierten Ausbauzielen unterstützen. Doch unsere Vorstellungen gehen weiter. Denn: Die Weiterentwicklung und der Erhalt aller landwirtschaftlicher Betriebe bringt die größten Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Tierwohlsteigerungen.

Wir wollen die Stärken der unterschiedlichen Bewirtschaftungsweisen verbinden und das Ertrags- und Nachhaltigkeitspotential in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Landwirten weiterentwickeln. Ökologischer Landbau ist eine landwirtschaftliche Produktionsweise, die sich nachfrageorientiert entwickeln muss. Durch den Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz und die Beschränkung auf organische Düngung wirtschaftet der ökologische Landbau nachhaltig und dient in vielen Bereichen der konventionellen Landwirtschaft als Vorbild zu mehr Nachhaltigkeit bei der Bewirtschaftung. Ökoprodukte sind durch höheren Personaleinsatz und geringere Erträge teurer in der Produktion. Die Bereitschaft der Kunden, höhere Preise für Lebensmittel auszugeben, entwickelt sich allerdings verhalten und nach Produktgruppen unterschiedlich. Jedes Angebot braucht eine Nachfrage, deshalb spalten wir Landwirtschaft nicht nach der Produktionsform, die sie für ihren Betrieb wählen, sondern begleiten alle Landwirte, die gesunde Nahrungsmittel, saubere Energie, mehr Tierwohl und nachhaltige Bewirtschaftung auf ihrem Hof weiterentwickeln.

2050 werden wir bis zu 10 Milliarden Menschen ernähren müssen. Deshalb müssen wir Potenziale zur Ertragssteigerung identifizieren und möglichst umweltverträglich einsetzen. Unsere Politik in den Jahren 2021-2026 wird dies noch stärker würdigen.
Die Bauern suchen aus eigenem Antrieb Wege, die fachliche Praxis zu verbessern, um die Landwirtschaft noch näher mit ambitionierten Umweltzielen in Einklang zu bringen. Freiwillige

Blühstreifen-Projekte, ein Besatz von 48 % der rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsfläche, u.a. mit AUKM, also Agrarumwelt-, Klima- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen, zeigen dies auf.

Nichts wird besser, wenn wir uns in %-Zahlen beim Ausbau der ökologischen Flächen überbieten, aber alles wird schlechter, wenn wir auf Dauer aus dem Blick verlieren, welche beträchtlichen Beiträge die gesamte Landwirtschaft in den letzten Jahren erbracht hat und wir ihr nicht Chance und Anerkennung geben, diesen Weg in der Zukunft fortzuführen. Biologische Wirtschaftsweisen würdigen, ohne die restlichen 90 % der Berufskollegen in ihrem Streben nach Fortschritt und Verbesserung zu diskreditieren – das ist unser Anspruch. Für uns ist deshalb der größte Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit, alle Landwirte dabei zu unterstützen, ihre Potentiale weiterzuentwickeln.

Wir denken die Vermarktung regionaler Lebensmittel ganzheitlich. Vom regionalen Anbau und der regionalen Aufzucht, von der regionalen Produktion und Vermarktung bis hin zum regionalen Genuss: Für uns Freie Demokratzen ist klar: “Aus der Region – für die Region“ ist die beste Unterstützung für unser Landwirtinnen und Landwirte. Daher wollen wir die bestehenden regionalen Vermarktungsstrukturen evaluieren und modernisieren.

In der Bewässerung müssen wir nach intelligenten, weil wasser- und kostensparenden Methoden der Wasserversorgung suchen. Denn wir wollen den Anbau von Sonderkulturen im Land erhalten und ausbauen.

Landwirtschaft und Heimat. Dorf geht nur so.

Wir brauchen alle.
Deswegen brauchen wir die Landwirtschaft. Denn: Landwirtschaft dient allen. Wir erkennen in besonderem Umfang die Leistungen und Bezüge der Landwirtschaft im Sozialraum „Dorf und ländliches Leben“ an. Wir füllen den EU-Fonds ELER und insbesondere den Programmteil LEADER mit Leben, entbürokratisieren, werben und schaffen somit Teilhabe von unten nach oben. Wir wollen zielgenaue LEADER-Projekte kontinuierlich weiter nutzen und bewerben.

Digitalisierung der Landwirtschaft

Moderne Landwirtschaft. Mit Tablet in der Hand und Schwielen an den Fingern.
Der Begriff der modernen Landwirtschaft wird zu schnell auf die Schlagworte „Digitalisierung“ und "Smart Farming" verkürzt. Moderne Landwirtschaft ist mehr als Tablet und GPS. Moderne Landwirtschaft verbindet Tradition und Moderne, Erfahrung und neues Wissen. Landwirtschaft ist damit identitätsstiftend für Dorf, ländliches Leben und Gemeinschaft. Eine moderne, digital unterstützte Landwirtschaft trägt entscheidend dazu bei, den Einsatz von Ressourcen standortangepasst zu optimieren und zu reduzieren. Das ist unser Weg anstelle pauschaler und willkürlicher Quoten zur Senkung von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln.

Wir wissen von was wir reden, denn Rheinland-Pfalz hat bei der digitalen Transformation der Landwirtschaft und des Weinbaus mit seinen Landwirten, seinen Verwaltungs- und Beratungseinheiten und der Innovationskraft der mittelständischen wie auch agro-industriellen Betriebe viele Alleinstellungsmerkmale im bundesweiten Vergleich.

Die „GeoBox-Infrastruktur“, ein bundesweit einzigartiges Partnerschaftsprojekt zwischen Forschungseinrichtungen und dem Land Rheinland-Pfalz hat hier das Licht der Welt erblickt. Mit dieser Infrastruktur kann der Landwirt seine Daten sicher verwalten und sicher mit den Behörden, seinen Geschäftspartnern und Lohnunternehmen, seinen eigenen Maschinen wie auch seiner Hofsoftware austauschen.

Wetter- und sonstige Prognosedaten fließen in den Datenpool ein und dienen so auch der öffentlichen Beratung. Mit dem „GeoBox-Messenger“ wurde ein Kommunikationstool geschaffen, das auf hohem Datensicherheitsniveau die Agrarberatung reformieren wird. Die bestehenden Agrarportale wollen wir weiter ausbauen und verstärkt digitale Potenziale für die Landwirtschaft nutzbar machen.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu modernen Züchtungsmethoden (CRISP/CAS) und beteiligen uns mit diesem Anspruch an der Weiterentwicklung der Ackerbaustrategie des Bundes. Gleichzeitig sind wir aber auch feste Partnerin der Landwirtinnen und Landwirte, die auf den Nutzen chemischer Pflanzenschutzmittel vertrauen.

Sauber bleiben. Gutes Gewissen, nicht nur beim Klima.

Die Landwirtschaft darf guten Gewissens ein gutes Gewissen haben. Sie ernährt uns, produziert Rohstoffe, Baustoffe, Biomasse, Arzneigrundstoffe, Zierpflanzen. Sie hält unsere Landschaft frei, schützt sie vor Verbuschung, schafft nicht nur dadurch Biodiversität, sondern prägt Erholungslandschaften.

Sie will das Verlangen der Gesellschaft nach mehr Klimaschutz und Tierwohl, nach mehr Regionalität und Nachhaltigkeit und nach mehr Transparenz umsetzen. Dabei unterstützen wir sie.

Alle angeschnittenen Themenfelder lassen sich jedoch nicht nur durch ordnungsrechtliche Vorgaben lösen, sondern im gemeinsamen Dialog. Wir präferieren kooperative lokale Modelle, bei denen Bauern mit Naturschutzverbänden und den Leuten vor Ort zusammenarbeiten und wollen Ergebnisse aus diesen Modellversuchen in der nächsten Periode zielgerichtet umsetzen und weiter ausbauen („Niederländisches Modell“).

Wir wollen mehr Transparenz für den bewusst nachfragenden Konsumenten (Tierwohllabel, Haltungsformen etc.).

Wir fördern Innovationen auch im Energiebereich und gehen neue Wege. Bei der in Rheinland-Pfalz aufgelegten Photovoltaik-Freiflächen-VO haben wir eine echte Befristungs- und Evaluierungsklausel eingepflegt. Wir wollen am Ende der Laufzeit gemeinsam bewerten, ob die energiepolitischen Effekte die Nachteile der Entnahme von Produktionsflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung überwiegen.

Bestehende Nährstoffüberschüsse sollen durch intelligente Maßnahmen reduziert werden. Um dies zu erreichen setzen wir uns für den weiteren Ausbau unseres überprüfbaren Nitrat-Messstellennetz in Rheinland-Pfalz ein. Ebenfalls wollen wir eine differenzierte Feinabgrenzung der sogenannten „roten Gebiete“ umsetzen.

Wechselnde Wetter- und Klimabedingungen stellen die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Extremwetterlagen wie starker Niederschlag Phasen anhaltender Trockenheit sind Gefahren für den Ackerbau. Wir Freie Demokarten wollen die Landwirtinnen und Landwirte beim Risikomanagement besser unterstützen.

Daher wollen wie die die tragfähigen Konzepte der Risikovorsorge noch besser in bestehende Förder- und Beratungskulissen einbeziehen sowie bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Beratung, Förderung, Forschung

Wir stehen für eine starke staatliche Beratung in Verbindung mit einem leistungsfähigen Aus- und Weiterbildungssystem und einem modernen Versuchswesen. Der Staat muss dort aktiv werden, wo es um den optimalen Einsatz von Produktionsmitteln zur Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel bei gleichzeitigem Schutz der öffentlichen Güter Luft, Wasser und Boden geht. Der Staat kann aktiv werden, um gezielt zukunftsweisende Investitionen, Maßnahmen zur Risikovorbeugung oder strukturverbessernde Maßnahmen zu fördern. Dies gilt insbesondere für die Bodenordnung. Die Landwirte und Landwirtinnen sind als Unternehmer gefordert, die marktgerechte Produkte erzeugen und sich eigeninitiativ gegen Natur- und Vermarktungsrisiken absichern – sei es über Einrichtungen zum Schutz der Kulturen oder auf dem Versicherungsweg.

Eine anwenderbezogene Grundlagenforschung muss in enger Abstimmung mit den universitären Einrichtungen sowie den Fachhochschulen im Land gesichert und ausgebaut werden, Synergien mit Einrichtungen jenseits der Landesgrenzen sind dabei zu nutzen.

Rheinland-Pfalz, Deutschland und die EU

Wir setzen uns im Bund und in Europa für eine starke, wettbewerbsorientierte und verantwortungsbewusste Landwirtschaft ein. Dafür brauchen wir eine gut ausgestattete erste Säule, um über direkte Flächenprämien die Einhaltung hoher Standards im globalen Wettbewerb zu garantieren und zu finanzieren. Über die Mittel aus der zweiten Säule sollen darüber hinaus besondere, vertraglich abgesicherte Maßnahmen zugunsten des Natur- und Umweltschutzes honoriert werden. Eine Überfrachtung der ersten Säule mit Anforderungen, die über die gute fachliche Praxis, also die strenge Fachgesetzgebung hinausgehen lehnen wir ab.

Wir setzen uns im Bund und in Europa ferner dafür ein, dass EU-Maßgaben 1:1 umgesetzt und nicht national getoppt werden. Landwirte müssen europaweit unter vergleichbaren Bedingungen wirtschaften können, um Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen. Das gilt für Umwelt- aber auch für soziale Standards. Ansonsten wandert die Produktion in die Regionen mit den niedrigsten Standards – das können wir nicht wollen und das dürfen wir nicht zulassen.

Schließlich arbeiten wir daran, dass Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel europaweit vereinheitlicht und deutlich beschleunigt werden. Der Klimawandel und mit ihm das Vordringen neuer Schadorganismen in unsere Breiten warten nicht auf uns. Hier müssen wir unsere Industrie in die Lage versetzen, den Produzenten angemessene Mittel zur Kontrolle an die Hand geben.

Rheinland-Pfalz als Waldland erhalten

Rheinland-Pfalz ist Waldland Nr. 1 in Deutschland. Gut 42 Prozent der Landesfläche sind bewaldet. Dadurch ergeben sich Chancen und Herausforderungen zugleich.

Als Garant für ein stabiles und vielfältiges Ökosystem nimmt der Wald eine wichtige Aufgabe war. Zudem ist er als wirksamer CO2-Speicher ein wichtiger Verbündeter bei der Bewältigung des Klimawandels. Einer intakten und leistungsfähigen Forstwirtschaft kommt bei der Pflege des wichtigen Ökosystems eine wichtige Rolle zu.

Gleichzeitig erfüllt der Wald eine wichtige Rolle als Naherholungsgebiet. Unsere vielfältige Wald- und Forststruktur ist eine bedeutsame Stütze des Tourismuslands Rheinland-Pfalz.

Der Erhalt unseres Waldes ist einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Unser Ziel ist es, durch eine angemessene sowie zielgerichtete Förderung im Rahmen von Waldumbau- und

Aufforstungsprogrammen die Forstwirtinnen und Forstwirte finanziell zu unterstützen. Hierfür ist ein vereinfachtes und niedrigschwelliges Antragsverfahren notwendig. Die Gegenfinanzierung etwaiger Mehrausgaben kann über einen Waldfonds erfolgen.

Der Wald leistet als bedeutender CO2-Speicher einen großen Beitrag für den Klimaschutz. Um die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes attraktiv zu halten, wollen wir eine Wald-Klima-Prämie einführen.

Wir Freie Demokraten bekennen uns gleichermaßen zur staatlichen und privaten Holzvermarktung. Mit rund 50.000 Arbeitsplätzen ist die Holz- und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz ein bedeutsamer Arbeitgeber.

Wir wollen, dass die Forstämter weiterhin mit qualifiziertem Personal und bester materieller Ausstattung bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden.

Ebenfalls setzten wir uns für Reformen des Jagdgesetzes und der Jagdverordnungen ein. Damit wollen wir sicherstellen, dass Wildpopulation im Sinne unseres Waldes effektiver kontrolliert werden können. Dadurch kann der Erfolg notwendiger Aufforstungen verbessert werden.

Forstwirtschaft

Wir unterstützen eine multifunktionale Forstwirtschaft, die durch naturnahe Bewirtschaftungsformen ordnungsgemäß und nachhaltig ist. Wir Freie Demokraten unterstützen das Nachpflanzen von Bäumen, die besser mit den sich ändernden klimatischen Bedingungen und auch mit der immer häufiger auftretenden Trockenheit besser zurechtkommen.

Die Holzvermarktung ist für die Forstwirtschaft von zentraler Bedeutung. Um den Verkauf unseres Holzes nach der notwendig gewordenen Neustrukturierung der Holzvermarktung weiterhin effektiv und für alle Akteure gewinnbringend organisieren zu können, werden wir den Wandel des Vermarktungswesens positiv begleiten. Dies bedeutet, dass wir die waldbesitzenden Kommunen beim Aufbau der neuen Strukturen für die Holzvermarktung unterstützen und fördern wollen.

Jagd als Garant für nachhaltigen Arten- und Naturschutz

Die Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz tragen wesentlich zu einem funktionierenden Arten- und Naturschutz bei. Durch die wirksame Regulation von Wildbeständen leistet die Jagd einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz des Ökosystems. Ebenfalls unterstützt die Jagd nachhaltig die Balance der Ökosystems. Dies ist vor allem in einem wald- und naturreichen Land wie Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung.

Die Rückkehr des Raubtiers Wolf verunsichert viele Menschen in Deutschland. Vor bei allem Tierhalterinnen und Tierhalten wachsen die Sorgen. Inzwischen stellt der Wolf auch in Rheinland-Pfalz viele Landwirtinnen und Landwirte vor große Herausforderungen. Wir Freie Demokraten wollen die Betroffenen dabei unterstützen, sinnvolle (bauliche) Präventionsmaßnahmen zum Schutze ihrer Tierbestände umsetzen zu können. Dazu gehört auch, dass das Land Förderungen in auskömmlicher finanzieller Höhe bereitstellt.

Darüber hinaus wollen wir Regelungen schaffen, die rechtssichere Entnahmen auffälliger Wölfe ermöglichen. Zudem wollen wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass der Wolf in das Jagdrecht aufgenommen werden kann.

Konkret setzen wir Freie Demokraten uns für einen Wegfall der sog. rotwildfreien Gebiete in der Pfalz, insbesondere im südlichen Pfälzer Wald, ein und wollen überprüfen, ob auch in ganz Rheinland-Pfalz eine Ausweisung rotwildfreier Gebiete noch fach- und zeitgemäß ist, insbesondere angesichts der Debatte um das zu novellierende Landesjagdgesetz.

Außerdem wollen wir ernsthaft überprüfen, welche Einnahmemöglichkeiten und Kostenersparnisse mit einer gänzlichen oder teilweisen Verpachtung der Staatsjagden in Rheinland-Pfalz entstehen können, unter Aufrechterhaltung sämtlicher Jagdziele und Schutz- wie auch Teilhabefunktionen des Waldes.

Wir Freie Demokraten sind die festen Partner der Jägerinnen und Jäger. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Jagdgesetze stets auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Kapitel 13: Weinbau

Rheinland-Pfalz ist das Weinbauland Nr. 1 in Deutschland. Der Weinbau in unserem Bundesland hat sowohl ökonomisch, als auch ökologisch, sozial und kulturell eine herausragende Bedeutung. Liberale Weinbaupolitik heißt zuerst einmal: Vertrauen haben in die Winzerinnen und Winzer und Vertrauen haben in die ganze Weinbranche.

Die Freien Demokraten haben den Prozess der Gründung sog. Schutzgemeinschaften in der Weinbranche motivierend und engagiert mitgestaltet. Sie lässt damit den Akteuren des Weinsektors Gestaltungsspielräume, die weitere Profilierung ihrer „Lebensader Wein“ und damit auch dessen Vermarktung eigenverantwortlich zu regeln. Dabei unterstützt sie die mehrstufigen Qualitätsmodelle im Rahmen geschützter Herkunftsbezeichnungen. Insgesamt muss das Weinbezeichnungsrecht für den Verbraucher noch verständlicher und transparenter werden: je präziser die Herkunftsbezeichnung, desto höher muss die Qualität im Glase sein.

Wir Freien Demokraten haben einen Branchendialog angeschoben, um die Protagonisten dabei zu unterstützen, mit einem neuen Markenverständnis, insbesondere im Rahmen der internationalen Vermarktung rheinland-pfälzischer Weine, Plätze in den Supermarkt-Regalen zurückzugewinnen. Wir binden die „Marke Wein“ in das einheitliche rheinland-pfälzische Standort- und Tourismusmarketingkonzept ein und schaffen so ein ganzheitliches synergetisches Erscheinungsbild.

Durch unsere Beratungsangebote, durch Wissens- und Technologietransfer zwischen Unternehmen, Schulen, Universitäten, Verbänden und Winzern bringen wir Theorie und Praxis zusammen. Durch unsere auf Innovationen und Investitionen ausgerichtete Förderpolitik stellen wir die Weichen für eine resiliente und nachhaltige Entwicklung des Weinbaus in Rheinland-Pfalz.

Für die Zukunft sind diese Mechanismen der Eigenverantwortlichkeit weiterzuentwickeln. Unter klaren, positiven Vorzeichen arbeitende Unternehmen haben schon durch dieses Netzwerk und diese innere Struktur die besten Voraussetzungen, den immanenten klimatischen, betriebs- wie auch volkswirtschaftlichen Risiken zu begegnen.

Das Bekenntnis der Branche zu eigenverantwortlichem Handeln ist der beste Weg, den immer höher werdenden Anforderungen der Gesellschaft an den ressourcenschonenden Einsatz von Dünge- wie auch Pflanzenschutzmitteln Rechnung zu tragen.

Der Steillagenweinbau ist eine der prägendsten Kulturlandschaften unseres Landes. Der Anbau und die Bewirtschaftung der Reben in den Steillagen stellen die Winzerinnen und Winzer vor große Herausforderungen. Unser Ziel ist es, den Weinbau in den Steillagen bestmöglich zu unterstützen. Dabei kommen modernen und digitalen Anwendungen besondere Rollen zu.
So wollen wir den Einsatz von Drohnen zu Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln schnellstmöglich zur Marktreife bringen und die notwendigen regulativen Voraussetzungen schaffen. Auf Initiative der Freien Demokraten hat Rheinland-Pfalz die ersten notwendigen Schritte bereits gemacht. Den bislang erfolgreichen Weg wollen wir nun fortsetzen.

Die Anerkennung des rheinland-pfälzischen Weinbaus als immaterielles Weltkulturerbe unterstützen wir ausdrücklich. Den weiteren Prozess bis zur Anerkennung des Kulturguts Wein werden wir konstruktiv begleiten.

Die Klimaveränderungen machen sich auch im Weinbau bemerkbar. Sie stellen die Branche vor Herausforderungen, denen wir konsequent begegnen werden. Insbesondere durch moderne und innovative Wassermanagementsysteme, die Anpflanzung pilzwiderstandsfähiger Rebsorten sowie

durch die Umsetzung wirksamer Pflanzenschutzstrategien wollen wir den Weinbau in Rheinland-Pfalz zukunftsfähig halten.

Gleichzeitig wollen wir die Forschung, das Versuchswesen sowie die hochwertige Beratung in der Weinbranche erhalten und fortführen. Die Lehre ist auf dem schon jetzt erreichten hohen Niveau zu verstetigen.

Der rheinland-pfälzische Wein ist ein Produkt von internationaler Spitzenqualität. Rund um den Globus genießen die Menschen die Weine aus unserem Bundesland. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft möglich ist. Daher setzen wir uns für den Abbau von Handelshemmnissen und für freien Handelswege ein. Der rheinland-pfälzische Wein ist einer der besten Botschafter unseres Landes. Daher wollen wir das internationale Wein-Marketing konsequent weiterentwickeln.

Kapitel 14: Umwelt

Denken wir neu in der Umweltpolitik

Zwar ist im Umweltschutz manches erreicht worden, damit wollen wir uns allerdings nicht zufriedengeben, zumal neue Herausforderungen, wie durch den Ausbau erneuerbarer Energien, hinzukommen. Wir setzen auf einen intelligenten Umweltschutz, auf kooperative Formen, wie zum Beispiel den Vertragsnaturschutz. Auch in der Umweltpolitik wollen wir die Menschen nicht gängeln, sondern überzeugen.

Umweltschutz durch Innovation und Forschung

Die Freien Demokraten stehen für eine Umweltpolitik, die von Vernunft geleitet ist. Wir treffen Entscheidungen nicht auf der Basis von Ideologie. Für uns zählen Fakten und die Kraft des sachlichen Arguments. Wir bringen die berechtigten Interessen der Menschen, der Landwirtschaft und unserer Unternehmen in den Einklang mit ökologischen Notwendigkeiten. Unsere Umweltpolitik setzt nicht auf Verbote. Statt Paragraphen, Vorschriften und Gesetze zu verschärfen, investieren wir in Forschung und Entwicklung. Der beste Umweltschutz gelingt durch maximalen Erhalt der natürlichen Ressourcen durch die permanente Weiterentwicklung von Technologie und Innovation. Der Erhalt der Biodiversität dient nicht nur dem Naturschutz selbst, sondern auch der Bewahrung zukünftiger Möglichkeiten, Vorbilder der Natur nachzuahmen und natürliche Rohstoffe zu nutzen, von denen wir heute noch nicht wissen, dass wir sie gebrauchen können.

Der Schutz unserer Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Es ist die Verantwortung von uns allen, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Enkel in einem intakten Ökosystem aufwachsen können. Der Erhalt der Artenvielfalt, die Pflege unseres Waldes, der verantwortungsvolle Umgang mit Agrarflächen und die stetige Verbesserung der Wasserqualität stehen in unserer Umweltpolitik im besonderen Fokus.

Regenerative Energien spielen im Energiemix der Zukunft eine wichtige Rolle. Daher ist es von besonderer Bedeutung, den weiteren Ausbau dieser Form der Energieerzeugung in geordnete Bahnen zu lenken. Dazu gehört es auch, die Forschung im Bereich der Speichertechnologien weiter auszubauen und entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Nur mit leistungsfähigen Stromspeichern kann es gelingen, regenerativ produzierte Energie über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich nutzbar zu machen. Hierzu gehören zum Beispiel die umweltfreundliche Speicherung von Sonnen und Windenergie durch Wasserstoff, Organic-Flow Batterien, oder sonstiger vergleichbarer Technologien, die stetig weiterentwickelt und optimiert werden.

Auch die weitere Erforschung und Nutzung von Mikroalgen oder Bakterien eröffnet uns neue Möglichkeiten nahezu unbegrenzt über Rohstoffe für die Nahrungsmittel-, Kosmetik-, Pharmaindustrie oder auch zur Herstellung alternativer Kraftstoffe, Kunststoffe und vielem mehr verfügen zu können. Der Stand der Technik solcher Verfahren und deren Produktionsprozesse ist bereits heute schon auf einem ausgereiften Niveau und schafft durch Fortschritt und Innnovation die Basis für die Vereinbarkeit von nachhaltiger Ökologie und Ökonomie.

Die Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Dadurch steigern wir nicht nur die Lebensqualität in den urbanen Bereichen unseres Landes, sondern wir sorgen gleichzeitig auch dafür, Fahrverbote zu vermeiden. Dabei schließen sich individuelle Mobilität und Umweltschutz nicht gegenseitig aus. Wir setzen uns dafür ein, die ÖPNV-Flotten zu modernisieren und auf umweltschonende Antriebstechniken umzustellen. Dabei sind wir auf keine spezielle Antriebstechnik fokussiert, sondern technologieoffen. Gleichzeitig wollen wir den innerstädtischen Verkehr mit smarten und digitalen Verkehrsleitsystemen effizienter machen und

somit den Schadstoffausstoß reduzieren. Ebenso wollen wir das Prinzip der „Grünen Welle“ in unseren Städten und Gemeinden flächendeckend einführen.
Elektronische Antriebe und Brennstoffzellen-Antriebe werden in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Der Markt für elektrisch betriebene Fahrzeuge wächst stetig und immer mehr Menschen setzen auf solche Fahrzeuge. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, setzen wir uns dafür ein, die Zahl der elektrischen Ladesäulen und der Wasserstoffladestellen in unseren Städten und Gemeinden auszubauen. Gleichzeitig muss auch die zu erwartende Masse an verbrauchten Batteriezellen vor Ort verantwortungsvoll recycelt werden. Insbesondere bei Ausbau und Sanierung von Straßen soll auch die Installation von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge berücksichtigt werden.

Abschaffung des Sonntagswaschverbotes

Die Freien Demokraten fordern die Abschaffung des Sonntagswaschverbotes.

Abfallwirtschaft

Die beste Möglichkeit unsere Ressourcen zu schonen ist Recycling. Produkte sollen so beschaffen sein, dass so wenig wie möglich davon auf dem Müll landet. Deshalb ist es erforderlich, dass bereits bei der Herstellung der Recyclingprozess stets mitgedacht wird. Dazu sollten sich die verarbeiteten Rohstoffe am Ende ihrer Produktlebensdauer wieder sortenrein voneinander trennen lassen um dann entweder erneut zur Produktion aufgearbeitet und verwendet oder aber in den Umweltkreislauf zurückgeführt werden zu können.
Die Freien Demokraten treten für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Der erreichte technische Standard soll weiter ausgebaut werden und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen genutzt werden.
Wir Freie Demokraten sehen es nicht als ein Tabu an, in den Kommunen über die Biotonne zu diskutieren. Wo die Produktion von Kompost keine ökologischen Vorteile mit sich bringt, sollte eine gemeinsame Entsorgung der Bioabfälle mit dem Hausmüll erfolgen. Die Kommunen sollen Eigenkompostierung in ihren Satzungen zulassen können, sofern diese auf dem jeweiligen privaten Grundstück ordnungsgemäß durchgeführt werden und der erzeugte Kompost verwertet werden kann. Die Sicherheit der Entsorgung ist zu gewährleisten.
Wir unterstützen private Investitionen und Vorhaben, die die umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen langfristig sicherstellen sollen, insbesondere dort, wo die öffentliche Hand diese Aufgabe nicht mehr im gebotenen Umfang wahrnehmen will und kann, und begrüßen Public-Private-Partnership Modelle (PPP), die zur Umsetzung dieses Zieles dienen.
Wir Freie Demokraten fordern, dass sich die öffentliche Hand zur Verwertung und zum Recycling von geeigneten Abfällen im Rahmen ihrer Bautätigkeit bekennt und in ihren Ausschreibungen berücksichtigt.

Natur und Stadt

Wir Freie Demokraten treten auch in den Innenstädten für Naturschutz und Rückzugsräume für kleine Wildtiere, Vögel und Insekten ein. Wir begrüßen aktuelle Trends wie Stadtimkerei auf den Dächern, Urban Gardening (Gärtnern auf städtischen Flächen) bis hin zu Vertical Farming (u.a. Pflanzenzucht im Regal). Natürliche Parks und Grünflächen wollen wir in diesem Zusammenhang, auch zu Gunsten eines besseren Klimas und zur Senkung der Temperaturen in den Innenstädten, pflegen und erhalten.
Grünflächen tragen dazu bei, dass Orte insgesamt bzw. Wohnungsgebiete positiv bewertet werden. Stadtgrün hilft, dass das Wohlbefinden steigt, Stress reduziert wird, eine raschere Genesung nach Krankheit zu beobachten ist, Erholung gefördert wird und generell das Umweltbewusstsein der

Bürger gesteigert werden kann. Von Parks und Orten profitieren insbesondere Kinder, Eltern mit jüngeren Kindern und vor allem ältere Menschen.
Es ist deshalb bei der Überarbeitung von Flächennutzungsplänen, bzw. dem Ausweisen von Bau- und Gewerbegebieten auf ein ausgewogenes Konzept von Flächenversiegelung und Grünplanung zu achten. Stadtplanung ist auch Grünplanung.

Moderner Umweltschutz nur im Einklang mit der Landwirtschaft

Der ländliche Raum ist für uns ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens- und Entwicklungsraum. Er ist keine „Restfläche" für Wasserschutzzonen und ökologische Ausgleichsräume.
Durch staatliches Handeln dürfen Eigentumsrechte nicht ersatzlos verloren gehen. Sozialbindung darf nicht zur Nutzungsenteignung führen. Auflagen und Gebote der Umwelt- und Naturschutzpolitik, die nicht fachlich begründet und gerechtfertigt sind, sind aufzuheben. Es muss zu einem fairen Interessenausgleich nach dem Prinzip des Gebens und Nehmens mit den Nutzern der Flächen kommen.
Das Prinzip „Pflege durch Nutzung" muss weiter ausgebaut und in stärkerem Umfang angewandt werden, damit die landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Händen der Bäuerinnen und Bauern bleiben. Vertragsnaturschutz hat für uns Freie Demokraten eindeutig Vorrang gegenüber ordnungspolitischen Maßnahmen. Die gute landwirtschaftliche Praxis muss im Sinne der naturschutzfachlichen Anforderungen des Bundesnaturschutzgesetzes als gesetzeskonform gelten.
Wir Freie Demokraten stehen zu unserer Verantwortung für den Umwelt- und Naturschutz; vernünftiger Umweltschutz muss realistisch und realisierbar sein. Nachhaltigkeit kann dabei nur in europäischer und internationaler Kooperation und frei von ideologischen Übertreibungen zum Erfolg geführt werden.

Daher fordern die Freien Demokraten:

- Die Nutzung von Ökokonten zu unterstützen, um sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen zu erreichen, durch ökologisch und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungskonzepte mit der Land- und Forstwirtschaft die Kulturlandschaft zu pflegen und weiter zu entwickeln.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete insbesondere durch Vertragsnaturschutz mit den örtlichen Land- und Forstwirten sowie den Fischern und Jägern nachhaltig zu erhalten. Damit soll die ökologisch wertvolle Kulturlandschaft gepflegt werden.
- Eine weitere Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes auf Landesebene durch weitergehende Landesgesetze lehnen die Freien Demokraten im Interesse der innerstädtischen Entwicklung und der Bauleitplanung ab.

Hochwasserschutzprogramme fortführen

Wegen der klimatischen Veränderungen und den damit einhergehenden Veränderungen des Abflussverhaltens sollen die erfolgreichen Hochwasserschutzprogramme landesweit fortgesetzt werden. Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen, die örtlich begrenzt erforderlich werden können, ein. Das Prinzip, die vorhandenen Überflutungs- bzw. Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden, zu prüfen sind erforderliche Erweiterungen. Die Vermeidung von Versiegelung ist zu prüfen.

Wasserqualität erhalten und verbessern

Wir wollen das Trinkwasser in der gewohnten besten Qualität und ausreichenden Menge in Rheinland-Pfalz erhalten wissen; darum hat vorsorgendes Denken für die Freien Demokraten nach

wie vor höchste Priorität. Eine nachhaltige Sicherung ist nur dann möglich, wenn insbesondere das Grundwasser flächendeckend vor Verunreinigungen geschützt wird. Deshalb müssen Einträge (z. B. aus Landwirtschaft, Industrie, Bergbau sowie Pharmazie) immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt. Es gilt das Verursacherprinzip. Die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Trinkwasser sind als eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung zu belassen. Dies gilt ebenso für die kommunalen Mineralquellen in Rheinland-Pfalz.

Kapitel 15: Bauwesen, Raumordnung und Städtewesen

Wir Freie Demokraten stehen für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben. Wir wollen Lebens- und Wohnqualität in Stadt- und Land. In urbanen Verdichtungsräumen wollen wir Grünflächen für ein gutes Stadtklima sowie attraktive Freizeitmöglichkeiten erhalten und einer weiteren Flächenversiegelung in den Innenbereichen entgegentreten. Gleichzeitig muss die Erreichbarkeit durch attraktive Verkehrsanbindungen erhalten und entsprechend den heutigen Anforderungen ausgebaut werden. Wir Freie Demokraten setzen auf eine ausgewogene Baupolitik, bei der Umweltbelange ebenso berücksichtigt werden wie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Unser Ziel ist es, den Zugang zum Eigenheim möglichst vielen Menschen zu ermöglichen. Wir Freie Demokraten setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt ein.

Politik für ländliche Räume

Die Situation der ländlichen Räume ist häufig durch zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, einen kritischen Arbeitsmarkt, geringe Kaufkraft und die Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen gekennzeichnet. Die Abnahme der Bevölkerung im ländlichen Raum, nicht zuletzt der demographische Wandel hin zu einer überalternden Gesellschaft, führt zur infrastrukturellen Ausblutung in vielen Bereichen.
Die Politik hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufgabe, diesen Trends entgegenzuwirken und die Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu entwickeln. Mittel- und Kleinzentren spielen dabei eine bedeutende Rolle.
Wir Freie Demokraten unterstützen deshalb in den Regionen Kooperationen, Partnerschaften und interkommunale Projekte zur Entwicklung gemeinsamer Ziele und Handlungsfelder. Die Entwicklung regionaler Zusammenschlüsse - wirtschaftlich, kulturell und sozial – wird entscheidend sein, um die Attraktivität ländlicher Räume gerade für junge Menschen zu steigern.
Auch Dank des großen Engagements einiger Gemeinden, meist in Zusammenarbeit mit den Vereinen und engagierten Teilen der Bevölkerung, wurden erfolgreich Projekte und Maßnahmen gegen Abwanderungstendenzen und für die Steigerung der Attraktivität der Gemeinden ergriffen. Solch beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement wollen wir Freie Demokraten unterstützen und fördern.

Liberale Politik für ländliche Räume orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

- Unterstützung regionaler Entwicklungskonzepte, die an vorhandene Potentiale anknüpfen und Angebote für Arbeit, Versorgung und Bildung, möglichst wohnortnah, bereitstellen.
- Ausreichende Erschließung für den Individualverkehr ist eine grundlegende Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.
- Mobilitätsangebote durch den ÖPNV sind als Grundgerüst zu gewährleisten. Darüber hinaus fördern wir flexible Mobilitätssysteme, Verknüpfung mit privaten Angeboten, Bürgerbusse, Anruf-Sammeltaxis (näheres siehe Programmteil Verkehr).
- Stärkere Verknüpfung der europäischen und nationalen Förderprogramme mit konkreten regionalen Entwicklungszielen.
- Stärkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft sowie des Anbaus von Sonderkulturen (z. B. Wein).
- Stärkung der Zusammenarbeit von Landschaftspflege und Agrarwirtschaft.

- Unterstützung bei der Entwicklung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Angebote mit hoher regionaler Wertschöpfung. Dies gilt für Industrie, Landwirtschaft und Tourismus gleichermaßen.
- Sanierung und Stärkung der Ortskerne.
- Verstärkte Anreize zu Investitionen in Breitbandnetze.
- Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU´s) durch Beratung und Hilfestellung, Fachkräftesicherung, Stärkung des Technologietransfers in ländliche Räume, Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Universitäten.
- Erhalt der medizinischen Grundversorgung und pflegerischer Grundleistungen wohnortnah. Stärkere Arbeitsteilung zwischen kleineren Krankenhäusern bei anspruchsvolleren medizinischen Behandlungen.
- Erhalt der schulischen Basisversorgung möglichst wohnortnah.

Unsere Städte leben aber nicht vom Wohnen ihrer Bürgerinnen und Bürger alleine. Verkehrs- und Bauplanung dürfen deshalb nicht nur auf die Wohnbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden. Wenn nämlich die wirtschaftliche Weiterentwicklung, etwa durch Unternehmensansiedlungen ihre Bedeutung verliert, verlieren unsere Städte an Attraktivität für junge Generationen. Außerdem sinken ihre Steuereinnahmen und damit die Gestaltungsspielräume.

Unsere Städte leben von einer attraktiven Durchmischung. Sie bieten Raum zum Wohnen, Arbeiten und für die Freizeit.

Durch die rechtzeitige Ausweisung von Kerngebieten und urbanen Gebieten, die jeweils höhere Immissionsrichtwerte für Lärm gegenüber allgemeinen Wohngebieten und reinen Wohngebieten erlauben, haben die Städte dazu die entsprechenden Handlungsspielräume, die es auszuschöpfen gilt. Alteingesessene Betriebe sollen hinsichtlich ihrer Lärmimmissionen gegenüber neu hinzugekommener Wohnbebauung besonderen Bestandsschutz genießen, der auch bei Wechsel des Eigentümers oder des Betreibers bestehen bleibt. Im Zweifel sind dem geplanten Wohnungsneubau entsprechend erhöhte Auflagen zum Schallschutz zu machen.

Die Funktion der Stadt erhalten

Das System Stadt funktioniert seit Jahrtausenden als der Ort vom Austausch von Waren und Dienstleistungen, Produktion und Handel mit den Regionen, die über die unterschiedlichsten Verkehrswege mit der Stadt verbunden sind. Wenn wir somit das Herz einer Stadt als Marktplatz begreifen, dann sind die Verkehrsadern die Blutkreisläufe, die dieses Herz schlagen lassen.

Eine Verkehrspolitik die vorrangig auf die Reduzierung des Einzugsgebiets einer Stadt durch Verdrängung des Individualverkehrs aus dem Umland abzielt hat zur Folge, dass dieser Marktplatz an Attraktivität und Frequenz verliert. In Folge dessen sinken Umsätze und Arbeitsplätze. Die Zentralitätskennziffer sinkt.

Denn die Stadt lebt nicht vom Wohnen ihrer Bürgerinnen und Bürger alleine. Die aktuelle politische Entwicklung, dass sich Verkehrs- und Bauplanung nahezu ausschließlich auf die reinen Wohnbedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger fokussiert, während die wirtschaftliche Weiterentwicklung durch Unternehmensansiedlungen ihre Bedeutung verliert, verfolgen wir Freien Demokraten mit Sorge. Wer glaubt, dass ein Job in der Verwaltung oder bei der öffentlichen Hand ausreicht, um auf Dauer das System Stadt mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten, verkennt die Problematik. Denn all diese Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich würden dann ausschließlich finanziert über die Steuereinnahmen und Gelder der Menschen, die davon leben wollen.

Um den steigenden Mietpreisen zu begegnen, setzen wir auf Anreizsysteme, um den bestehenden Wohnungsbestand zu erhöhen. Hierzu können insbesondere Aufstockungsmaßnahmen von Gebäuden in den Gebieten herangezogen werden, in denen es keine einheitlichen Gebäudehöhen gibt. Neben der Möglichkeit, durch vereinfachte Genehmigungsverfahren Dachausbauten und ggf. auch Aufstockungen zu genehmigen, soll auch das Aufteilen sehr großer Wohnungen in zwei oder drei Wohneinheiten baurechtlich ermöglicht werden, ohne unnötige zusätzliche bürokratische Hürden (wie z.B. den Nachweis von Parkplätzen) aufzubauen.

Gerade ältere, alleinstehende Menschen erhalten dadurch die Möglichkeit, Teile ihres Eigentums zu vermieten. Menschen, die altersbedingt oder aufgrund von Beeinträchtigungen nicht in der Lage sind, selbstständig umzuziehen, wollen wir dabei unterstützen. Hierzu wollen wir Anlaufstellen einrichten, die ihnen bei der Suche nach neuem Wohnraum und dem Umzug dorthin helfen. Wir wollen für sie einen vertrauensvollen und seriösen Service aus einer Hand schaffen.

Umgekehrt achten und schützen wir aber auch das Recht älterer Menschen, selbstbestimmt in den Räumen zu leben, in denen sie leben wollen. Dabei darf es keine Rolle spielen, wie groß der von älteren Menschen genutzte Wohnraum ist.
In den Fällen, in denen es in den Innenstädten kaum noch bestehende Brach- oder Entwicklungsflächen mehr gibt, ist der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ aufzuheben. In diesen Fällen sollen Städte auch wieder in den Randbereichen wachsen dürfen. Dies schafft Entwicklungsperspektiven für die Städte und entschärft den Preisdruck auf Mieten und Kaufpreise für Grundstücke und
Wohnungen.

Zur Außenentwicklung gehört ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr. Bei zügiger und sicherer Erreichbarkeit der Stadtzentren siedeln manche Bürger gerne in den angrenzenden Landgemeinden an.

Attraktiver Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten

Städte bemühen sich um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, Startups und Freiberuflern. Die Entscheidung für einen Standort wird auch aufgrund „weicher“ Faktoren entschieden. Hierzu zählen neben einem attraktiven Wohnungsangebot auch ein attraktives Umfeld für potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Familien.

Wir Freie Demokraten unterstützen das Schaffen von Wohneigentum für alle Personenkreise. Dazu gehören neben Eigentumswohnungen auch Ein- und Mehrfamilienhäuser. Im Zuge der Überarbeitung von Flächennutzungsplänen müssen Baugebiete entsprechend auch für den Bau von Einfamilienhäusern ausgewiesen werden. Bebauungspläne sind so flexibel zu gestalten, dass sie aufgrund von Grundstücksgröße, Geschosszahl etc. den unterschiedlichsten Bedürfnissen gerecht werden. Nicht nur Mietwohnungsbau darf Eingang in die Planungen finden, sondern insbesondere auch der Bau des Eigenheims, das häufig dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger entspricht. Bei der Vergabe der Bauflächen können Kommunen auch neue Wege eingeschlagen. So sollten neben Gewerbegrundstücken auch attraktive Bauplätze, für Mitarbeiterhäuser/-wohnungen geschaffen werden.

Wohnen muss bezahlbar bleiben. Bauen darf deshalb nicht durch politische Entscheidungen verteuert werden, ansonsten steigen zwangsläufig auch die Mieten. Gerade in der Wohnungspolitik spielen Marktmechanismen eine große Rolle. Das beste Angebot zum niedrigsten Preis entsteht nur, wenn der Staat sich nicht an der falschen Stelle einmischt. Die Mieten sinken, wenn das Angebot steigt. Maßnahmen wie willkürliche Kappungsgrenzen, unangemessene Mietpreisbremsen, die

Erhöhung des Wohngeldes usw., begrenzen kurzfristig die Belastung im Bestand, schaffen aber keinen neuen Wohnraum. Wir Freie Demokraten lehnen jeden bürokratisch-regulativen Ansatz ab, der Bauen verteuert und Mieten in die Höhe treibt. Stattdessen muss der Wohnungsbau entbürokratisiert werden.

Dabei stehen folgende Aspekte im Vordergrund:

- Wohnen und Wohnungsbau dürfen durch Belastungen und Abgaben für Wohnungsbauunternehmen und Mieter (z.B. durch Gebühren, Besteuerung, EEG-Umlagen) nicht weiter verteuert werden.
- Regulatorische Eingriffe in den Wohnungsmarkt wie beispielsweise die „Mietpreisbremse“ sind abzuschaffen, um Investitionen in den Wohnungsbau zu fördern.
- Abschaffung der die Wohnbebauung begrenzenden Schwellenwerte im LEP IV.
- Wir wollen erreichen (z. B. durch steuerliche Entlastung), dass der Erwerb von Wohneigentum für möglichst viele Menschen ein realistisches Ziel bleibt.

Baukosten reduzieren

Auf allen Ebenen müssen Vorgaben und Vorschriften überprüft werden, die die Baukosten und damit die Mieten kontinuierlich in die Höhe treiben. Offenheit gegenüber der Technik soll Innovationen unterstützen, keine Festsetzungen vornehmen und stets die primärenergetische Betrachtung insgesamt bei der Energieeinsparung in den Fokus stellen. Gute Ansätze bei neuen Technologien sind zu unterstützen (Anschubfinanzierung).
Die Freien Demokraten lehnen jede gesetzliche Vorschrift ab, die den Bürgerinnen und Bürgern Investitionen vorschreibt, die diese finanziell gar nicht leisten können. Viele Hausbesitzer, deren Eigenheim möglicherweise sinnvoll saniert werden könnte, verfügen gar nicht über die finanziellen Mittel, um solche Maßnahmen nach den derzeit gültigen gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Die Vorschriften zur energetischen Sanierung dürfen niemals dazu führen, dass ältere Menschen zu einem Notverkauf ihres Hauses gezwungen werden.

Gleiche Wettbewerbsbedingungen bei Vermietungen Internetportale wie Airbnb, 9Flats oder Wimdu machen gewerblichen Zimmervermietungen Konkurrenz, ohne die Vielzahl gesetzlicher Auflagen zu erfüllen. Auch werden keine Steuern, Abgaben und Gebühren in gleicher Höhe bezahlt. Neue Geschäftsmodelle, die im Wesentlichen auf einer Umgehung gesetzlicher Vorschriften beruhen, sind mit unseren Vorstellungen von einem fairen Wettbewerb nicht vereinbar.

Wir Freie Demokraten wollen, dass bestehende und neue Geschäftsmodelle im fairen Wettbewerb miteinander stehen. Wenn und solange dies nicht der Fall ist, müssen die Kommunen geeignete Instrumente haben, um korrigierend eingreifen zu können.

Kapitel 16: Kultur

Freies Denken und Handeln macht Kultur erst möglich. Kultur verbindet, gibt Menschen und Regionen eine Identität, bedeutet Wurzel und Zukunft zugleich. Sie ist ein existenzielles Bedürfnis. Es gilt Geschaffenes zu bewahren und den Weg für Neues freizuhalten.
Das Angebot von Kunst und Kultur ist ein Indikator für Lebensqualität und Freiheit eines Staates und somit für Liberale fundamental.

Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz wollen Kultur als Basis sozialen Lebens fördern. Kulturelles Erbe, kulturelle Bildung, Theater und Musik, Bibliotheken und Mediatheken, Museen und Archive müssen jedem zugänglich sein und erhalten werden.

Die Denkmalpflege, Literatur und Lesesommer, Bildende Kunst und Jugendkunstschulen, Musik, Gesang und Musikschulen, Film und Kinolandschaft, Kirchen, Heimatpflege, soziokulturelle Einrichtungen, sowie Kleinkunstbühnen und die freien Initiativen bleiben unsere wichtigen Anliegen, genauso wie das Angebot an Kulturwanderwegen.

Besondere Unterstützung ist den Einrichtungen zu gewähren, die der Förderung junger Menschen dienen, z.B. einem flächendeckenden Angebot von Jugendkunst- und Musikschulen auf Stadt- und Kreisebene in öffentlicher oder privater Trägerschaft und, wo möglich mit fest angestelltem Personal.

Nach der Coronakrise bedarf es besonderer Aufmerksamkeit und Anstrengung, um die bestehenden Kulturangebote zu sichern, bzw. wieder zu beleben. Auch den freien Kulturschaffenden ist die Weiterarbeit zu gewährleisten.

Die Situation nach der Pandemiezeit macht Forderungen nach finanzieller Unterstützung nicht gerade leichter. Jedoch bietet sie auch neue Erkenntnisse mit neuem Ideenreichtum für unser Land, was wir nutzen sollten.

Die Steuereinbrüche in den Kommunen sind eine besondere Gefahr für die Kulturangebote vor Ort. Gerade auch darum sollen kulturelle Leistungen der Kommunen, wie z.B. Musikschulen, Bibliotheken und repräsentative Museen zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung und der Finanzhoheit zählen. Ein bestimmter Prozentsatz vom Haushalt muss den Kommunen für kulturelle Aufgaben zur Verfügung stehen, ohne dass die Kommunalaufsicht bei defizitärem Haushalt bei diesen freiwilligen Leistungen Einsparungen einfordern kann. Kultur muss als kommunale Aufgabe angeboten und erhalten werden.

Das Angebot von Kunst und Kultur ist Magnet für Wirtschaftsansiedlungen und auch als wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor mit vielen Arbeitsplätzen zu sichern.
Gekürzte Kulturausgaben sind nicht hinnehmbar. Die Forderung nach einer Enquete-Kommission „Kultur“ in Rheinland-Pfalz und die Verabschiedung eines Kulturfördergesetzes in der nächsten Legislaturperiode sind richtige und zukunftsweisende Wege, Kultur in unserem Land und auch im bundesweiten Vergleich in eine vordere Position zu bringen.
Ein reiches, vielfältiges und offenes Kulturleben in unserem Land ist ein besonderes Aushängeschild.

Ein weiterer Aspekt ist die Umgangskultur. Kultur bedeutet auch, den Menschen wichtig zu nehmen.

Das zeigt sich vor allem in den verbalen Ergüssen in den sozialen Medien, die ungehemmt voll von Hass, Beleidigungen, Diffamierungen, Lügen, Falschaussagen, Bedrohungen bis hin zu Morddrohungen sind. Und meistens alles anonym. Respekt und Wertschätzung gehen immer mehr

verloren. Sehr stark davon betroffen sind auch Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, die sich also für die Gesellschaft einbringen.

Wenn z. B. Bürgermeister oder Ratsmitglieder nur noch mit Drohungen leben müssen, wird es eines Tages niemanden mehr geben, der sich hierfür zur Wahl stellt. Rettungskräfte, Feuerwehren und Polizei werden bei der Ausübung ihres Jobs behindert oder sogar angegriffen. Rettungswege werden blockiert oder nicht freigemacht. Polizisten werden massiv körperlich angegriffen. Teile unserer Gesellschaft wollen verhindern, dass anderen geholfen wird. Das alles hat eine ganz neue Qualität mit riesigen negativen Folgen.

Wir müssen wieder zurückkommen zu einem fairen Miteinander wo Respekt und Wertschätzung gelebt werden.

Kapitel 17: Kirche

Die Prägekraft der Kirchen muss zur Entwicklung unserer Gesellschaft und zum Schutz unserer Grundordnung beitragen. Eine liberale Bürgergesellschaft braucht das Engagement von Bürgern und Bürgerinnen vornehmlich in der Familie und Nachbarschaft, Vereinen, Initiativen sowie unseren so wichtigen Kirchengemeinschaften.

Kirchen und Religionsgemeinschaften engagieren sich vielfältig in erzieherischen, bildenden und sozialen Bereichen. Sie tragen damit zur Vielfalt in unserer Gesellschaft und zur Gewissensbildung bei. Ihre Einrichtungen werden durch Respekt und Toleranz geprägt. Sie zielen ab auf die freibestimmte, verantwortungsbewusste Teilhabe an der Gesellschaft.

In Anerkennung dieses positiven Beitrags zur Entwicklung unserer Gesellschaft unterstützen die Freien Demokraten dieses kirchliche Engagement. Liberale und Vertreter der Religionen wollen Gemeinsamkeiten entdecken und pflegen: Liberale und Christen, Juden, Moslems und andere Religionsgemeinschaften engagieren sich, sind bereit Verantwortung für die offene Gesellschaft zu übernehmen.

Kapitel 18: Digitale Transformation, Innovation und Medien

Zukunft wird bei uns gemacht: Digitale Transformation und Innovation für Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist im Wandel. Angetrieben von Wissensdurst, Ideenreichtum und Erfindergeist verändern sich nicht nur ganze Wirtschaftszweige in rasantem Tempo, sondern auch die Art wie wir arbeiten, leben und unseren Alltag bestreiten. Der digitale und technologische Fortschritt bewirkt dabei derart tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Staat, dass viele Lebensbereiche zu etwas ganz Neuem transformieren. Diese digitale Transformation ist die größte Umwälzung seit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Dabei stehen wir erst am Anfang und die sich eröffnenden Chancen für die Menschen scheinen grenzenlos.

Wir Freie Demokraten wollen dem Anspruch gerecht werden, dass jede Rheinland-Pfälzerin und jeder Rheinland-Pfälzer den Wandel nach den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen für sich nutzen kann. Dafür stellen wir bereits in der aktuellen Wahlperiode die richtigen Weichen und wir wollen dies in den kommenden Jahren fortführen. Denn jeder Fortschritt bietet die Chance, das Leben und den Alltag der Menschen besser und einfacher zu machen und damit mehr Selbstbestimmung und persönliche Freiheit zu schaffen. Daher richten wir unseren Blick auf die Möglichkeiten, die sich für die Menschen bieten, ohne dabei die Risiken zu vernachlässigen. Denn die Menschen in Rheinland-Pfalz stehen für uns Freie Demokraten im Mittelpunkt des digitalen Wandels. Für sie möchten wir das Land kontinuierlich zu einem der modernsten, fortschrittlichsten und innovativsten innerhalb des Bundes und der Europäischen Union weiterentwickeln.

Wir wollen neue Lösungen auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen anbieten und ein zukunftsorientiertes und technologieoffenes Mindset etablieren. Denn für uns Freie Demokraten ist klar, dass die digitale Transformation nur mit innovativen Lösungen erfolgreich gestaltet werden kann – mit Mut statt Angst und mit beherztem Machen statt Zaudern und Zögern. So schaffen wir ein nachhaltiges, modernes und innovatives Rheinland-Pfalz - für die jetzigen und die künftigen Generationen.

Digitaler Staat: Moderne Verwaltung statt staubiger Amtsstube

<u>Digitalisierte Verwaltung</u>

Durch digitale Transformation können wir Verwaltungsprozesse modernisieren, verschlanken und den Mitarbeitern erlauben, sich wieder auf die Kerntätigkeiten zu konzentrieren: den Service für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei reicht es nicht aus, nur die Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern zu digitalisieren, auch die Weiterverarbeitung des Vorgangs innerhalb der Verwaltung muss vollständig digitalisiert durchgeführt werden. Verwaltungsinterne digitalisierte Arbeitsabläufe bringen die elektronisch vorliegenden Informationen zum richtigen Sachbearbeiter und ermöglichen auch die Kommunikation zwischen Behörden. Das lästige Ausdrucken, manuelle Bearbeiten und gegebenenfalls sogar das Weiterleiten von Dokumenten per Briefpost, muss ein Ende haben. Durch digitale Prozesse werden hier Zeit und natürliche Ressourcen eingespart.

Bestehende Gesetze müssen auf ihre Anwendbarkeit durch digitalisierte Arbeitsabläufe hin überprüft und angepasst werden. Durch ein klares Zugriffsberechtigungskonzept, ist die Einhaltung der DSGVO zu realisieren. Viele Dienste werden bereits heute durch das "Nutzerkonto Rheinland-Pfalz" bereitgestellt und können schon heute durch Kommunen genutzt werden. Dieses Angebot ist weiter auszubauen, um eine einheitliche Schnittstelle zu allen Behördenleistungen bereitzustellen.

Um ihre Prozesse digitalisieren zu können, brauchen Kommunen Beratung und Unterstützung sowie qualifiziertes Personal, etwa einen Chief Information Officer (CIO), zur Steuerung der IT-Prozesse. Die digitale Transformation erfordert aber auch digitale Kenntnisse bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung. Wir setzen uns für ein Aus- und Weiterbildungsprogramm ein, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter niederschwellig in die digitale Arbeitswelt einzuführen. Hierzu zählt nicht nur die Bedienung digitaler Anwendungen, sondern insbesondere auch das Verstehen der Vorteile und Änderungen der Arbeitsabläufe (Change-Management).

IT der kommunalen Verwaltung

Durch die Zunahme von IT-Anwendungen und digitaler Arbeitsabläufen in der Verwaltung, wird der Arbeitsaufwand für die Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter der IT-Abteilungen immer größer. Der Betrieb und Support der eingesetzten Software übersteigt schon heute teilweise die Kapazitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele dieser Aufgaben lassen sich effizienter und sicherer in größeren Strukturen lösen. Daher setzen wir uns für die Errichtung von regionalen oder landesweiten Rechenzentren ein, die den Betrieb und Support einer harmonisierten Nutzung von cloud-basierter Verwaltungssoftware und Dienstleistungen bereitstellen. Damit wird die kommunale IT-Abteilung entlastet und kann sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Qualifiziertes Personal zur Steuerung und Koordinierung der IT-Prozesse in den kommunalen Verwaltungen ist unerlässlich. Weiter sollte geprüft werden, die Nutzerinnen und Nutzer über externe Dienstleister zu unterstützen.

Bürger Self-Services

Behördengänge sind für die Bürgerinnen und Bürger meist mit hohem Aufwand (Öffnungszeiten und Erreichbarkeit der kommunalen Einrichtungen) verbunden. Durch online bereitgestellte "Self-Services" können die Bürgerinnen und Bürger bequem über das Internet ihre Behördengänge durchführen. Anträge etwa für Wohnwechsel, Personalausweis oder Pass, Hundesteueranmeldung, Gewerbeanmeldung, Aufgebotsanmeldung, Fahrzeuganmeldung und -abmeldung etc., können im Internet ohne Wartezeiten und rund um die Uhr durchgeführt werden.

Diese Bürger-Services können über die Webseite der jeweiligen Gemeinde angeboten werden. Die Einrichtung solcher Bürger-Services soll vom Land mitfinanziert werden, wenn landesweit angebotene Applikationen genutzt werden. Dies reduziert die Notwendigkeit eigene individuelle Software zu betreiben, die zu mehr Kosten und Aufwand in der jeweiligen Gemeinde führen. Welche Softwarelösungen angeboten werden, könnte z.B. auf Ebene des "Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz" koordiniert werden.

Gemeindeinfrastruktur

Damit eine Gemeinde zukunftsfähig bleibt, ist es erforderlich, die Basis für die digitale Transformation zu schaffen. Daher muss bei jeder Baumaßnahme geprüft werden, ob Lehrrohre für Glasfaserleitungen oder direkt eigene Glasfaserleitungen verlegt werden können. Dies trifft vor allem dann zu, wenn die Straße für die Erneuerung von Wasser-, Gas- oder Stromleitungen geöffnet wird. Leerrohre für den Anschluss an Gebäuden, aber auch Straßenlaternen, Ampeln oder zukünftige elektronische Verkehrsschilder müssen jetzt schon berücksichtigt werden. So kann bei weiteren digitalen Ausbaumaßnahmen der Tiefbauaufwand vermieden werden.

Die erwartete zunehmende E-Mobilität der Bürger und Bürgerinnen bedingt eine leistungsfähige Infrastruktur an e-Ladesäulen in den Gemeinden. Die e-Ladesäulen müssen, entsprechend dem technischen Höchststandard, vor allem eine schnelle Aufladung ermöglichen. Lademöglichkeiten an Straßenlaternen sind zu berücksichtigen. Die Installations- und Wartungskosten sollen durch eine Abgabe an die Gemeinde im Rahmen der Preiskalkulation amortisiert werden können.

Die Bereitstellung eines kommunalen Elektrofahrradverleihsystems kann dazu führen, den Autoverkehr zu minimieren und einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Eine Abgabe an die Gemeinde kann über die Preiskalkulation der Verleihgebühr berücksichtigt werden.

Erhöhung digitaler Kompetenzen in der Gemeinde

Das Angebot digitaler Bürger Services muss so ausgestaltet werden, damit Bürgerinnen und Bürger dieses nutzen können und wollen. Die örtlichen Volkshochschulen (VHS) können über ihre Ausbildungsprogramme die Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. So können diese die digitalen Services auch nutzen. Es wird sicherlich eine Übergangszeit geben, in der alle Formen der behördlichen Service Nutzung bedient werden müssen. Eine Darstellung der Vorteile digitaler Services soll Anreize schaffen, um die Übergangszeit zu minimieren.

Die Lernangebote müssen, neben Präsenzveranstaltungen, auch online als digitale Lerneinheiten im Internet bereitgestellt werden. Durch eine mögliche Harmonisierung der Applikationen und des Betriebs in den Landesrechenzentren können Lerninhalte auch von diesen bereitgestellt werden.

Open-Data

Die öffentlichen Verwaltungen generieren, sammeln und verarbeiten eine Vielzahl an Daten. Viele dieser Informationen sind weder geheimhaltungsbedürftig, noch beinhalten sie personenbezogene Angaben. Beispiele hierfür können Vermessungsdaten, Daten zu Verkehrsflüssen, Umweltdaten etc. sein. Diese Informationen können einen Mehrwert für die Allgemeinheit darstellen, wenn sie neu aufbereitet, kuratiert und vernetzt werden. Wir brauchen daher eine Open-Data-Strategie für öffentliche Stellen, die regelt, wie Daten über einheitliche und standardisierte Schnittstellen abgerufen und von der Öffentlichkeit verwertet werden können.

Open-Source-Software

Viele öffentliche Stellen lassen individuelle Software für ihre Prozesse entwickeln. Häufig wird so an unterschiedlichen Stellen Steuergeld eingesetzt, um die gleichen Aufgaben mehrfach zu lösen. Dies ist weder effizient, noch wirtschaftlich, noch trägt es zur IT-Sicherheit bei.

Daher soll - im Sinne von "Public Money, Public Code" - Software, die in öffentlichem Auftrag entwickelt wird, grundsätzlich als Open-Source bereitgestellt sowie unter entsprechenden Lizenzen veröffentlicht werden und so der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Mit vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die öffentliche Verwaltung eine große Nutzerin einer Vielzahl an Software. Somit werden große Summen öffentlicher Gelder für die Beschaffung und Lizenzierung kommerzieller Software aufgewendet. Open-Source-Software, bei der eingesetzte Mittel einer großen Community von Nutzern und Entwicklern zugutekommt, wird häufig nicht einmal in Erwägung gezogen. Hier treten wir für einen Paradigmenwechsel ein, bei dem Open-Source-Software zum Standardfall wird und bei jeder Neubeschaffung und Neuvergabe verpflichtend geprüft und priorisiert eingesetzt werden soll.

Offenes WLAN in öffentlichen Gebäuden

In allen Einrichtungen des Landes mit Publikumsverkehr, den Verwaltungen sowie öffentlich genutzten Gebäuden, wie etwa Bürgerhäusern, soll flächendeckend freies und offenes WLAN Standard werden. Dabei sollen Synergieeffekte durch die Einbindung von Bürgerinitiativen wie "Freifunk" genutzt werden.

Effiziente Verfahren durch digitale Verwaltung

Viel zu oft müssen Bauanträge noch in Papierform eingereicht oder nach digitalem Versand ausgedruckt werden. Das muss der Vergangenheit angehören. Auch die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) erfolgt bislang nur schleppend. Die Finanzämter haben bereits gezeigt, welche Potentiale in der digitalen Transformation liegen, jetzt müssen die Bauämter nachziehen. Wir Freie Demokraten wollen ein zentrales Portal, analog zum digitalen Steuerverfahren, schaffe. Land und Kommunen müssen IT-Systeme für die Bearbeitung digitaler Bauanträge einrichten. Vor allem kleine Kommunen müssen dabei mit Know-how unterstützt werden. Konventionelle formularbasierte Genehmigungsverfahren, wie sie das Onlinezugangsgesetz vorsieht, dürfen dabei nur Übergangslösung sein. Unser Ziel sind digitale und modellbasierte Verfahren, die semi-automatisch geprüft werden können. Auch Bauleitpläne sollen in Zukunft digital erstellt, aktualisiert und bereitgestellt werden. Über eine zentrale Plattform soll die Beteiligung der Öffentlichkeit per ePartizipation schrittweise obligatorisch werden.

Mitverlegungspflicht

Die Mitverlegungspflicht im DigiNetzG verpflichtet bei öffentlich finanzierten Bauarbeiten zur bedarfsgerechten Mitverlegung geeigneter passiver Netzinfrastrukturen, ausgestattet mit Glasfaserkabeln. Die Mitverlegung soll vorrangig durch die Privatwirtschaft erfolgen. Falls allerdings eine Breitbandinfrastruktur mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s bereits vorliegt, muss bisher keine erneute Verlegung erfolgen. Diese Grenze ist nicht zeitgemäß und muss aufgehoben werden, so dass wir möglichst bald jedes Haus in Deutschland mit Glasfaser versorgen können.

Die Zukunft ist nicht nur Mega, sondern Giga: Schnelle Netze in Rheinland-Pfalz

Flächendeckende Internetversorgung

Seit 2016 wurde in Rheinland-Pfalz viel in den Ausbau des Breitbandnetzes investiert. Jedoch wächst der Bandbreitenbedarf schneller als die Ausbauaktivitäten, die auch durch nicht ausreichende Kapazitäten bei den Auftragnehmern für Tiefbau behindert werden. Dies wird dadurch verstärkt, dass häufig mehrere Anbieter die gleichen Kunden mehrfach mit Glasfasern versorgen, während andere Gebiete brachliegen. Diesem Problem wollen wir durch eine konsequente "Open Access"-Strategie auf Glasfaserleitungen entgegenwirken. Dabei stellt nur ein Anbieter - ähnlich wie beim Stromnetz - die physikalische Leitung zu den Endkunden bereit. Konkurrierende Anbieter können zu angemessenen Nutzungsentgelten ebenfalls ihre Produkte auf diesen Leitungen anbieten, wie es bereits in skandinavischen Ländern oder der Schweiz praktiziert wird.

Durch die rasant zunehmende digitale Transformation und die damit einhergehenden Anforderungen von den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und öffentlichen Institutionen ergeben sich heute schon Bandbreitenbedarfe, die durch den aktuellen Stand des Ausbaus nicht mehr gedeckt werden. Eine politisch festgelegte Minimalbandbreite kann daher auch keine Lösung sein. Wir müssen dahin kommen, dass Glasfaseranschlüsse in jeder Wohnung und jedem Haus (FTTH) zum Standard werden. Damit ist die verfügbare Bandbreite keine Frage der Technik mehr, sondern hängt nur vom individuell gebuchten Tarif ab.

Gerade Unternehmen haben hier einen besonderen Bedarf, dem wir mit gezielten Kreditangeboten Rechnung tragen wollen, die das Investment in Glasfaseranschlüsse erleichtern werden.

Mobilfunk

Die Mobilfunktechnik weist gegenüber der Versorgung über Breitband noch größere Abdeckungslöcher auf. In Rheinland-Pfalz ist es bis heute nicht störungsfrei möglich, zu telefonieren oder Daten zu übertragen. Selbst der 4G-Empfang ist in vielen Gemeinden zwar vorhanden aber mit einem eingeschränkten Empfang verbunden. Telefonieren mit der Freisprechanlage im Auto, online

Arbeiten oder Streaming während einer Zugreise sind oftmals nicht durchgängig möglich. Die Clearingstelle Mobilfunk hilft dabei sehr den Netzausbau voran zu treiben, es mangelt jedoch an finanziellen Mitteln oder dem Willen zur Umsetzung durch die kommunalen Gebietskörperschaften. Dem wollen wir durch eine Motivationsinitiative für die kommunalen Gebietskörperschaften entgegenwirken.

Land der Dichter, Denker und Roboter: Rheinland-Pfalz zum internationalen KI-Hotspot machen

KI im privaten Umfeld - Förderung von Smart Home Anwendungen

Smart-Home Lösungen können dabei helfen den Energieverbrauch zu senken. Eine niedrige Stromlast senkt die privaten Kosten und entlastet die Anforderungen an die regionalen Netze und Erzeugungskapazitäten, das heißt weniger Windräder oder größere Nutzung alternativer Energien. Weitere Nutzungsfelder sind beispielsweise Sicherheit im Haus und vorausschauende Wartung von Geräten wie Heizungsanlagen.

KI in der Verwaltung -Höhere Automatisierung von Verwaltungsabläufen

Routine und Massenaktivitäten können durch KI unterstützt besser auf individuelle Problemstellungen eingehen. Proaktiver Anstoß von Aktivitäten auf Basis der Daten, die den Behörden vorliegen. Zum Beispiel Beantragungen von Pass oder Personalausweisverlängerungen werden von der Behörde initiiert anstatt vom Bürger beantragt. Eine KI kann durch Datenkonsolidierung die Rechtmäßigkeit ermitteln. (Datenkonsolidierung meint die Daten, die den Behörden aufgrund der Rechtsprechung vorliegen.)

Aber auch die Unterstützung zur Erstellung von automatisch generierten Anträgen als Vorschlag kann den Verwaltungsmitarbeitern helfen, sie von Routinearbeiten zu entlasten. Deshalb wollen wir Freien Demokraten den sofortigen Beginn des Ausbaus kommunaler Infrastruktur als Basis für zukünftige KI-basierte Anwendungen. Damit wollen wir zur Vereinfachung und Unterstützung behördlicher Abläufe beitragen und die Entwicklungs- und Implementierungsbemühungen von KI-basierten Lösungen in den Verwaltungen unterstützen. Darüber hinaus wollen wir gezielt Aktivitäten fördern, die den dafür notwendigen Change-Management-Prozess im Zusammenhang KI-basierten Lösungen in behördlichen Organisationen des Landes und der Kommunen anstoßen.

KI als Wirtschaftsfaktor - KI-Lösungen, die für alle Gesellschaftsbereiche Einsparpotenziale bewirken

KI-Lösungen zu entwickeln bedeutet auch, in eine hohe finanzielle Vorleistung zu gehen. Startups mit neuen Ideen sind in der Umsetzung gehemmt, weil Sponsoren gefunden werden müssen. Eine staatliche Förderung für die Entwicklung und als Vermarktungsanstoß, bewirken eine Erhöhung von im Markt verfügbaren Lösungen. Das fördert den Wettbewerb. Die zu fördernden Lösungen müssen einen Beitrag zur Verbesserung unseres Lebens erbringen. Dies kann z.B. Senkung von genutzten Energien, Unterstützung der Klimaziele oder die Verringerung von Kosten und Abgaben sein.

Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, Kaiserslautern -Zielgerichtete Projekte für die Vereinfachung unseres Lebens in unserer Gesellschaft fördern

Durch die Definition, Förderung und Umsetzung von Projekten, soll die Beschleunigung von marktreifen Lösungen unterstützt werden. Diese können dann ressourcenschonend die Kosten unserer Gesellschaft senken. Dabei kann Rheinland-Pfalz als Pilot genutzt werden.

Förderung der Blockchain-Technologie in Rheinland-Pfalz

Die Blockchain-Technologie entwickelt sich stetig weiter. Neben dem bisher bekanntesten Angebot einer virtuellen Währung, macht die Technologie heute bereits Betriebsabläufe effizienter, Produktionsprozesse schneller, hilft Lieferketten nachzuvollziehen und vieles mehr.
Blockchain ist eine Chance für alle Wirtschaftsbereiche unabhängig von Unternehmensgrößen oder Anwenderzahlen. Diese Chance gilt es, unter Nutzung von CO2-neutralen Rechenzentren sowie ressourcenschonenden Konsensmechanismen, zu nutzen:

- durch die Vernetzung von Technologie-Experten, Wissenschaft und potenziellen Anwendern.
- durch die finanzielle Förderung einschlägiger Startups.
- durch die Erweiterung der Kapazitäten zur wissenschaftlichen Begleitung und Betreuung durch Hochschulen.

Rheinland-Pfalz zu national und international renommierten BioTech-Standort machen

Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem national und international renommierten BioTech-Standort machen. Die Förderung der grundlegenden und anwendungsbezogenen Biotechnologieforschung soll erweitert, neue einschlägige Studiengänge eingerichtet und zukunftsfähige Forschungsstrukturen geschaffen werden. Das Diktum der Gentechnikfreiheit in Rheinland-Pfalz muss, aus Gründen der technologischen und forschungsbezogenen Wettbewerbsfähigkeit, aufgehoben werden.

Games – Made in Rheinland-Pfalz!

Computer- und Videospiele sind eine der innovativsten kulturellen Ausdrucksformen und als Kulturgut anerkannt. Ihre Technologien und Mechanismen finden heute weit über den Kultur- und Unterhaltungssektor hinaus Anwendung bspw. in der Automobilindustrie und im Gesundheitswesen. Unternehmen der Gaming-Branche sind ebenfalls führend in der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz, Visualisierung sowie Wissens- und Kompetenzvermittlung. Der Markt für Games wächst stetig. Der Ausbildungsstandort Rheinland-Pfalz ist mit seinen Hochschulen und Universitäten in technischen und gestalterischen Themenfeldern hervorragend aufgestellt. Insbesondere für die Ausbildung im Bereich Spieleentwicklung sind sowohl eine hohe Kapazität als auch hochqualifizierte Kompetenzfelder vorhanden. Innovative und zukunftsweisende Studiengänge rheinland-pfälzischer Hochschulen prägen gemeinsam mit international etablierten Unternehmen im Land die gesamte Branche weit über die Landesgrenzen hinaus. Somit besitzt Rheinland-Pfalz ein herausragendes Entwicklungspotential, um im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes sowohl Fachkräftemangel und -abwanderung entgegenzuwirken als auch Unternehmensgründungen außerordentlich zu steigern.

Die nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für die digitale Spielebranche in Rheinland-Pfalz ist unerlässlich, um im Standortwettbewerb mit Nachbarbundesländern und grenznahen Regionen, insbesondere Frankreich, erfolgreich zu bestehen. Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz als Games-Standort weiter ausbauen und fordern ein EU-notifiziertes Förderprogramm für die Games-Branche nach Vorbild NRW, ein "Startup-Innovativ" für Games-Gründer Weiter soll es einen, finanziellen und personellen Ausbau von GameUp! Rheinland-Pfalz geben. Auch die Anschlussfähigkeit an die Bundesförderung mit Landesmitteln soll gewährleistet werden.

eSports ist für alle da!

Sport ist für uns ein Schlüssel zu Integration und Inklusion. Aufgrund seiner niedrigen physischen Zugangshürden ist die Ausübung von eSports besonders inklusiv. Barrieren können abgebaut werden, da in vielen Fällen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam eSports betreiben können. Grundsätzlich können alle gesellschaftliche Akteure partizipieren. Darüber hinaus birgt der eSports im Bereich Integration großes Potential. Es ist durchaus üblich, dass die Spieler einer Mannschaft aus verschiedenen Nationen und unterschiedlichen sozialen Milieus kommen.

Wir Freie Demokraten begrüßen den offenen und inklusiven Charakter von eSports. Wir wollen aktiv daran mitwirken, eSports als Forum für gesellschaftlichen Integration und sozialen Austausch zu fördern. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Gleichstellung des eSports mit den konventionellen Sportarten ein. Daher fordern wir die Anerkennung des eSports als gemeinnützige Sportart. Beispielsweise indem eSports im Sinne des § 52 Abs. 2 Nr. 21 AO als gemeinnützig anerkannte gesetzliche Fiktion (neben dem Schachsport) aufgenommen wird.

Digitale Sandkästen für Rheinland-Pfalz: Sandbox-Modelle für Forschung und Entwicklung

Sandboxes bezeichnen in der Informatik isolierte Testbereiche, innerhalb derer sämtliche Maßnahmen keine Auswirkungen auf die äußere Umgebung haben. Wir Freie Demokraten wollen dieses Prinzip auf viele weitere Technologiefelder ausweiten. Zur Erforschung und Erprobung neuer Innovationen - etwa aus den Bereichen Biotechnologie, Agrarwirtschaft oder Ingenieurwissenschaften - wollen wir Freie Demokraten solche abgesicherten Reallabore etablieren. In diesen kann umfangreich getestet und geforscht werden Diese Reallabore können zum Beispiel wissenschaftliche Laboratorien, landwirtschaftliche Flächen, gesellschaftliche oder öffentliche Räume sein und auf viele weitere Umgebungen übertragen werden.

Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz durch die Förderung von sogenannten Sandbox-Modellen zum Hotspot für Forschung und Technologieentwicklung machen und dadurch innovative Unternehmen sowie wissenschaftliche Institutionen an den Technologiestandort Rheinland-Pfalz führen und dort langfristig binden.

Rheinland-Pfalz’s Got Talent: Jährlicher Hackathon für innovative Problemlösungen

Digitale Lösungsansätze für besondere technologische oder gesellschaftliche Herausforderungen sind als reguläre Forschungsprojekte oft nur schwer und langwierig zu erarbeiten. Hackathons bündeln mit digitalen Kommunikationsmitteln das technische Know-how und die innovative Gestaltungskraft von vielen tausend Teilnehmern in Echtzeit. Somit können Lösungen für jedwede Herausforderungen in wenigen Tagen erarbeitet und mit deren praktischer Umsetzung begonnen werden.

Wir fordern die Etablierung eines alljährlichen Hackathons in Rheinland-Pfalz zu gerade aktuellen und/oder wiederkehrenden Herausforderungen sowie den Aufbau eines landeseigenen Umsetzungs- und Förderprogramms in Kooperation mit Unternehmen, Stiftungen und Institutionen.

Neue Digital-Hubs für Rheinland-Pfalz: Wo Tradition und Innovation die Zukunft machen

In der gesamten Bundesrepublik nimmt die Zahl von regionalen Digital-Hubs erfreulicherweise stetig zu. In diesen Hubs treffen Startups und etablierte Unternehmen zusammen, um von der gegenseitigen Expertise zu profitieren. Einerseits profitieren Startups von den Erfahrungswerten etablierter Unternehmen und lernen gesund und nachhaltig zu wachsen. Anderseits profitieren diese etablierten Unternehmen von der Innovationskraft und dem digitalen Know-how der Startsups, und können ihre Geschäftsmodelle schneller und kohärenter digital transformieren. Ein-Best-Practice-

Beispiel aus Rheinland-Pfalz ist der Gutenberg Digital Hub in Mainz. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass Digital Hubs nach dem Mainzer Vorbild auch in anderen Regionen des Landes dazu beitragen werden, das Wirtschaftswachstum und die digitale Transformation der Unternehmen vor Ort zu fördern.

Wir Freie Demokraten wollen mit einem landesweiten Rheinland-Pfalz-Digital Hub-Förderprogramm die Etablierung von Digital Hubs in ganz Rheinland-Pfalz beflügeln. Dieses Förderprogramm soll im Rahmen von öffentlichen Vergabeverfahren ausgelobt werden, um den Wettbewerb um die besten Konzeptideen von vor Ort zu forcieren. Die Vernetzung der rheinland-pfälzischen Digital Hubs soll durch eine Dach-Initiative partnerschaftlich begleitet werden.

Ein Land steht unter Strom: Smarte Energie für Rheinland-Pfalz

Die Vernetzung im eigenen Heim nimmt stetig zu. Wir sehen diese Entwicklung als Chance die Zielkonflikte des laufenden Paradigmenwechsels im Energiesektor anzugehen. Mit vernetzter Technik können die Haushalte viele Verbraucher genau dann einsetzen, wenn der Strompreis am niedrigsten ist. Mit Beispielen wie Waschmaschine, Trockner oder der Ladestation fürs Elektroauto, gibt es gute Anwendungsfälle für elektrische Verbraucher, deren smarte Steuerung nicht nur den Geldbeutel und die Umwelt schont, sondern auch die Stabilität der Stromnetze verbessern kann. Wo oft noch ungesteuert "durchgeheizt" wird, steuert ein Smart Home mit Sensoren und Wissen über die Vorlieben und Anwesenheit der Bewohner bedarfsgerecht Temperatur, Lüftung und Rollläden, um dadurch nicht nur Energie zu sparen, sondern auch den Komfort zu steigern.

Medienland Rheinland-Pfalz: Wir gestalten den Rundfunk der Zukunft

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, da er kulturelle, regionale, politische und Bildungsinhalte liefert, die Privatsender oder Streaming-Dienste weniger anbieten. In Zeiten wachsender, nahezu unendlicher Vielfalt an Inhalten via Streaming-Diensten und Onlineplattformen, sind Größe und Zuschnitt des von der Allgemeinheit zu finanzierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks den heutigen Bedürfnissen und dem “Grundversorgungsauftrag” entsprechend anzupassen. Deshalb fordern wir eine Neudefinition des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, verbunden mit einer Verschlankung.

Die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler sollen keine Doppelstrukturen finanzieren. Diese sind bei 60 eigenständigen Hörfunkprogrammen unvermeidbar und bei sich ähnelnden Sendungen im Fernsehen offenkundig. Deshalb wollen wir eine grundlegende Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorantreiben, die sich in der Struktur und dem Angebot an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir fordern eine Refokussierung auf die Themen Bildung, Kultur und Information. Dazu gehört auch, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Möglichkeit gelassen werden muss, eigen- und auftragsproduzierte Inhalte länger in den Mediatheken vorzuhalten, sofern dafür die Rechte vorhanden sind und angemessen vergütet werden. Über eine Präzisierung des Grundversorgungsauftrages mit Fokus auf „Public Value“ und eine klare Aufgabenbeschreibung möchten die Freien Demokraten erreichen, dass der Rundfunkbeitrag nicht nur stabil bleibt, sondern mittelfristig auch gesenkt werden kann.

Der Anteil von Staatsvertretern in den Aufsichtsgremien ist auf maximal 25 Prozent herunterzufahren. Der Rest soll einen Querschnitt der Bevölkerung widerspiegeln.

Die Dritten Programme sollten sich auf regionale und Länder-Berichterstattung konzentrieren. Hier haben sie ihre Aufgabe und nicht in der Wiederausstrahlung von Inhalten, die man genauso in den Mediatheken findet. In der Zeit, wo es keine solche Berichterstattung gibt, kann ein Rahmenprogramm gesendet werden.

Weniger als zwei Millionen Haushalte in Deutschland nutzen DVB-T(2), in Rheinland-Pfalz ist die Quote besonders niedrig. Die Verbreitungskosten pro Teilnehmer sind bei der Terrestrik wesentlich höher als bei anderen Verbreitungswegen. Der terrestrische Verbreitungsweg für Fernsehen sollte eingestellt und die Frequenzen - unter Wahrung der Interessen der Kulturwirtschaft (Funkmikrofone) - für rückkanalfähige Breitbanddienste zur Verfügung gestellt werden.

Der Rundfunk (Broadcast) hat nur dann finanzielle- und Reichweitenvorteile gegenüber dem Mobilfunk, wenn er “High Tower, high power” nutzt. Um DAB+ erfolgreich zu machen, müssen die seit Jahrzehnten gewohnten Radioprogramme weiterhin zu empfangen sein (Over Spill). Rheinland-Pfalz stimmt daher Überstrahlungswünschen aus benachbarten Ländern zu und setzt sich dafür ein, dass die rheinland-pfälzischen Sender via DAB+ zu empfangen sind, wo sie via UKW empfangen werden konnten. Der Weltstandard UKW (FM) kann erst dann aufgegeben werden, wenn Hörer und Senderbetreiber ihn nicht mehr im nennenswerten Umfang nutzen. Programmanbieter und Hörer sollen entscheiden wie sie zusammenfinden, nicht die Politik.

Freier Funk für freie Bürger: Bundesrats-Initiative für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen

Ein breites Angebot öffentlicher, privater und ehrenamtlicher Initiativen für freies öffentliches WLAN wird es nur bei entsprechender Rechtssicherheit geben. Die Bundesregierung hat zwar im Jahr 2017 versucht, die sog. Störerhaftung für offene WLAN-Angebote abzuschaffen. Die Praxis zeigt jedoch, dass diese Regelung keine ausreichende Rechtssicherheit für die oft privaten Anbieter bietet. Wir setzen uns daher für eine Lösung ein, die rechtssicher offene und freie WLAN-Angebote möglich macht.

Wir Freie Demokraten unterstützen das bürgerschaftliche Engagement von "Freifunk"-Initiativen, die ehrenamtlich ein kostenfreies WLAN-Angebot vor Ort ausbauen. Dieses digitale Ehrenamt ist jedoch bisher nicht durch die Gemeinnützigkeitsregelungen in der Abgabenordnung gedeckt. Wir setzen uns daher im Bundesrat für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit dieser Initiativen ein.

Kapitel 19: Sport

Die Freien Demokraten fördern den Sport

Der Sport ist aus dem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Mit dem Sport werden alle Menschen erreicht.
Der Spitzensport sorgt für Schlagzeilen, fasziniert die Massen und füllt die Fernsehprogramme. Der Breitensport erreicht die gesamte Bevölkerung und animiert zum Mitmachen.
Der Sport spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wider. Keimzelle bleibt der Sportverein.
Über den Sport werden Integrations- und Inklusionsleistungen erbracht.

- Durch den Sport wird soziale Kompetenz vermittelt.
- Körperliche und seelische Gesundheit wird durch den Sport erhalten und gefördert.
- Beim Sport wird ehrenamtliches Engagement täglich gelebt.

Aber auch individuelle Aktivitäten und gewerbliche Angebote prägen die Sportbewegung. Nicht nur aus diesen Gründen fordern die Freien Demokraten die Förderung des Sports auf allen Ebenen.

Mit Trendsportart „eSports“ die Jugend zurückgewinnen

Neben der Beherrschung des eigentlichen Computerspiels benötigen die Spieler verschiedene motorische und geistige Fähigkeiten, um im Wettkampf erfolgreich zu sein. Motorisch sind für den Spieler vor allem Hand-Augen-Koordination, Reaktionsgeschwindigkeit und körperliche Fitness von Bedeutung. Räumliches Orientierungsvermögen, Spielübersicht, Spielverständnis, taktische Ausrichtung, Durchhaltevermögen, vorausschauendes und laterales Denken zählen zu den geistigen Anforderungen. Im eSportbereich haben sich bereits Millionen von Menschen, überwiegend Jugendliche organisiert. Über diesen Weg können die Vereine die Jugend über neue Trendsportarten wieder zurückgewinnen. Der organisierte Sport hat bereits die " Fitnessbewegung " verpasst. Viele Sportler sind aus den Vereinen zu den Fitnessstudios abgewandert. Ohne eSport verliert der organisierte Sport auch einen weiteren Teil der Jugend. Deshalb fordern die Freien Demokraten die Anerkennung des eSport als gemeinnützige (ordentliche) Sportart und seine Aufnahme in den Landessportbund. Der eSport soll in §52 Abs. 2 der Abgabenverordnung aufgenommen werden.

Sportgroßveranstaltungen unter der Berücksichtigung von ökonomischen, ökologischen, humanitären und nachhaltigen Aspekten unterstützen

Sportgroßveranstaltungen ziehen alljährlich Millionen von Menschen in ihren Bann und haben in Deutschland Tradition. Sie haben eine positive Wirkung auf die Menschen, das Image und die Wirtschaft. Die Freien Demokraten unterstützten die Bewerbung und Ausrichtung von Großereignissen unter der Voraussetzung, dass die Bevölkerung einbezogen wird und das Vorhaben mitträgt. Die Organisation und Durchführung sollen unter der Berücksichtigung von ökonomischen, ökologischen, humanitären und nachhaltigen Aspekten erfolgen. Angesichts der zunehmenden Vermarktung und Kommerzialisierung sportlicher Ereignisse wächst die Verantwortung der Medien für einen angemessenen Umgang mit allen Sportarten. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen sich unter sorgfältiger Abwägung von Kosten und Programmauftrag verpflichten, die gesamte Vielfalt des Sports abzubilden.

Kooperationen von Schulsport und Vereinssport in Schulen, Kindertagesstätten und Kindergärten fördern

Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Bildung und Erziehung und fördert bei Kindern und Jugendlichen in Schulen und Kitas Sozialkompetenz, Toleranz, Teamgeist, Mitverantwortung,

Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein und die Leistungsbereitschaft für das ganze weitere Leben. Um dem Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen vorzubeugen, sollten die Schüler einen vielseitigen Überblick über viele Sportbewegungsfelder erhalten. Die Schulen sollen hierzu über vorhandene Kooperationsmodelle mit Sport-Fachverbänden und ihren vor Ort ansässigen Sportvereinen zusammenarbeiten, damit ein Transfer zwischen Schul- und Vereinssport stattfinden kann. Durch geeignete Schnittstellen zwischen Lehrern und Vereinen können damit beide Seiten davon profitieren.
Die Schulhöfe müssen bewegungs- und freizeitgerecht gestaltet und in der schulfreien Zeit zugänglich sein. Die Sporthallen und andere Sportstätten sollten auch in den Schulferien den Vereinen zur Verfügung stehen, sodass das Bewegungsangebot auch in den Ferienzeiten erhalten bzw. ausgedehnt werden kann. Bereits in Kindertagestätten müssen die räumlichen, personellen Voraussetzungen für Bewegungserziehung auch durch Vereinskooperationen geschaffen werden, damit im frühkindlichen Stadium die positive Wirkung der Bewegung auf die geistige, körperliche Entwicklung Sport stattfinden kann.

Schwimmunterricht ermöglichen

Bereits in den Kindertagesstätten und Grundschulen muss die Schwimmausbildung frühzeitig gefördert und erste Grundlagen gelegt werden, da Kinder in diesem Alter am besten schwimmen lernen können. „Nicht schwimmen können“ führt zur Gefährdung des Einzelnen und seiner Mitmenschen. Weitere Bäderschließungen und Umbauten zu reinen Erlebnisbädern sind zu vermeiden, damit flächendeckend Schwimmsportunterricht stattfinden kann. In den Grundschulzeugnissen der 3. und 4. Klasse sollte daher die Detailleistung „Schwimmen“ dokumentiert werden.

Gelegenheiten für Sport im Freien

Sport findet im Vereinsbereich aber auch individuell privat statt. Die Freien Demokraten setzten sich dafür ein, dass öffentliche Sportstätten, Sporthallen und Plätze auch Privatpersonen für Ihre sportliche Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden. Das Angebot für Individualsport ist durch Schaffung von Flächen und Parks für Eigengewichtsübungen (Calisthenics-Parks) zu ergänzen, welche individuell, von Touristen, in Gruppen, von Schulklassen oder als Verein genutzt werden können. Hierfür kommen auch modern ausgestattete Fitnesspfade in Betracht. Individual-Sport betreiben zu können, ist das Anliegen eines immer größer werdenden Personenkreises. Gefördert werden kann dies weiterhin durch Markierung und besseren Ausbau von Radwegen, Wanderwegen und Laufstrecken.

Sport unterstützt Integration und Inklusion

Sport fördert nicht nur die körperliche und seelische Gesundheit, sondern leistet auch einen erheblichen Anteil am Austausch der Kulturen und fördert somit die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Daher ist der Sport einer der Schlüssel zur Integration und Inklusion. Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Anlagen finden bei Sport und Spiel zusammen. Dabei erfahren sie die freiwillige Einordnung in eine Gemeinschaft, die Einhaltung von Regeln und kontrollierte Konfliktlösung mit Erfolgserlebnissen. Der Sport ermöglicht grundlegende positive Erfahrungen, die Barrieren abbauen und Mitmenschlichkeit und Solidarität stärken. Kooperationen von Politik und Vereinen, Schulen, Hochschulen, Unternehmen und Betrieben, sowie staatlichen und privaten Einrichtungen müssen erweitert werden. Die Finanzierung der herausragenden Arbeit von Sportvereinen und Fachverbänden in Verbindung mit Integrations- und Inklusionsprojekten muss sichergestellt werden.

Sport zwischen Sicherheit und Bürgerrechten

Gewalt im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen und anderen Großveranstaltungen stellt ein wachsendes Problem dar. Deshalb müssen Vereine, Verbände, Ordnungsdienste, Fan- und Sicherheitsbeauftragte mit der Polizei eng zusammenarbeiten, um gemeinsame Konzepte zur Eindämmung der Gewalt zu entwickeln. Vorbeugen ist besser als bestrafen. Eine direkte Beteiligung der Sportvereine an den Kosten der Polizeieinsätze, lehnen die Freien Demokraten ab. Bei einer Kostenbeteiligung an den Polizeikosten bei Hochsicherheitsspielen für den Fußball, sollten die finanziellen Forderungen der Länder ausschließlich an den DFB bzw. die DFL gerichtet werden.

Grundlagen der Finanzierung des Sports

Die Leistungen des Sports für die Gesellschaft erfordern staatliche Unterstützung, die zuverlässig und berechenbar bleiben muss. Eine Unterstützung der Sportvereine durch die Kommune soll auch bei nicht ausgeglichenem Haushalt weiterhin möglich sein. Die kostenfreie Überlassung kommunaler und staatlicher Sportstätten nach dem Sportförderungsgesetz muss gewährleistet bleiben. Durch fallende Mitgliederzahlen reduziert sich die finanzielle Grundlage von zahlreichen Vereinen. Spenden können ein probates Mittel darstellen, um die Vereine im Amateur-, Freizeit und Jugendbereich weiter handlungsfähig zu halten. Um die Spenden attraktiver zu gestalten, sollte die bisherige Spendenregelung der Regelung für Spenden an Parteien gleichgestellt werden.

Ehrenamt im Sport unterstützen

Der Sport ist einer der größten ehrenamtlich geführten Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Als liberale begrüßen und fördern wir Freie Demokraten ehrenamtliches Engagement, denn dort wo Bürger freiwillig tätig werden, können sich Staat, Land und Kommune zurückhalten. Ehrenamtliche Mitarbeiter verdienen Anerkennung. Der gesellschaftliche Wert der freiwilligen Leistung muss in der Öffentlichkeit bewusstgemacht werden.

Kapitel 20: Europa und Internationale Beziehungen

Rheinland-Pfalz mitten in Europa: Stärken ausbauen und neue Chancen gemeinsam wahrnehmen

Die Freien Demokraten wollen die Zukunft Europas mitgestalten – kreativ, offen und zuversichtlich. Gerade für Rheinland-Pfalz mit seiner grenzüberschreitenden Vernetzung und seinen wirtschaftlichen Verflechtungen mit den europäischen Nachbarn, sind diese Grundhaltung und die Handlungsfähigkeit der EU für die Zukunft von großer Bedeutung. Wir tragen zur Verwirklichung und Weiterentwicklung eines geeinten Europas bei, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Wir stehen für eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen und unterstützen und fördern grenzüberschreitende Kooperationen.

Europa für die Menschen

Wir haben uns so sehr an die Errungenschaften und Vorteile der EU gewöhnt, dass diese uns oft gar nicht mehr bewusst sind. Da die Bedeutung Europas für seine Bürger und seine Wirtschaft weiterwächst, muss Rheinland-Pfalz seinen Einfluss in Brüssel bestmöglich geltend machen. Gut informierte Bürgerinnen und Bürger mit positiven europäischen Erfahrungen können dazu beitragen, die bei weitem noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten eines unbegrenzten Europas zu nutzen und die Zukunft zu gestalten. Gemeinsames Lernen sowie Erleben und Verstehen der regionalen und kulturellen Besonderheiten der Nachbarländer sind uns wichtige Anliegen. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Beschlusses der Kultusministerkonferenz zur „Europabildung in der Schule“.

Europa in den Alltag bringen: Gemeinsames Lernen und Erleben

Wir Freie Demokraten werden

- den Schüleraustausch, Begegnungsprogramme sowie Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union fördern und Bildungskooperationen erweitern
- das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport - Erasmus+ stärken, den bürokratischen Aufwand senken und Antragssteller/innen unterstützen
- grenzüberschreitende Programme im Bereich der Berufsbildung weiterentwickeln und den EUROPASS bekannter machen
- uns für die schnellere gegenseitige Anerkennung schulischer und beruflicher Leistungen in der EU einsetzen
- den Vorschlag von Staatspräsident Macron zur Gründung Europäischer Universitäten aufnehmen und vorantreiben sowie die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Hochschulen der Großregion ausbauen

Politische Bildung: Augen auf für Europas Möglichkeiten

Wir Freie Demokraten werden

- uns für attraktive Angebote für politische Bildung zum Thema Europa einsetzen
- das Konzept der Europaschulen ausweiten

- uns für die Stärkung des Europahauses in Bad Marienberg einsetzen, das in Rheinland-Pfalz der zentrale Ort der europäischen Begegnung und der politischen Bildung ist

Städte- und Regionalpartnerschaften: emotional, digital, zukunftsweisend

Wir Freie Demokraten werden

- uns dafür einsetzen, dass das Modell Städtepartnerschaft neu belebt, digitalisiert und gefördert wird. Gelebte kommunale Kontakte sind Beiträge zum Bürgerdialog und spornen zu gemeinsamen Ideen für grenzüberschreitende Initiativen an. Dabei wollen wir den Zugang zu Fördergeldern vereinfachen und ein unkomplizierteres Antragsverfahren schaffen.
  den Austausch und die vielfältige Zusammenarbeit innerhalb des 4er-Netzwerkes *Quartett“ (Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz, Burgund-Franche Comté, Oppeln und Mittelböhmen) kontinuierlich ausbauen.

Unterstützung bei Förderprojekten: Potenziale besser ausschöpfen

Wir Freie Demokraten werden

- Unterstützungsmöglichkeiten für die Nutzung von Förderprojekten auf Landesebene schaffen. Dazu zählt die Übernahme von Kosten für den Einsatz privater Beratungsunternehmen beim Antragsverfahren.
- für ein besseres europäisches Verständnis Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen und Verwaltungen zum (Aus-)Tausch ihrer Arbeitsplätze auf Zeit einladen.

Mehr als nur Nachbarn: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mit drei europäischen Ländern und vier Bundesländern als Nachbarn liegt Rheinland-Pfalz im geographischen Zentrum Europas. Diese Großregion ist ein wirtschaftlich kraftvoller Motor mit herausragender Bedeutung für die Europäische Union. Das begreifen wir als Verpflichtung und Chance zugleich. Wir wollen, dass die Vorzüge Europas für seine Bürgerinnen und Bürger im täglichen Leben stärker erlebbar werden. Deshalb setzen wir uns für eine sichtbare Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere in den Grenzregionen von Rheinland-Pfalz mit Frankreich, Luxemburg und Belgien ein.

Mit- und füreinander: Gesundheitsversorgung, Katastrophenschutz, Strafverfolgung

Wir Freie Demokraten werden

- uns dafür einsetzen, die strukturelle Versorgung der Grenzregionen zu fördern durch grenzüberschreitende Konzepte für die Ausstattung von Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren, miteinander kooperierenden Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten sowie der Telemedizin. Dazu gehören auch attraktive Freizeitangebote, moderne Sportanlagen mit unterschiedlichen Sportarten sowie kooperierende Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen.
- eine europäische Grundversorgung sicherstellen (z.B. Produktion und Bereitstellung notweniger Materialien für Pandemien und Katastrophenszenarien, einen grenzübergreifenden Gesundheitsschutz sowie entsprechende Notfallpläne).
  eine intensivere grenzüberschreitende Strafverfolgung einfordern – mit funktionierendem Informationsaustausch zwischen den Ländern zu Ermittlungsverfahren und der Einführung des wechselseitigen Festnahmerechts durch einen europäischen Haftbefehl, die Einrichtung

europäischer Staatsanwaltschaften sowie die wirksamere Bekämpfung der international organisierten Kriminalität.

Infrastruktur: grenzüberschreitend zukunftsfähig gestalten

Wir Freie Demokraten werden

- uns dafür einsetzen, dass wir über staatliche Grenzen hinweg Infrastrukturmaßnahmen in Städten und Regionen verstärkt gemeinsam mit den Nachbarn planen und ausführen.
- den öffentlichen Personennahverkehr auch über die Landesgrenzen hinaus ausbauen, ebenso die Gültigkeit der Tickets.
- grenzüberschreitende Radschnellwege sowie touristische Rad- und Wanderrouten planen und verwirklichen.
- die grenzüberschreitende Planung und den Ausbau der lokalen Wasserversorgung, von Windparks sowie Naturschutz- oder Hochwasserzonen in geografischen und nicht in staatlichen Grenzen vorantreiben.
- bei neuen zukunftsweisenden Technologien (Power-to-Gas, Feststoffbatterien, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) grenzüberschreitend zusammenarbeiten.

Wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit: Chancen nutzen

Wir Freie Demokraten werden

- durch länderübergreifende Innovations-Cluster (etwa innovative Mobilitätsformen unter Einschluss der Batteriefertigung) neue Impulse schaffen.
- Rheinland-Pfalz zu einem attraktiven Standort für weitere innovative Forschungsaktivitäten und Industrieansiedlungen machen und dazu administrative Hürden reduzieren.
- uns für einen europäischen Gesamtenergiemarkt einsetzen und die Digitalisierung vorantreiben, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Vier Länder – eine Region: Kulturelle Vielfalt gemeinsam erleben

Wir Freie Demokraten werden

- zusammen mit unseren Nachbarn grenzüberschreitende Tourismusregionen (Pfälzer Wald/Nordvogesen, Mosel-Saar/Luxemburg sowie die Eifel) schaffen, bewerben und fördern.
- neue grenzüberschreitende Wander- und Radwege mit entsprechenden zeitgemäßen gastronomischen Angeboten planen und nachhaltig entwickeln, dabei örtliche Vereine einbeziehen sowie Erasmus+-Projekte beteiligen.

Internationale Beziehungen von Rheinland-Pfalz: weltoffen, tolerant und kooperativ

Partnerschaft mit Israel
Eine enge Verbindung Deutschlands zu Israel ist für uns selbstverständlich. Die vielfältigen Wurzeln der Partnerschaft Deutschlands mit dem Staat Israel sind in staatlicher Vernunft, Verantwortung und historischer Verbundenheit zu verteidigen. Sie gründet nicht nur in der historischen Verantwortung Deutschlands für den beispiellosen Völkermord an den Juden, sondern auch in der Verbundenheit mit dem Judentum und seiner 1000-jährigen Geschichte in Deutschland und in den gemeinsamen Werten der Freiheit der Einzelnen, der offenen Gesellschaft und der Herrschaft des Rechts, der Menschen- und Bürgerrechte.

Wir Freie Demokraten werden

- Die erfolgreiche bilaterale Zusammenarbeit mit unserem Partnerland Ruanda fortführen und weiter unterstützen. Dabei wollen wir helfen, die Demokratie in Ruanda zu stärken.

- Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten von Rheinland-Pfalz sind auf einem hohen Niveau. Diese gilt es künftig weiter fortzuführen und die wirtschaftlichen Repräsentanzen (in Vietnam und China) zu erhalten.

FDP-Landesverband Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Schillerstraße 11a
55116 Mainz

Telefon 06131 232541
eMail rlp@fdp.de
URL www.fdp-rlp.de